deutsche architektur



Wettbewerbe in Schwerin, Rostock, Greifswald, Waren und Bautzen • Ausstellung „Architektur und bildende Kunst“

— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– Mark

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechtj

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 – Bratislava, Leningradska ul. 14

· Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Rakoci ut. 5, Budapest 62

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia 11 a, Rue Paris

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für andere Länder:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung
erfolgt über HELIOS-Literatur-Vertrieb-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1154 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 3/13/70 bis 3/44/70

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Aus dem vorigen Heft:
Hochschulreform und die Neugestaltung
der Architektenausbildung:
an der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar
der Technischen Universität Dresden
und der Kunsthochschule Berlin
Berichte über praxisbezogene Forschung und Lehre:
Studentenarbeiten
Forschungsergebnisse
Studienentwürfe

Im nächsten Heft:
Umfrage: Wo stehen wir heute auf dem Wege zu einer sozialistischen Architektur?
Zur Prognose des Städtebaus und der Architektur
Wiederaufbau der „Kommode" und des Ermelerhauses in Berlin
Stadthalle Magdeburg
Stadthalle Cottbus
Neue Berliner Markthalle
Zur Hotel- und Gaststättenplanung

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 1. Dezember 1969
Illusdruckteil: 8. Dezember 1969

Titelbild:
Luftbild des Schweriner Schlosses
Foto: Lothar Willmann, Berlin

Fotonachweis:
Herbert Fiebig, Berlin (4); Sommerfeld-Ziebarth (9); Gerhard Murza, Berlin (1); Dirk Alvermann, Berlin (1); Lothar Willmann, Berlin (2); Klaus Nitsche, Schwerin (13); Konrad Hoffmeister, Berlin (1); Büro für Stadtplanung beim Rat der Stadt Rostock (2); Kurt Kraschewski, Waren (Müritz) (9); Rolf Dvoracek, Bautzen (10); Ernst Schäfer, Weimar (1); Heinz Böhme, Dresden (1)
Luftbildnummern: ZLB 1585/66, ZLB 1586/66

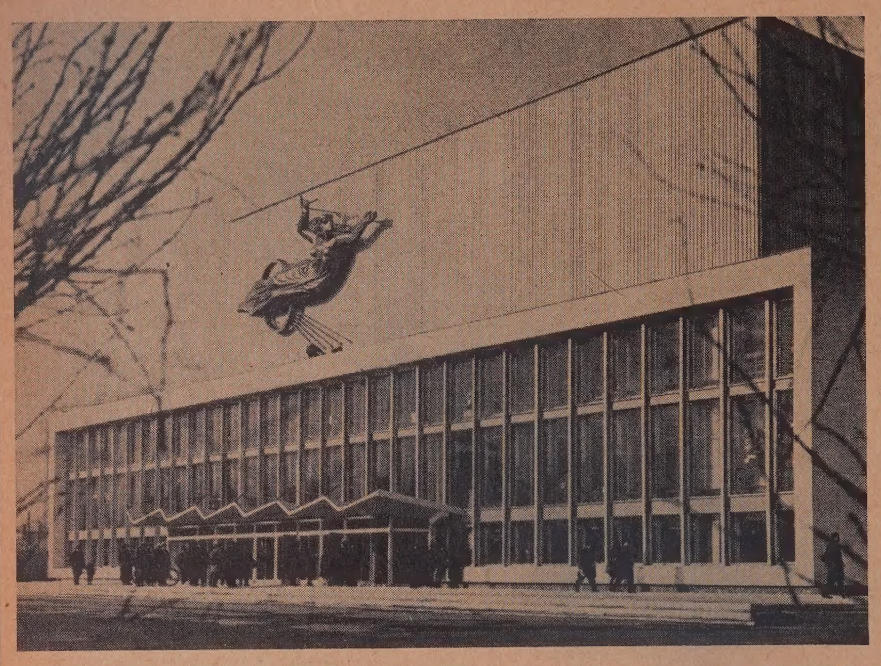
2 deutsche architektur

XIX. Jahrgang
Berlin
Februar 1970

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Dipl.-Historiker Werner Schwabersberger, Redakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



2300 Plätze hat der Kino- und Konzertsaal „Kosmos" in Swerdlowsk. Architekten: W. Kowalew, R. Artemtschik, B. Artamonow, G. Kanatjewa, A. Wischnewezkaja

10 Jahre
VEB VERLAG FÜR BAUWESEN

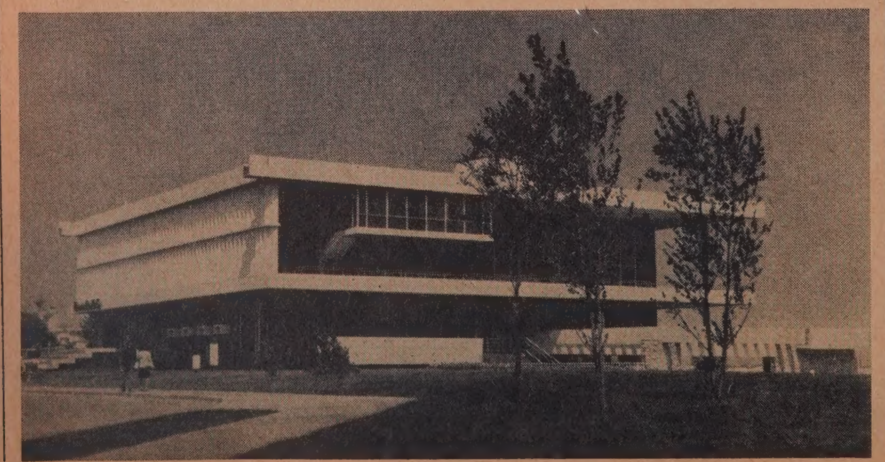
Der VEB Verlag für Bauwesen, der jetzt auf eine zehnjährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken kann, hat seit seinem Bestehen 650 Fachbücher mit einer Auflage von rund 5 000 000 Exemplaren herausgebracht. Gleichzeitig gibt der Verlag 11 Fachzeitschriften heraus. Anläßlich dieses Jubiläums zeigte der Verlag in Berlin sein umfangreiches Angebot an neuer Baufachliteratur in einer Ausstellung (unsere Fotos). Mit Vertretern der staatlichen Organe, Wissenschaftlern und Baupraktikern beriet der Verlag in einer Reihe von Veranstaltungen über die künftigen Aufgaben des Verlages im System der Aus- und Weiterbildung im Bauwesen sowie über die Kooperation mit Forschung und Praxis.







Für den Urlaub am Schwarzen Meer: Der Touristenklub in Mamaia



X. UIA-Kongreß

In der Zeit vom 14. bis 25. 10. 1969 fanden in Argentinien die 11. Generalversammlung und der X. Kongreß des Internationalen Architektenverbandes (UIA) statt.
Die Nationale Sektion der DDR war durch fünf Delegierte, den Präsidenten des BDA, Prof. Edmund Collein, den Vizepräsidenten der Deutschen Bauakademie, Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert, das Mitglied des Bundesvorstandes des BDA, Architekt Kurt Schneider, sowie die Stadtarchitekten von Berlin und Rostock, Dipl.-Ing. Joachim Näther und Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, vertreten.
Der UIA gehören jetzt nach der in der 11. Generalversammlung erfolgten Neuaufnahme von 4 Nationalen Sektionen (Pakistan, Ekuador, Bolivien und Paraguay) Architektenorganisationen aus 77 Ländern an. Die Generalversammlung wählte als neuen Präsidenten Ramon Corona (Mexiko) und als neuen Generalsekretär den libanesischen Architekten Eddé.
Thema des X. UIA-Kongresses war „Der Wohnungsbau als soziale Aufgabe". Die Nationale Sektion der DDR zeigte in der Ausstellung des Kongresses als Beispiele unseres Wohnungsbaus die Projekte Rostock-Lütten Klein und Berlin, Rathaus- und Liebknechtstraße, sowie Studentenarbeiten aus den Architekturhochschulen der DDR, die einen interessanten Diskussionsgegenstand bildeten.
Der Kongreß verlief teilweise recht stürmisch, weil – wie es schien, anders als vom Veranstalter geplant – von den progressiven Architekten gerade die sozialen Probleme des Wohnungsbaus in den Vordergrund gestellt wurden. In den Arbeitsgruppen des Kongresses wurde vor allem von jungen Architekten aus Lateinamerika, wo die sozialen Widersprüche in den Lebensbedingungen besonders kraß hervortreten, die Notwendigkeit grundlegender demokratischer Reformen als Voraussetzung für einen sozialen Wohnungsbau hervorgehoben.
Dabei wurden solche Forderungen erhoben wie die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, die Überwindung der Schranken des Privateigentums an Grund und Boden und die Einbeziehung des Städtebaus und des Wohnungsbaus in eine gesamtvolkswirtschaftliche Planung. So spiegelte auch der X. UIA-Kongreß in bestimmter Weise die allgemeinen Veränderungen in der Welt, die zunehmenden Widersprüche in den kapitalistischen Ländern und gleichzeitig ein wachsendes internationales Ansehen der sozialistischen Länder wider.
Der XI. UIA-Kongreß wird nach dem Beschluß der Generalversammlung 1972 in der Volksrepublik Bulgarien stattfinden.

„Baustoffe – 71"

Im Jahre 1971 wird in der Sowjetunion die internationale spezialisierte Ausstellung „Baustoffe-71" stattfinden. Auf dieser Ausstellung werden die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Baustoffindustrie gezeigt, darunter Proben neuer, effektiver Baumaterialien, die technologischen Prozesse ihrer Herstellung, ihre Anwendung im Bauwesen und in verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft sowie die leistungsfähigsten Typen von Ausrüstungen. Mit der Vorbereitung der Ausstellung wurde ein Organisationskomitee unter Leitung des Ministers für Baustoffindustrie, I. A. Grischmanow, betraut.

Entwicklung der Großstädte in Polen

Zehn Großstädte Polens haben gegenwärtig mehr als fünf Millionen Einwohner. Die größte Einwohnerzahl (rund 1 300 000) hat Warschau. Für die kommenden fünfzehn Jahre sind keine Änderungen in der territorialen Ausdehnung Warschaus und der anliegenden Gebiete vorgesehen. Die Bevölkerung der Hauptstadt wird 1 550 000 und der Warschauer Stadtkomplex zwei Millionen Einwohner nicht überschreiten.
Eine „Karriere" erwartet die Dreistadt Gdańsk-Sopot-Gdynia. Die Bedürfnisse der Seewirtschaft erfordern, daß sich die Bevölkerungszahl dieser Städte innerhalb der kommenden fünfzehn Jahre auf 700 000 bis 800 000 erhöht. Szczecin (gegenwärtig 300 000 Einwohner) wird ebenfalls in die Gruppe der Städte mit 500 000 Einwohnern aufrücken, zu der auch Wroclaw gehören wird.

BDA beriet Landeskulturgesetz

Durch Beschluß des Staatsrates der DDR vom 20. 11. 1969 wurde der Entwurf des Gesetzes über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur (Landeskulturgesetz) zur öffentlichen Diskussion gestellt. Das künftige Gesetz sieht umfassende Maßnahmen zur Erhaltung, zum Schutz und zur sinnvollen Gestaltung der natürlichen Umwelt vor. An der Beratung des Gesetzentwurfes hat auch der Bund Deutscher Architekten, der bereits an der Vorbereitung des Entwurfes mitwirkte, wesentlichen Anteil. Eine Kommission unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Werner Titel, wurde für die Leitung und Auswertung der öffentlichen Diskussion eingesetzt.

Fachtagung über neue Technik

Das Wissenschaftlich-Technische Institut des bezirksgeleiteten Bauwesens des Bezirkes Gera und der Bezirksverband Gera des Fachverbandes Bauwesen der Kammer der Technik führen am 18. und 19. Juni 1970 in Gera eine Fachtagung mit dem Thema „Neue Technik im Bauwesen" durch. Schwerpunkte der Tagung sind Fragen der Baustofftechnik, der Technologie und Produktionsorganisation sowie Probleme der wissenschaftlichen Führungstätigkeit. Anfragen an: Kammer der Technik, Bezirksverband Gera, Ref. Bauwesen, 65 Gera, Humboldtstraße 13.

1000 Meter und mehr möglich

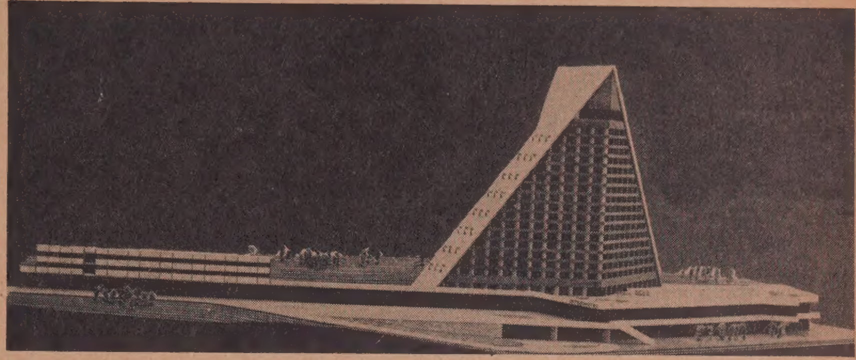
Nikolai Nikitin, der Chefkonstrukteur des 530 m hohen Moskauer Fernsehturms, beschäftigt sich zur Zeit mit dem Entwurf eines 1000 m hohen Sendeturms. Die beim Moskauer Fernsehturm erprobte Anwendung von Spannseilen, die innen gespannt wurden und nachgespannt werden können, ermöglicht noch höhere Bauwerke. Auf Ersuchen des Stadtrates von Tokio hat Nikolai Nikitin sogar Berechnungen für einen 4 km hohen Turm durchgeführt. Er sagte dazu, daß auch die Stabilität solcher extrem hohen Bauwerke gesichert werden könne. Das Haupthindernis für die Errichtung solcher Bauten sei die bei den derzeitigen Technologien zu lange Bauzeit.



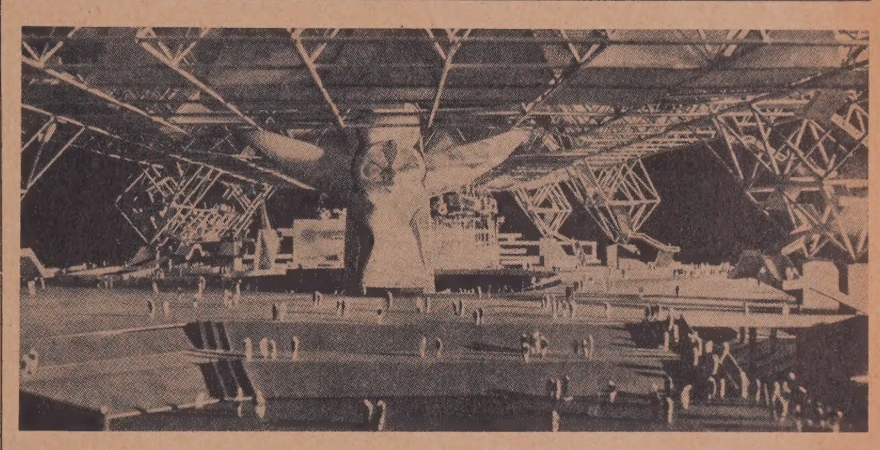
In 100 Stockwerken wohnen und arbeiten

In Chikago wird eines der umstrittensten Hochhausprojekte verwirklicht. Während einige amerikanische Architekten das 335 m hohe „John Hancock Center" als Beispiel „moderner Städteplanung" ansehen, betrachten es andere als ein spekulatives Monstrum, weil es keinen Ausweg aus der Wohnungsnot weist.

Das Gebäude hat 100 Geschosse. In den unteren fünf Geschossen sollen sich Läden und Restaurants befinden. Darüber liegen sechs Parkgeschosse für 1200 Autos. Dann kommen Bürogeschosse (1500 Arbeitsplätze) und vom 46. Stockwerk ab Wohnungen (meist Luxusappartements) für 6000 Bewohner. Stahlrahmen bilden die tragende Konstruktion.

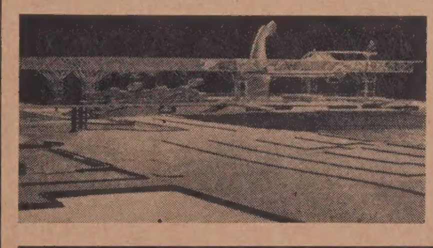


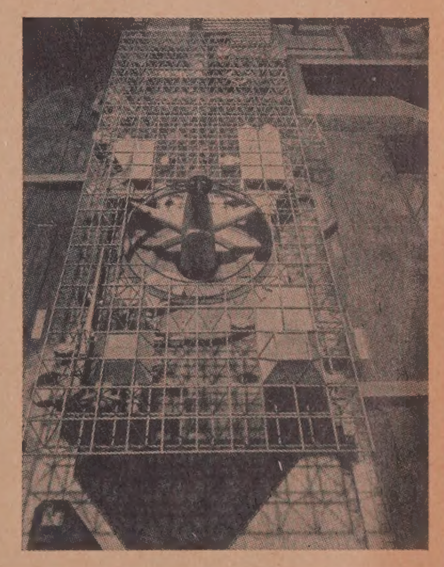
Modell des neuen Interhotels auf dem Fichtelberg, das nach dem Projekt eines ungarischen Architektenkollektivs errichtet werden soll.



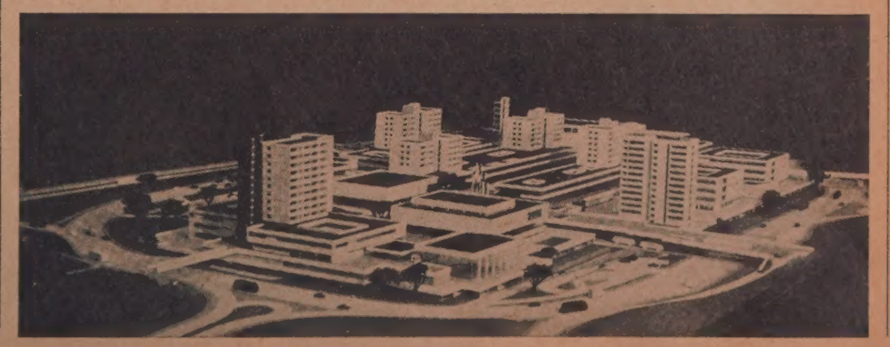
Expo-Festhalle in Osaka

Eine riesige, leichte Dachkonstruktion aus Stahl wird den Festplatz auf dem Gelände der „Expo 70" in Osaka überspannen. Der Festplatz (Architekt Kenzo Tange und Planungsgruppen) soll dem offiziellen Zeremoniell und für kulturelle Veranstaltungen dienen. Er enthält in verschiedenen Ebenen mehrere Bühnen und Projektionsflächen sowie eine große Anzahl von Tribünenplätzen. In der Mitte der Halle erhebt sich ein symbolischer „Turm der aufgehenden Sonne". Am Platz befinden sich der Bahnhof der Einschienenbahn und Zugänge zu den rollenden Gehsteigen, mit denen die einzelnen Bereiche des Ausstellungsgeländes erschlossen werden.





Modell des Zentrums der Nordweststadt von Frankfurt/M. (Architekten Apel, Beckert und Becker). Als Zentrum eines Stadtteils für rund 25 000 Einwohner ist es durch seine funktionelle Lösung bemerkenswert, obwohl der Versuch, der Isolierung der Menschen, die durch die gesellschaftlichen Widersprüche bedingt ist, mit städtebaulichen Mitteln zu begegnen, die sozialen Probleme nicht lösen wird.



Städtebau – ein Problem der Prognose

Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert
Vizepräsident der Deutschen Bauakademie zu Berlin
Direktor des Instituts für Städtebau

Die Entwicklung unserer Städte ist nur als integrierter Bestandteil der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung zu verstehen.

Städte sind das räumliche Gefäßsystem, in dem sich das Leben der Menschen vollzieht. Die Aufgabe der sozialistischen Gestaltung und Umgestaltung der Städte und Siedlungen verlangt, die Entwicklungstendenzen der politischen, ökonomischen, kulturellen, sozialen und technischen Prozesse in unserer Gesellschaft in ihrem Systemzusammenhang, in ihren Wechselbeziehungen zu begreifen, zu erforschen und daraus die städtebaulichen Maßnahmen abzuleiten. Mit Phantasie und Leidenschaft sind aus der Erkenntnis der Veränderungen in unserer Gesellschaft die ihr adäquaten Vorstellungen und Leitbilder über die funktionelle und baukünstlerische Entwicklung der sozialistischen Stadt zu erarbeiten. Diese Zielsetzung dient nicht nur den Prognosen für die Entwicklung der Stadt allein, sie macht gleichzeitig, dank ihrer Anschaulichkeit, ihrer unmittelbaren Bezogenheit auf die räumliche Sphäre, auf die Stadt, den Menschen, unsere gesamte Entwicklung erlebbar und verständlich, sie begeistert für unsere Aufgaben.

Nicht umsonst sind in der Vergangenheit oft angestrebte Veränderungen der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Verhältnisse an Darstellungen und Beschreibungen der Stadt – einer idealen neuen Stadt – anschaulich gemacht worden. Die Reihe reicht von frühen Utopisten, wie Thomas Morus und Francis Bacon, von Campanellas Darlegungen in seinem „Sonnenstaat" über utopische Sozialisten bis zu revolutionären Demokraten wie Tschernyschewsky.

Die Prognose spielt gerade für den Städtebau eine besondere Rolle. Hier wirkt sich eine Spezifik unseres Gebietes aus. Im Gegensatz zur ständigen dynamischen Entwicklung der Gesellschaft, aber auch im Gegensatz zu den Produkten der meisten anderen Industriezweige sind die Erzeugnisse des Bauwesens – und aus ihnen bestehen die Städte im wesentlichen – bedeutend langlebiger, relativ statischer und wirken deshalb weit über ihre Entstehungszeit hinaus. Durch von Anfang an vorgesehene hohe Variabilität, durch neue technische Möglichkeiten werden sich die Gebäude, die Städte den kommenden Bedingungen immer besser anpassen können. Wir müssen feststellen, daß sich Entscheidungen auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur, die aus Unkenntnis der künftigen Entwicklung getroffen werden, letztlich immer hemmend auf die Herstellung neuer Lebensformen auswirken. „Mag man doch immer Fehler begehen, bauen darf man keine" (1).

Das künftige Schicksal der Stadt ist ein Weltproblem geworden. Nach Meinung der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen sind Raumordnung und Städteplanung neben dem Problem der Erhaltung des Weltfriedens sogar „... das dringendste Problem, dem die Menschheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegenübersteht". Aber gerade an der Stadt und an den unterschiedlichen Auffassungen über ihre Entwicklung werden die prinzipiellen Unterschiede der Gesellschaftssysteme mit aller Kraßheit sichtbar.

Der Städtebau im Kapitalismus dient in erster Linie der Erzielung von Maximalprofiten durch Erschließung von weiteren Reserven für die Monopole. Über diese Tatsache kann auch nicht die Flut optimistisch oder pessimistisch gestimmter Kulturprognosen und futurologischer Utopien hinwegtäuschen. Das trifft auch auf das Arbeiten mit überwältigenden Zahlen und unabwendbaren Trends zu. Es zeigt sich, daß sowohl das Verabsolutieren linearer Trends als auch die Schreckensbilder der Welt von morgen nichts anderes sind als Ausdruck der Unfähigkeit, den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung langfristig zu planen und zu lenken. So hat auch das Treffen der Städtebauer in Argentinien (UIA-Kongreß) gefordert, nicht die Bevölkerungsexplosion zum Problem zu machen, sondern den Reichtum dieser Welt gerecht zu verteilen (2).

Unter diesen Aspekten sind Zukunftsvorstellungen der Städteplaner und Architekten in der kapitalistischen Welt von vornherein in das Reich der Utopie verwiesen und verführen oft lediglich zu phantastischen Formspielereien.
Michael Ragon kann zugestimmt werden, wenn er in seinem in vieler Hinsicht problematischen Buch „Wo leben wir morgen?" zu dem Schluß kommt, daß „... der neue Urbanismus und die neue Architektur eng an eine neue Gesellschaft geknüpft und ohne sie undenkbar sind" (3). Die „neue Gesellschaft" aber kann nur die sozialistische Gesellschaftsordnung sein. Wir haben – nicht zuletzt durch die Kontinuität unserer Entwicklung – den Beweis erbracht, daß eine auf die Interessen der gesamten Gesellschaft orientierte Lösung der Probleme des Städtebaus nur auf der Grundlage der sozialistischen Planwirtschaft und der sozialistischen Demokratie möglich ist. Daraus ergibt sich für uns die große nationale Verantwortung, das zukunftsweisende Beispiel für die Entwicklung des Städtebaus und der Architektur zu schaffen. Dabei geht es nicht schlechthin um die Lösung technischer, ökonomischer, funktioneller und ästhetischer Probleme, es geht vielmehr um optimale Lösungen für völlig neue Aufgaben, um eine sozialistische Architektur, die den politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen und Zielen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR entspricht, die das Morgen schöpferisch vorausahnt und nicht verbaut. Das heißt, es geht um eine Architektur, die sich auf der Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung als Bestandteil unserer sozialistischen Nationalkultur entwickelt.

Der Prozeß der sozialistischen Umgestaltung findet nicht irgendwo und irgendwann statt, sondern er vollzieht sich in unseren historisch gewachsenen Städten – beginnend in ihren Zentren – bei optimaler Nutzung der vorhandenen wertvollen Substanz, und er erstreckt sich über viele Jahre.

Was sind nun die entscheidenden Faktoren, die die prognostische Entwicklung unserer Städte bestimmen?

Erstens sind es die Veränderungen, die im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Durchsetzung der Strukturpolitik bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft auftreten.

Zweitens ist es die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit in unserer Menschengemeinschaft und die damit eng verbundene Herausbildung sozialistischer Lebensweise und Nationalkultur.

Diese beiden Faktoren stehen in enger Wechselbeziehung. Mit der Veränderung des Charakters der Arbeit im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution entstehen einerseits ständig höhere Anforderungen an eine systematische Erhöhung des Kulturniveaus der Werktätigen. Durch die Herausbildung der allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit wird aber andererseits das Bildungs- und Kulturniveau der Produzenten selbst zum Wachstumsfaktor im Produktionsprozeß.

Der dritte Faktor sind die sich ständig erweiternden neuen technischen Möglichkeiten des Bauwesens, aber auch des Verkehrswesens und anderer Zweige der Volkswirtschaft, die zu bisher oft noch unbekannten, vollkommen neuen Lösungen bei der Realisierung städtebaulicher Vorhaben führen.

Zu den Veränderungen in der Produktion, die von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Städte sind, gehört unter anderem, daß die Gestaltung unseres gesellschaftlichen Systems und die Meisterung der technischen Revolution die konsequente Orientierung aller Kapazitäten auf die Strukturlinien unserer Volkswirtschaft verlangen.

Das ist der Weg zur weiteren Konzentration der Produktion, zur Großproduktion und der damit eng verbundenen Großforschung. Konzentration auf Schwerpunkte bedeutet aber auch Einschränkung des Erzeugnissortimentes und somit Spezialisierung einerseits und Erweiterung der Kooperation andererseits. Für den Städtebau und das Siedlungsnetz ist damit eine verstärkte innerstädtische Bereinigung des Produktionsprofils und eine Vergrößerung der Produktionseinheiten verbunden. Dieser Prozeß wird im Prognosezeitraum zunehmen. Mit der sich aus dieser Entwicklung ergebenden Spezialisierung wird die territoriale Verflechtung der Städte und ihrer Produktion zur Sicherung der Strukturlinien immer entscheidender. Das bedeutet, daß bauliche Maßnahmen in einer Stadt nicht nur für sie selbst, sondern auch für das entsprechende Territorium von großer Bedeutung sind. Die Einzelstadt wird immer mehr zum Bestandteil des gesamten Siedlungsnetzes.
Mit der Veränderung des Charakters der Produktion, wie sie sich durch den Übergang zur komplexen Automation abzeichnet, wandeln sich die Beschäftigtenstruktur in der Stadt und die sich auch daraus ergebenden Lebensgewohnheiten der Menschen. Die Veränderungen erfassen alle Bereiche der Produktion und wirken sich unmittelbar auf den Städtebau aus.

Wesentlich ist dabei, daß die wissenschaftliche Forschung gerade unter den Bedingungen der technisch-wissenschaftlichen und der sozialistischen Revolution immer größere Bedeutung erhält, indem die Wissenschaft zur entscheidenden Produktivkraft wird.

Prof. Keldisch, Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, hat hierfür folgende Formel aufgestellt: „Die Wissenschaft überholt die Technik und die Technik die Produktion" (4).

Auf einem Städtebaukongreß in der Sowjetunion, der die zukünftige Stadtentwicklung zum Thema hatte, wurde die interessante Hypothese vertreten, daß die sozialistische Stadt der Zukunft vor allem eine Stadt der Wissenschaft sein wird. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß sich in den letzten 50 Jahren die Bevölkerung der Sowjetunion um das 1½fache vergrößert hat, die Zahl der Wissenschaftler aber stieg von 11 000 vor der Revolution auf 712 000 im Jahre 1967 an (5).

Auch in den Entwürfen, die in letzter Zeit für unsere Städte entstanden, kommt die wachsende Rolle der Wissenschaft und Bildung zum Ausdruck und wird die enge Verbindung zwischen Produktion und Lebensweise anschaulich. So wird in Zukunft der Stadtkern Leipzigs bestimmt werden durch die Universität mit ihrem Hochhaus, in dem sich vor allem Forschungsinstitute befinden. Neben dem alten historischen Marktplatz mit dem Rathaus schafft sich die sozialistische Gesellschaft hiermit ein neues geistig-kulturelles Zentrum. Die Stadtbilder von Rostock, Magdeburg und vielen anderen Städten werden nach dem Aufbau der Zentren betont werden durch die Bauten der strukturbestimmenden Industrien, des Schiffsbaus und des Schwermaschinenbaus, wobei sich in den Dominanten vor allem wissenschaftliche Institutionen in enger Verbindung mit Einrichtungen der Bildung und Kultur befinden werden. Besonders anschaulich wird diese neue städtebauliche, ich möchte sogar sagen, stadtzentrumsbildende gesellschaftliche Funktion der Forschung als Schrittmacher der technisch-wissenschaftlichen Revolution in den Entwürfen für Schwedt und Jena.

In diesen Arbeiten sind Ansätze vorhanden, den gesamten Produktions- und Reproduktionszyklus zusammenzufassen. Diese besondere Qualität der sozialistischen Stadt hat weitreichende Konsequenzen auch für die zukünftigen Standorte der Produktion. Neben der Konzentration von materialintensiven und flächenextensiven Vorhaben in städtischen Industriegebieten wird es gleichzeitig in immer stärkerem Maße möglich, zu einer engen Verbindung von Arbeits-, Wohn-, Bildungs- und Erholungsstätten zu kommen. Neben vielem anderen steht dabei vor den Städtebauern und Architekten die Aufgabe, die Stadt einschließlich der Arbeitsstätten so zu gestalten, daß sie den Bedürfnissen unserer Menschen, auch derer, die im Schichtbetrieb arbeiten, entsprechen, das heißt, daß die Stadt ganztägig lebensvoll und attraktiv zu machen ist.

Die moderne sozialistische Großproduktion fordert hochqualifizierte disponible Produzenten und schafft gleichzeitig in zunehmendem Maße die materiellen Grundlagen für die Freizeit, die den Bürger in die Lage versetzt, sich als sozialistische Persönlichkeit zu entfalten. Eine solche Entwicklung verlangt vor allem ein bedeutend höheres Bildungsniveau. Die industrielle Revolution setzte die Beseitigung des Analphabetentums auf die Tagesordnung; die wissenschaftlich-technische Revolution fordert eine polytechnische und wissenschaftliche Ausbildung und ständige Qualifizierung. Sozialistische Persönlichkeit und ein hohes Bildungsniveau sind untrennbar. Dies wird prinzipielle Veränderungen im Zeitbudget und entsprechende Auswirkungen auf die Stadt mit sich bringen. Bereits heute stellen die Soziologen ein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Bildungsniveau der Menschen und dem Zeitbudget fest.

Prognosen sowjetischer Soziologen zeigen, daß – ausgehend von der Dynamik des Zeitbudgets –

sich die Freizeit der Beschäftigten während der Wochentage bis 1980 um mehr als das Zweifache und bis zum Jahre 2000 etwa um das Dreifache vergrößern wird. Bis 1980 soll dies vor allem erreicht werden durch die Verringerung der benötigten Zeit für Dienstleistungen und für das An- und Abfahren zur Arbeitsstelle. Auch eine weitere Verkürzung des Arbeitstages ist vorgesehen. Anschließend bis zum Jahre 2000 soll die Verlängerung der Freizeit in der Sowjetunion, vor allem durch die Verkürzung der Arbeitszeit, erreicht werden. Man rechnet mit einer Einschränkung bis 3,5 Stunden pro Tag (4).

Mit der Erweiterung der Freizeit – bekannt ist, daß Marx gerade sie als den eigentlichen Reichtum der Gesellschaft betrachtete – entstehen weitere hohe Anforderungen an die Stadt, insbesondere an ihre gesellschaftlichen Einrichtungen. Die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise bewirkt oft gerade eine Veränderung der gesellschaftlichen Funktion dieser Einrichtungen. So bauen wir gegenwärtig Schulen, die nur dem Unterricht von Kindern dienen. Daraus ergeben sich ihre Anordnung in der Stadt und ihr Typ. Aber schon jetzt zeichnen sich Tendenzen ab, den Schulkomplex und seine Einrichtungen, wie Turnhallen, Schwimmhallen, Bibliotheken, auch für die wachsenden Ansprüche der Erwachsenenqualifizierung und -weiterbildung, der sportlichen Betätigung und als gesellschaftliche Zentren in Wohngebieten zu nutzen, um so mehr, da unter dem Einfluß der technischen Entwicklung die Ausstattungen der Schulen immer kostspieliger und komplizierter werden. Sollte man diese sich anbahnende Tendenz nicht fördern und die Schulen zu echten gesellschaftlichen und somit auch zu baulichen Zentren der Wohngebiete entwickeln, um so mehr, da sie hierfür alle Voraussetzungen haben? Sicher bringt die Einhaltung der notwendigen hygienischen Bestimmungen für Kindereinrichtungen zusätzliche Investitionen mit sich, insgesamt aber, unabhängig von den einzelnen Planträgern, würde eine solche Konzentration zu Einsparungen führen.

Es wird auch nur möglich sein, den immer umfangreicheren Interessen unserer Menschen durch Bauten gerecht zu werden, wenn diese von Anfang an eine Mehrzwecknutzung vorsehen. Es geht darum, zum Beispiel Theatergebäude zu entwickeln, die sowohl von Schauspielern als auch von Laienkünstlern genutzt werden können, aber auch umsolche Gebäudekomplexe, die sowohl der Kultur, dem Sport, der Bildung und der Gastronomie dienen, die also in jeder Beziehung flexibel sind. Die verschiedenen Formen der Erholung müssen als System von Naherholung, Wochenenderholung und Urlaub gesehen werden.

Sicher lassen sich auch bereits heute schon gewisse Widersprüche erkennen, die nur mit viel Geschick zu lösen sind. So entwickelt sich der Handel in Richtung großer Kauf- und Warenversandhäuser. Das ist der ökonomisch richtige Weg. Gleichzeitig sind aber Möglichkeiten für das, was wir einen Einkaufsbummel nennen und was zum städtischen Leben gehört, zu erhalten, eventuell durch verstärkte Ausstellung von Waren in speziellen Räumen.

Im Städtebau gilt es, die sehr unterschiedlichen Begegnungsbedürfnisse und -möglichkeiten, wie sie sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung ergeben, zu berücksichtigen. Untersuchungen beweisen, daß sich das unmittelbare Bedürfnis nach Kommunikation verstärkt und immer differenzierter wird.

Es gilt auch hier sowohl in der Sphäre der Produktion als auch für das gesamte gesellschaftliche Sein bauliche Voraussetzungen zur Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft und somit auch des einzelnen zu schaffen. Bei der Gestaltung unserer Wohngebiete und bei den bereits erwähnten Arbeiten für die Stadtzentren wurden auch in dieser Richtung entscheidende Schritte unternommen.

Die Erfahrungen zeigen, daß es im Interesse der Intensivierung des städtischen Lebens notwendig ist, alle Möglichkeiten zu nutzen, die einzelnen Bereiche der Arbeit, des Wohnens, der Versorgung, der Kultur und der Erholung immer enger miteinander zu verflechten. Ein wichtiges Merkmal ist dabei, die Zentrumsbereiche verstärkt mit Wohnbauten zu versehen.

Bei Nutzung aller technischen Möglichkeiten durch Einsatz vielfältiger städtebaulicher Gestaltungselemente bei der Rekonstruktion der Städte entstehen neue, schöne Plätze und Straßen, Promenaden, Terrassen, Passagen und Alleen, deren architektonische Wirkung durch Einbeziehung von Parkanlagen, Grünanlagen, von Brunnen, Wasserspielen und Freitreppen sowie durch Anwendung einer abgewogenen Farbgestaltung eine weitere Steigerung erfährt. Wichtige Abschnitte der Stadtgestaltung erhalten mit Werken der Plastik und Malerei eine besondere künstlerische Aussage. Gleichzeitig werden landschaftliche Gegebenheiten mit einbezogen. Alle diese Bestandteile der Stadtentwicklung dienen dem Ziel, den Städten eine der Vielfalt des sozialistischen Lebens gemäße räumliche Gestaltung mit spannungsvollem Wechsel von Weiträumigkeit und Intimität sowie harmonischer Differenzierung in Größe und baukünstlerischem Aufwand zu geben. Unter den neuen Bedingungen, wie größeren Bauhöhen oder breiteren Straßenräumen und den sich wandelnden ästhetischen Ansprüchen der Menschen, bilden sich in Auswertung historischer Erfahrungen neue Kompositionsgrundsätze heraus.

Viele Ansätze für die Entwicklung einer neuen sozialistischen Lebensweise lassen sich in den verschiedenen Bereichen erkennen. Vor der Wissenschaft steht die Aufgabe, sie in Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Disziplinen zu untersuchen und – wo möglich und notwendig – im Städtebau auch experimentell zu erproben. Dies gilt auch für die Entwicklung neuer Wohnformen und der Kombination von Wohn- und gesellschaftlichen Bauten. Hierbei wird die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion weiterentwickelt, die ein großes Forschungspotential auf die Prognose der sozialistischen Stadt ausgerichtet hat.

Eine zunehmende Konzentration, Kooperation und Kombination der gesellschaftlichen Lebenstätigkeiten der Menschen führt im Städtebau zur räumlichen Konzentration, zur Verdichtung und zur Überlagerung der Funktionen. Alle diese Maßnahmen haben über die praktische und ökonomische Bedeutung hinaus eine künstlerisch-ideologische. Es geht um die Herausbildung eines charakteristischen architektonischen Bildes für jede Stadt durch die Schaffung unverwechselbarer städtebaulicher Ensembles von hoher künstlerischer Qualität in Einheit mit Werken der bildenden Kunst. Es geht um die Schaffung einer solchen räumlichen Lebens- und Erlebnissphäre, die den Bürgern alle Voraussetzungen für eine vielseitig geistig-kulturelle Kommunikation und damit für ein kulturvolles Leben in der sozialistischen Gemeinschaft bietet.

Alle Vorstellungen des Städtebauers von den Städten der Zukunft sind aber nur zu realisieren, wenn die Bau- und Baustoffindustrie sowie die andere Zweige der Volkswirtschaft die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, um mit modernen Konstruktionen unter Einsatz hocheffektiver Baumaterialien Bauten zu schaffen, die unserer Zeit und ihrer Größe entsprechen. Heute steht vor der Technik und Technologie die Aufgabe, nicht mehr nur Lösungen für Einzelgebäude zu finden, sondern auch für die gesamtstädtische Bebauung – denken wir nur an die sich immer mehr durchsetzende Bebauung in mehreren Ebenen über und unter der Erde, an die Lösung der vielseitigen Probleme des Verkehrs und an die notwendige funktionelle Flexibilität und Variabilität.

Aus Untersuchungen der Metallurgie geht zum Beispiel hervor, daß bis 1985 die Herstellung von Stählen mit bedeutend höherer Materialfestigkeit zu erwarten ist, wobei die Massenbaustähle voraussichtlich eine zwei- bis dreifache Festigkeit erreichen werden. Es zeichnet sich auch ab, daß die stofflichen Eigenschaften und das Sortiment der Plaste so entwickelt werden, daß sie in großem Umfang und mit hohem ökonomischem Effekt im Ausbau und als konstruktives Element eingesetzt werden können. Die Silikatbaustoffe werden in Zukunft ebenfalls wesentlich an Bedeutung gewinnen.

Obwohl der Betonbau auch für die nächste Zukunft bestimmend sein wird, zeigen Analysen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, daß bis zum Jahre 2000 mit einer tiefgreifenden Veränderung der Baustoffe zu rechnen ist. Bereits heute ist es technisch möglich, Geschoßbauten aus in bewegliche Schalungssätze eingeschäumten Hartschäumen mit einem von Kesselwagen gespeisten Leitungssystem in kürzester Zeit auszuführen. Für den vielgeschossigen Wohnungsbau wurden des weiteren versuchsweise Wandplatten aus glasfaserverstärkten Polyesterdeckschichten mit einer Schaumfüllung entwickelt, die nur etwa 27 kp pro m² wiegen (6). Die Plastschaumstoffe können unwahrscheinlich leicht sein (700mal leichter als Stahl, 100mal leichter als Wasser, 25mal leichter als Kork).

Daß die Baustoffe der ferneren Zukunft in ihren Eigenschaften weit über unseren gegenwärtigen Vorstellungen liegen werden und dementsprechend auch völlig neuartige Bauweisen und Bauverfahren möglich machen, zeigen zum Beispiel die Whiskers. Es handelt sich um ideale, lückenlos gewachsene Kristalle mit fehlerloser Gitterstruktur zum Beispiel aus Bor, Kohlenstoff oder Siliziumkarbid, die in einer Matrix beispielsweise aus Epoxydharz miteinander verklebt werden. Wesentlich größere Festigkeit als bei Stahl und kleinere Wichte als bei Aluminium werden durch sie erreichbar. Flugzeuge aus diesem Verbundwerkstoff würden nur die Hälfte derzeitiger Typen wiegen. Durchsichtige Superschalen mit Durchmessern und Höhen, die das bisher Bekannte um das 10- bis 20fache übersteigen, werden theoretisch möglich. Forscher sehen in diesem Werkstoff den leichtesten, härtesten und festesten, den der Mensch kennt (7). Sicher ist der Weg von der Retorte bis zur praktischen Anwendung noch sehr weit. Überlegungen dieser Art sind aber in die Prognose einzubeziehen.

Auch die in absehbarer Zeit zu erwartende Entwicklung der Baustoffe wird neue Möglichkeiten eröffnen für die Verwirklichung des leichten ökonomischen Bauens und die Entwicklung hocheffektiver räumlicher Konstruktionen zulassen. Das betrifft räumliche Tragwerke, wie Zellensysteme, Schalen oder Falten, Seilsysteme, aber auch Hängehäuser, zwischen Kerne weitgespannte Leichtbauträgersysteme, pneumatische und andere Konstruktionen. Für die Technologie wird der Übergang zur Automatisierung bestimmend sein. Die unterschiedlichem physischem und moralischem Verschleiß unterliegenden Bauteile sollten so getrennt werden, daß eine leichte Austauschbarkeit bei Reparaturen oder nachträglicher Einbau neuer technischer Errungenschaften möglich wird, um so Voraussetzungen für eine Industrialisierung der Produktion von gebäudetechnischen Anlagen zu schaffen.

Die technische Entwicklung ermöglicht den Städtebau der Zukunft, einen Städtebau, der alle technischen Voraussetzungen in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft stellt. **Diese Entwicklung verlangt aber auch eine neue Form der Gemeinschaft zwischen Technologie, Städtebau, Architektur und Konstruktion.**

Ebenso wie bei der Prognose der technischen Entwicklung des Bauwesens dürfen aber auch erkennbare Trends des Verkehrs nicht einfach linear fortgesetzt und in die Prognose des Städtebaus projektiert werden, um nicht Möglichkeiten für noch relativ unbekannte, sich erst anbahnende Entwicklungen zu verbauen. So verwies der bekannte amerikanische Architekt und Städtebauer Victor Gruen auf einen amerikanischen Verkehrsfachmann, der im Jahre 1910 befragt wurde, welche Verkehrsprognose er für die Stadt New York machen könne (8). Er wies nach, daß der Trend der Pferdehaltung seit 1850 ständig gestiegen war, und zwar in einer scharfen Kurve. Auf Grund dieser Beobachtung setzte er den Trend bis 1960 fort und erklärte, daß zu dieser Zeit New York im Pferdemist ersticken würde. Wenn wir heute die derzeitige Entwicklung des Autoverkehrs einfach linear zum Jahr 2000 weiterführen, wird es uns ähnlich ergehen.

Die Verkehrsexperten rechnen aber, daß sich in den Jahrzehnten zwischen 1980 und 2000 entweder das Energie- oder das Antriebssystem oder beide Systeme qualitativ verändern werden. Damit reift eine Epoche heran, in der das Verkehrssystem revolutionär verändert wird. Bei der Anwendung einer Luftkissenbahn beispielsweise würde die Fahrzeit zwischen Leipzig und Berlin nur noch ½ Stunde betragen. Andere Überlegungen laufen in Richtung der teil- oder vollautomatischen Führung von Straßenfahrzeugen oder von vollelektronisch gesteuerten Fahrzeugen in Röhrenfahrbahnen.

Sicher sind das noch Vorstellungen für die weite Zukunft. Aber im Städtebau ist schon heute unter dem genannten Gesichtspunkt und dem der relativen Statik der Bebauung im Verhältnis zur Dynamik der Verkehrsmittel darauf zu achten. Um die auftretenden Verkehrsprobleme bereits heute im Interesse der gesamten Gesellschaft lösen und die nachteiligen Folgen, die durch einseitige Entwicklung des individuellen Autoverkehrs für die Stadt auftreten, vermeiden zu können, sind ökonomische und komfortable Massenverkehrsmittel auszubauen. In den Zentren wird der Fußgängerverkehr weitgehend vom Straßenverkehr getrennt. Immer mehr setzen sich Verkehrskonzeptionen durch, bei denen Umgehungsstraßen die Zentren entlasten. In vielen Städten bilden sich reine Fußgängerbereiche als wirksame Konzentrationspunkte für die Entfaltung städtischen Lebens.

Längst schon ist die Diskussion darüber, wie wir morgen in der Stadt leben wollen, bei uns über einen engen Kreis von Städtebauern und Architekten hinausgewachsen und beschäftigt Politiker und Ökonomen ebenso wie Soziologen, Psychologen, Mediziner und Biologen. Das wachsende Interesse der gesamten Bevölkerung an den Entwicklungstendenzen des Städtebaus und der Architektur ist eine selbstverständliche Erscheinung unserer Demokratie.

Literatur

(1) v. Goethe, J. W.: Wilhelm Meisters Wanderjahre

(2) Position of the Students before the Town Planners Meeting, UIA X, Doc. 9

(3) Ragon, M.: Wo leben wir morgen?, München 1967

(4) Smoljar, J. M.: Die sozialen Voraussetzungen zur Herausbildung der Stadtstruktur in der Epoche der wissenschaftlichen Revolution, Moskau 1968 (russ.)

(5) Soziologische Voraussetzungen zur Gestaltung der Stadt der Zukunft, Moskau 1967 (russ.)

(6) Plastics in Building Construction, Editor R. M. Davies, London 1965

(7) Brenner, P.: Höhere Festigkeit durch Verbundwerkstoffe, in: Umschau, 1968, S. 166

(8) Gruen, V.: Die Wiederbelebung unserer Stadtkerne, in: Neue Heimat, Heft 8/1968

Die Zeit der verpaßten Chancen

Bemerkungen zum westdeutschen Städtebau

Dr. Gerhard Krenz

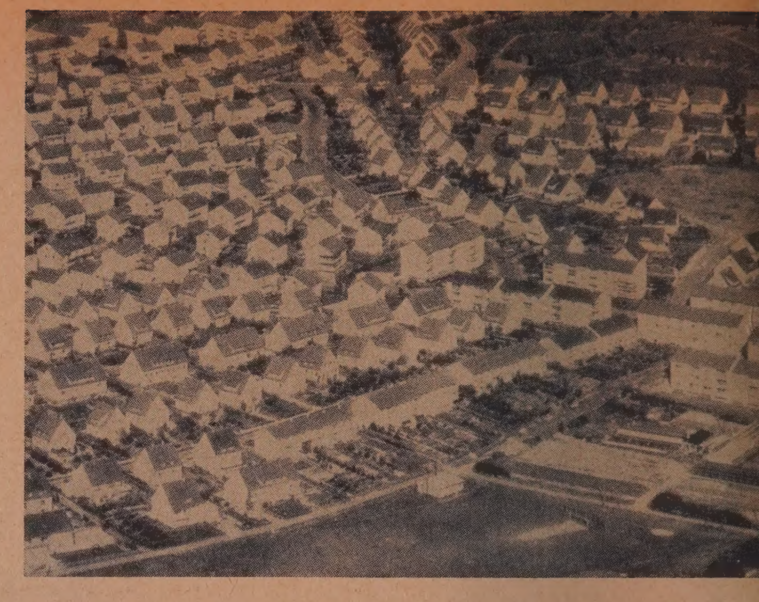
Noch vor wenigen Jahren waren es vereinzelte, wenn auch ernst zu nehmende Stimmen, die im Taumel der bundesdeutschen „Wirtschaftswunder"-Selbstgefälligkeit warnend ihre Stimme gegen jene Tendenzen im Städtebau erhoben, die heute Gegenstand einer breiten Kritik geworden sind.
Zwanzig Jahre lang herrschte in der Bundesrepublik, wie die „Süddeutsche Zeitung" schrieb, „die prächtigste Baukonjunktur aller Zeiten". Das ist sicher übertrieben, denn innerhalb dieses Zeitraumes gab es mehrere Male, zuletzt 1967, deutlich spürbare Krisenerscheinungen. Aber insgesamt sind die Bauleistungen und die Arbeitsproduktivität im Bauwesen erheblich gestiegen. Die Baupreise jedoch, ebenso wie die Profite der großen Baukonzerne, liefen in noch schnellerem Tempo davon.
Zwanzig Jahre lang wurde viel, sogar sehr viel gebaut. Niemand wird diese Leistungen, die ja weder von den Aktionären der Baukonzerne noch von den großen Nutznießern der Baukonjunktur, den Monopolen und Bauherren, sondern von den westdeutschen Bauschaffenden und einigen Hunderttausend in Westdeutschland tätigen Bauarbeitern anderer kapitalistischer Länder vollbracht wurden, übersehen. Aber ebenso wenig kann heute übersehen werden, daß das Bauen in der Bundesrepublik zwanzig Jahre lang falsch programmiert war, daß die zwanzig Jahre unter den Regierungen von Adenauer bis Kiesinger eine Zeit der verpaßten Chancen im Städtebau war.

Warum steht der westdeutsche Städtebau unter Kritik?

Die Kritik am westdeutschen Städtebau reicht heute von den Stimmen der fortschrittlichen, demokratischen Kräfte bis hin zur großbürgerlichen Presse, die das allgemeine Unbehagen nicht mehr übergehen kann.
Einige charakteristische Meinungen sollen hier kurz zitiert werden:
■ „Die Misere des (west-)deutschen Städtebaus ist offenbar ..." („Die Zeit" vom 20. 6. 1969)
■ „Die einmalige Chance beim Wiederaufbau haben wir verpaßt." (Meinung des Göttinger Architekten Jochen Brandi)
■ „In zwei Jahrzehnten christdemokratischer Wohnungs-, Eigentums- und Baupolitik
– wucherten Grundstücks- und Bauspekulation ... zu Lasten der Mieter und Eigenheimerbauer
– schwappte ein Brei von monotonen Eigenheimsiedlungen in die Landschaft ...
– entstanden jene gespenstisch leblosen Schlafstädte ohne Kneipen, Kinos und Geschäfte, in denen soziale Kontakte abgebrochen sind ... Kein Zweifel: Auf Jahrzehnte hinaus ist die (west-)deutsche Stadtlandschaft geprägt von den Bausünden der fünfziger und sechziger Jahre ..."
(Aus einem westdeutschen Nachrichtenmagazin)
■ Auf die Ergebnisse des westdeutschen Städtebaus eingehend, erklärte der Arbeitskreis Stadtentwicklung beim Bundeswohnungsministerium: „Typische Folgen sind unzureichende Wohnwerte, ungelöste Verkehrsprobleme, Auflösung geschichtlicher Siedlungsformen, Zerstörung landschaftlicher Schönheiten, Belästigung und Gefährdung der Bevölkerung durch unerträglichen Lärm, durch Verschmutzung von Luft und Wasser ..."
■ Der westdeutsche Architekt Otl Aicher in „Die Zeit" über das Zentrum von Hamburg: „Die City leidet seit Jahren unter der Massierung der Konzernverwaltungen. Gewaltige Bürobloсks haben Fachgeschäfte, Gaststätten, Bewohner, schließlich das Leben überhaupt, aus der City verdrängt ..." In einem anderen Artikel schreibt er: „Worin liegen aber die Gründe für die Auflösung unserer Städte? Die Verwüstung hat gesellschaftliche und ökonomische Ursachen ... An Stelle von Ideen und Erkenntnissen wird in unserer City Werbung umgesetzt ..."
■ Der Düsseldorfer Architekt Lehmbrock kritisiert die Isolierung sozialer Schichten in der Stadt und schreibt: „Der gesamte Wohnungsbau leidet darunter; denn Siedlungen werden ja nur sortiert gebaut, nach Einkommen und Firmenzugehörigkeit, nach kinderreichen und alten Leuten, nach Mietern und Eigentümern, nach Flüchtlingen und sogar nach Asozialen ..."
(„Der Architekt", Nr. 6/69)
■ Der Soziologe Alexander Mitscherlich, der das Wort von der „Unwirtlichkeit unserer Städte" prägte, erklärte: „Nirgendwo sonst ist mit dem Wort ‚sozial' so viel Schindluder getrieben worden wie beim sozialen Wohnungsbau."
■ Der Stuttgarter Architekt Doernach schreibt: „Die Stadt von heute ist ein menschenfeindliches, kindermordendes Ungetüm geworden; allein Westdeutschland hat jährlich 500 000 Verkehrsverletzte und Verkehrstote. Die Folgekosten dieser Unfälle gehen in die Milliarden."
So breit und vielfältig die Stimmen der Kritik auch sind, so konzentrieren sie sich im wesentlichen auf eine Reihe von sichtbaren oder spürbaren Erscheinungen:
■ Die „Unwirtlichkeit" und Auflösung der Städte sowie die Zersiedlung der Landschaft
■ die Okkupation der Stadtzentren von den Konzernen und die damit verbundene Verödung des geistigen und kulturellen Lebens in den Zentren
■ das zunehmende Verkehrschaos in den großen Städten sowie
■ die steigende Bau- und Baulandpreise und die grenzenlose Steigerung des Mietwuchers bei mangelhafter Qualität und monotoner Gestaltung vieler Wohnungsbauten.

Das System hat versagt

Wenn es jedoch um die Ursachen der antihumanen Tendenz geht, finden wir bei den meisten Kritikern schamhaftes Verschweigen, ein gegenseitiges In-die-Schuhe-Schieben und Ablenkungsmanöver bis zur bewußten Verschleierung. Selbst bei weitsichtigen Kritikern, die von einer humanistischen Position ausgehen, bleibt es in diesem Punkt bei unpräzisen oder vorsichtigen Formulierungen.
Zum Beispiel bezeichnet der Göttinger Soziologe Hans Paul Bahrdt die Mängel im westdeutschen Städtebau als ein „Versagen der Gesellschaft, das heißt unser aller Versagen". Wenn es sich hier auch um ein „Versagen der Gesellschaft" handelt, so kann doch die These vom „Versagen aller" nur von der Erkenntnis der klassenbedingten Ursachen ablenken. Die Frage kann nur so gestellt werden: Welche Klasse der Gesellschaft hat von dieser Entwicklung einen Nutzen gezogen? Was sind die politischen und ökonomischen Ursachen dieser Entwicklung?
Warum kam es denn zur Auflösung und Zersiedlung der westdeutschen Städte? War das ein Irrtum der Städtebauer oder Unwissenheit? Die Zersiedlung der Stadt begann doch damit, daß die herrschende Klasse sich in besonderen Villenvierteln am Rande der Städte und in bevorzugten, der Öffentlichkeit entzogenen Erholungsgebieten etablierte und ein Teil der

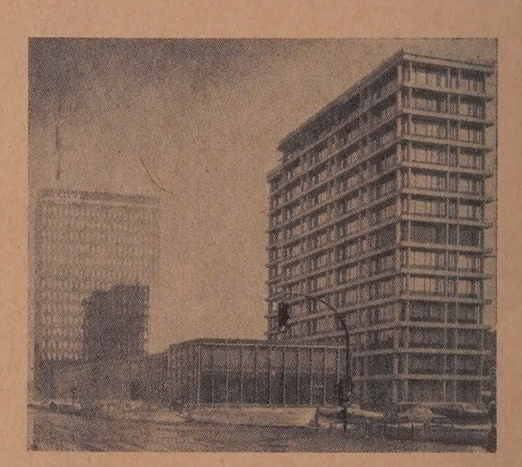


▲ Wohnsiedlung bei Aalen. Dazu die Zeitschrift „Baumeister": „Eine Untat gegen Menschen und Landschaft"

▼ Aus einem Vortrag des Münchener Oberbürgermeisters Vogel (aus "Neue Heimat"):

Aber beim Grund und Boden ist nahezu alles erlaubt. Allein in München sind als Folge der – wie auch immer motivierten – Bodenpreissteigerung vom 1. Januar 1957 bis 31. Dezember 1966 rund 495 Millionen DM an Steuergeldern in die Taschen privater Grundstückseigentümer geflossen und damit den öffentlichen Investitionen entzogen worden. Denn die Grundstücke, die die Stadt vom 1. Januar 1957 bis 31. Dezember 1966 für öffentliche Zwecke erworben hat, hätten um rund 495 Millionen DM weniger gekostet, wenn die Grundstückspreise auf dem Stande vom 1. Januar 1957 geblieben und nicht seitdem um 890 Prozent gestiegen wären. Für die ganze Bundesrepublik ergeben sich so Milliardenbeträge.

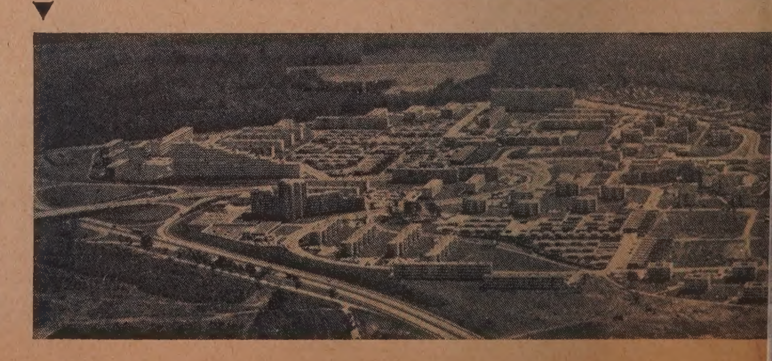
▲ So stiegen die durchschnit Baulandpreise (nach „Deta



◀ Hamburg: Werbung statt K Die Großen okkupieren die

Gewaltige Investitionen fü Autoverkehr, aber keine Lösu das Verkehrsproblem ▼

Wolfburg-Detmerode gilt als ein Musterbeispiel des westdeutschen Wohnungsbaus: Aber auch hier soziale Isolierung schon im Wohngebiet ▼



Der Traum vom Eigenheim ist aus

In dreizehn Jahren hat sich im Hamburger Raum der Preis für Eigenheime verdreifacht



Reihen-Eigenheime, Baujahr 1969, in Barsbüttel bei Hamburg für 112000 Mark: 35000 Mark Bargeld und 77000 Mark Schulden, 88 qm Wohnfläche

(Aus „Stern")

Wohin klettern die Mieten?

Münsteraner Institut untersuchte Entwicklung bis 1975

Eigenbericht „Der Abend"

MÜNSTER, 29. Oktober

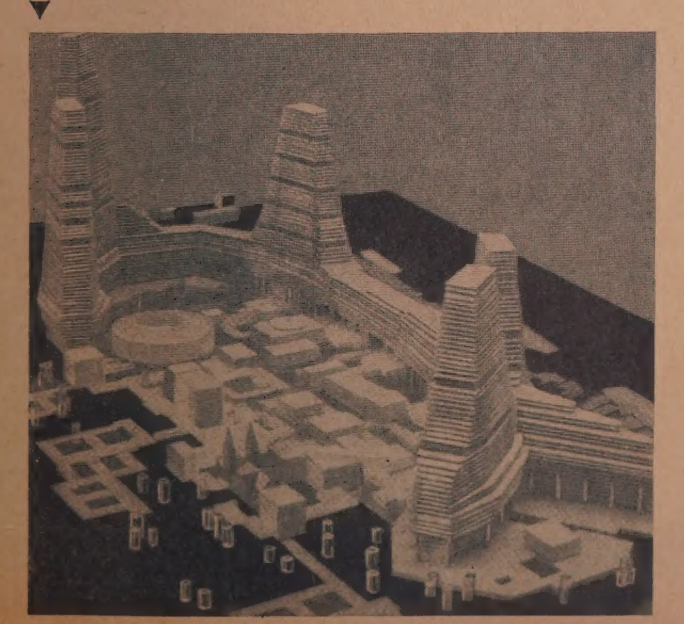
◆ Von 1969 bis 1975 werden die Mieten in der Bundesrepublik „mindestens" um 53 Prozent steigen. Eine freifinanzierte, steuerbegünstigte Wohnung, die im vergangenen Jahr pro Quadratmeter Wohnfläche noch 5,88 DM kostete, wird 1975 pro Quadratmeter 8,36 DM kosten. Bis 1975 müßten zur Befriedung des Wohnungsmarktes 3,56 Millionen Wohnungseinheiten gebaut werden. Das kommt einem jährlichen Bauvolumen von 510 000 Wohnungen gleich. Das Mietaufkommen wird von 35 Milliarden DM bis 1975 auf 61,5 Milliarden DM steigen.

Aus „Spandauer Volksblatt" vom 21. 9. 69 ▶

Der „Wohnraum von einer Größenordnung Hamburgs stand nur auf dem Papier, als Lücke zur Begründung seines Planes Zahlen auf den Tisch des Bundeshauses legte. Nachprüfungen lassen befürchten, daß damals etwa 780 000 Wohnungen zuviel gezählt wurden. 780 000 Wohnungen sind Wohnraum für zwei Millionen Menschen, Wohnraum einer Weltstadt wie unserer nördlichen Metropole.

Projekt der gewerkschaftlichen Wohnungsgesellschaft „Neue Heimat" für die Neubebauung des Hamburger Stadtteils St. Georg. Davor warnte die Unternehmensgruppe Koppe, einer der größten westdeutschen Baukonzerne: Solche „Höhenflüge" endeten in Sozialisierung! Solche Projekte seien „für die Privatwirtschaft nicht mehr zu bewältigen".

▼



Mittelschichten aus Prestigegründen diesem Trend folgte. Der „Siedlungsbrei" wurde vermehrt, weil der Eigenheimbau aus politischen Motiven (Desorientierung und ökonomische Fesselung der Arbeiterklasse) auch für Arbeiter und Angestellte manipuliert und gefördert wurde. (Der ehemalige CDU-Wohnungsbauminister Lücke begründete den Eigenheimbau mit der antikommunistischen These, er würde die „innere Abwehrbereitschaft gegenüber der politischen Bedrohung durch die kollektiven Mächte des Ostens" stärken.) Die Städte flossen weiter auseinander, weil neue Wohngebiete, die zum Teil von gewerkschaftlichen Bauorganisationen wie der „Neuen Heimat" errichtet wurden, durch die Bodenspekulation meist nur weit ab von den Zentren errichtet werden konnten. Die Städte uferten aus, weil durch das Eigentumstabu alte Stadtgebiete nicht erneuert werden konnten. Die Wohngebiete sind ebenso wie die ganze Stadtstruktur das Ergebnis einer zunehmenden sozialen Differenzierung, Ausdruck der inneren Widersprüche einer Klassengesellschaft.

Oder warum entwickelte sich das, was viele Kritiker als „Verödung der Zentren" bezeichnen? War das ein Planungslapsus? Die Zentren verwandeln sich deshalb so, weil die im Zuge der Konzentration des Kapitals gewachsenen Konzerne, Banken und Versicherungen in den Zentren repräsentieren wollen (man rechnet sich dabei sieben- bis achtstellige „Prestigegewinne" aus). Wenn zum Beispiel heute durch die Bodenspekulation ein einziger Quadratmeter Bauland am Münchener Stachus bereits bis zu 15 000 Mark kostet, dann ist doch klar, daß nur große Unternehmen in der Lage sind, in den Stadtzentren zu bauen. In den Zentren drückt sich die herrschende Macht aus. Das ist die Ursache.

Oder warum nimmt das Verkehrsproblem in den Städten solche verheerenden Ausmaße an? Ist das Auto „an sich" schuld? Es liegt doch vielmehr daran, daß der öffentliche Massenverkehr hinter den individuellen Verkehr gestellt wird und das Auto zum manipulierten Statussymbol wurde. Aber gleichzeitig wird eine großzügige Verkehrsplanung in den Städten durch das Eigentumstabu und die Bodenspekulation immer mehr behindert. Dazu kommt, daß die große Entfernung der neuen Wohngebiete vom Stadtzentrum und die fehlende Verdichtung eine rationelle Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschwert und die kommerzielle Monofunktion der Zentren zu einer Verkehrsüberlastung führt.

Oder prüfen wir die Frage, wodurch die Wohnungspreise und Mieten ins uferlose steigen. Statistisches Material beweist, daß nicht die steigenden Bauarbeiterlöhne die Ursachen sind, denn die Arbeitsproduktivität wuchs schneller. Eine wesentliche Ursache sind zweifellos die Bodenpreise, die von 1961 bis 1968 im Bundesdurchschnitt auf mehr als das Doppelte, teilweise aber bis auf 2700 Prozent (!) stiegen und die Gesamtkosten im Wohnungsbau immer mehr belasten. Eine weitere Ursache ist aber auch in dem Zurückbleiben des industriellen Bauens zu sehen. Trotz der relativ hohen technischen Ausstattung der Bauindustrie werden bisher nur 5 Prozent des gesamten westdeutschen Wohnungsbaus in Montagebauweisen durchgeführt, weil fehlende Planung eine kontinuierliche Auslastung moderner Vorfertigungsstätten nur in Einzelfällen gestattet. Schließlich werden die Bau- und Mietpreise durch die Profitinteressen der Baukonzerne und Hausbesitzer und nicht zuletzt der Kredite, Darlehen und Hypotheken gebenden Banken unter Ausnutzung des Wohnungsmangels rücksichtslos auf Kosten der Werktätigen in die Höhe getrieben. Aber das ist weder auf das Versagen einzelner noch auf das Versagen aller zurückzuführen. Es sind auch im Prinzip keine „Auswüchse" oder subjektive, vermeidbare „Fehler", sondern Ergebnisse des gesellschaftlichen Systems. Solche Ausnahmen, wie die neue Nordweststadt in Frankfurt/M., die unter dem Einfluß gewerkschaftlicher Bauorganisationen entstanden, bestätigen nur die Regel, daß das auf Maximierung des Profits orientierte System immer mehr zum Hemmnis für den Städtebau wird.

Baugesetzgebung für wen?

Wenn man den Ursachen der Misere im westdeutschen Städtebau nachgeht, so stößt man immer auf jenes vielschichtige, meist verdeckte und verschleierte Zusammenwirken von Monopolen und Staat, das charakteristisch für das staatsmonopolistische Herrschaftssystem.

Das schon vor Jahren verabschiedete Bundesbaugesetz ist dafür ein ganz typisches Beispiel. Es wurde von der Bundesregierung unter anderem mit der Begründung vorgelegt, daß es eine wirksame Maßnahme gegen die Bodenspekulation darstelle. Eingeweihte prominente Städtebauer hatten mit aller Deutlichkeit vor der Annahme gewarnt, und sie haben recht behalten. Mit der Annahme dieses Gesetzes erhielt die Bodenspekulation einen enormen Auftrieb. Zwar enthält das Bundesbaugesetz eine Enteignungsklausel. Das Verfahren ist jedoch praktisch unbrauchbar. Es setzt eine verbindliche Bebauungsplanung voraus, die jedoch erst nach der Klärung der Bodenfrage möglich ist. Die Veröffentlichung jeder Planung führt sofort zu einer ungeheuren Erhöhung des Baulandpreises. Selbst bürgerliche Stimmen sprechen davon, daß auf diese Weise in Westdeutschland über 100 Milliarden Mark in die Tasche der Bodenspekulanten wanderten, die von den Steuerzahlern aufgebracht werden mußten. Fast eine halbe Milliarde Mark zahlte allein die Stadt München in den letzten zehn Jahren an Grundbesitzer und Makler. Die Städte sind aus diesem Grunde gezwungen, städtebauliche Planungen geheimzuhalten. Damit wird jedoch eine demokratische Planung unmöglich gemacht.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Lücke-Plan, der mit der Begründung so in den Bundestag kam, das Wohnungsproblem durch eine „Liberalisierung des Wohnungsmarktes" zu erleichtern. Tatsächlich eröffnete dieses Gesetz — das hat inzwischen jeder Bundesbürger verspürt — einem beispiellosen Mietwucher Tür und Tor. Dabei war die Regierung mit Argumenten nicht pingelig, denn die dem Bundestag zur Begründung unterbreiteten Zahlen waren, wie jetzt aufgedeckt wurde, gefälscht. Wohnungen für mehr als 2 Millionen Menschen standen nur auf dem Papier!

Ein sogenanntes „Städtebauförderungsgesetz", das in der letzten Legislaturperiode im Bundestag zur Debatte stand, sollte unter anderem den spekulativen Gewinnzuwachs beim Verkauf von Bauland verhindern. Das Gesetz wurde von der CDU/CSU und der stockreaktionären Haus- und Grundbesitzer-Lobby zu Fall gebracht. „Die Zeit", eine Hamburger Tageszeitung, meinte dazu: „Das Scheitern des Gesetzes verzögert nicht nur die Sanierung und die Neugestaltung der (west-)deutschen Städte. Es macht sie sogar auf lange Sicht unmöglich."

Die SPD hatte vor der Bundestagswahl nicht wenige Versprechen abgegeben. Eine ihrer Programmforderungen hieß: „Die Bekämpfung der Bodenspekulation setzt ein modernes Bodenrecht voraus." Als Regierungspartei hätte sie die Pflicht, den Wählerwillen, der nicht zuletzt auch auf eine fortschrittliche Städtebau- und Wohnungspolitik gerichtet ist, zu respektieren und ihre eigenen Versprechungen einzulösen. Sie wird prüfen müssen, ob es mit ihren Grundsätzen vereinbar ist, 250 Millionen Mark für die Entwicklung eines Militärflugzeuges, aber nur 2 Millionen Mark (je Einwohner etwa 3 Pfennige oder ein Fünftel dessen, was die Tabakindustrie ausgibt, wenn sie eine neue Zigarettensorte auf den Markt bringt) für die städtebauliche Forschung auszugeben. Eine wirklich fortschrittliche Städtebaupolitik, die im Interesse der westdeutschen Werktätigen liegt, wird zweifellos mehr an politischer Konsequenz erfordern als einige neue Paragraphen.



ARCHITEKTUR UND BILDENDE KUNST Ausstellung zum 20. Jahrestag der DDR

Dipl.-Ing. Martin Wimmer, Berlin
Leiter des Ausstellungssekretariates

Mitten im Zentrum der Hauptstadt der DDR, auf dem Freigelände des ehemaligen Lustgartens, im 1966 wieder eröffneten Alten Museum und im Obergeschoß der Nationalgalerie wurde die zentrale Ausstellung „Architektur und bildende Kunst" als bedeutendster kulturpolitischer Beitrag zum 20. Jahrestag unserer Republik eröffnet.

Nach der Eröffnung der Ausstellung durch den Ersten Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, am 2. 10. 1969 nahmen bedeutende Staatsmänner und Persönlichkeiten aus vielen Ländern der Erde sowie über 100 000 Bürger unserer Republik die Gelegenheit, sich hier über die Entwicklung von Architektur und bildender Kunst in unserem Staat zu informieren. Diese gemeinsame Ausstellung von Architektur und bildender Kunst stellte in ihrer inhaltlichen Aussage, in Form und Komplexität, besonders aber auch durch die enge Verbindung der Architektur mit der baugebundenenn Kunst ein Novum dar.

In Inhalt, Form und Methode ein Novum

Die wichtigste Grundlage für die Vorbereitung der zentralen Ausstellung bildeten die in allen 15 Bezirken durchgeführten Ausstellungen „Architektur und bildende Kunst". Schon bei der Auswahl der Arbeiten gab es eine wesentliche Neuerung: Über die Aufnahme der Werke entschied erstmals nicht eine zentrale Jury, sondern die Bezirkskomitees selbst delegierten ihre besten Werke aus den eigenen Ausstellungen nach Berlin.

Diese Methode, Ausdruck der Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Kunstleben, hat sich hervorragend bewährt.

Ein zweites Novum der zentralen Ausstellung ist darin zu sehen, daß Architekten und bildende Künstler gemeinsam diese Ausstellung durchführen. Darin spiegelt sich die neue Qualität wider, die das künstlerische Schaffen in unserer Republik insbesondere bei der Synthese von Architektur und bildender Kunst in jüngster Zeit erreicht hat.

Die Vorbereitung dieser Ausstellung war nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit eines großen Kollektivs möglich. Daher konnte die gewaltige Arbeit nur im Zusammenwirken aller Veranstalter (Ministerium für Kultur, Ministerium für Bauwesen, Verband Bildender Künstler Deutschlands, Bund Deutscher Architekten, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsche Bauakademie und Deutsche Akademie der Künste) in einem gemeinsamen Arbeitsstab gelöst werden. Die Vorschläge des Arbeitsstabes wurden vom zentralen Ausstellungskomitee beraten und bestätigt und mit Hilfe eines Ausstellungssekretariats realisiert.

Die Gesamtkonzeption der Ausstellung erforderte völlig neue Wege für Inhalt und Form, Wege, die über Galerie-Ausstellungen bekannter Art und über die bisher praktizierten Architekturausstellungen hinausgehen und erst im Arbeitsprozeß entwickelt werden mußten.

Besonders die an Ort und Stelle gegebenen Hinweise von der Parteiführung und von den Komiteevorsitzenden, dem Minister für Kultur, Klaus Gysi, und dem Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, erwiesen sich dabei als eine wesentliche Unterstützung für die Gestaltung der Ausstellung.

Architektur und Kunst wachsen miteinander

Alle in der Ausstellung vorgestellten Modelle von Stadtzentren und Wohngebieten zeigen die aus der Prognose abgeleitete reale Perspektive unserer städtebaulichen Entwicklung. Sie werden ergänzt durch Fotos und Groß-Dias von bereits ausgeführten Planungen, Ensembles und Bauwerken sowie durch Perspektiven, die die Modellaufsichten durch einen aus der Fußgängerebene gewählten Blickpunkt ergänzen und damit den später wahrzunehmenden Raumeindruck wiedergeben. Die Beschränkung auf bestätigte Projekte ermöglicht eine Rechenschaftslegung über die Entwicklung des Städtebaues und der Architektur in unserer Republik und damit den Leistungsvergleich zwischen den Bezirken. Viele Beispiele lassen erkennen, daß es gelungen ist, für städtebauliche Räume und ganze städtebauliche Ensembles Lösungen zu finden, die in ihrer architektonischen Wirksamkeit hohe Erwartungen erfüllen und die Vorzüge unserer sozialistischen Ordnung überzeugend widerspiegeln. Anerkennend wird von in- und ausländischen Besuchern festgestellt, daß wir das industrielle Bauen, in der DDR seit Jahren bereits technisch gemeistert, nun auch ästhetisch bewältigt haben. Die Vielfalt in der Fassaden- und Baukörpergestaltung und die Struktur ganzer Stadtgebiete beweist, daß Industrialisierung, Typung und Standardisierung nicht gleichbedeutend sein müssen mit Monotonie und Schematismus. Die Industrialisierung des Bauens ist vielmehr notwendige Voraussetzung für Klarheit, Originalität und schöpferische Phantasie. Die an konkreten Beispielen vorgestellten städtebaulichen und architektonischen Entwürfe bedurften daher nicht der Auffüllung mit futuristischen Projekten, die allzuoft als Hauptexponate in Architekturausstellungen kapitalistischer Länder die Unlösbarkeit aktueller städtebaulicher Probleme vertuschen sollen.

Allgemein wird immer wieder bemerkt, daß jetzt eine kunstfreundliche Architektur und eine architekturfreundliche Kunst erkennbar ist, daß Architektur und bildende Kunst aneinander und miteinander gewachsen sind. Besonders der Teil der baugebundenen Kunst, der alle Architekturexponate begleitet, ist es, der immer wieder große Zustimmung findet. So muß selbst die in Westdeutschland erscheinende „Frankfurter Rundschau" anerkennen: „Abgesehen von Mexiko-City, ist die DDR konkurrenzlos in der Anstrengung, Architektur und bildende Kunst dialektisch aufeinander zu beziehen."

Besucher aus Südamerika, aus Italien und anderen Ländern sprechen davon, daß die DDR in wenigen Jahren, wenn die Projekte in Berlin, Halle-Neustadt, Rostock, Magdeburg, Cottbus, Karl-Marx-Stadt und anderen Städten, so wie sie in der Ausstellung zu sehen sind, verwirklicht sein werden – und niemand zweifelt daran – die mexikanischen Leistungen auf diesem Gebiet übertreffen wird, ja daß man dann in der DDR diese Beispiele studieren muß. Bei allen Exponaten der bildenden Kunst wird deutlich, daß diese Werke nicht für die Ausstellung, sondern für unser Leben entstanden sind. Der optimistische Grundcharakter, verbunden mit der Entwicklung des Schönen, ist durchgängig erkennbar. Die Gestaltung des sozialistischen Menschen steht im Mittelpunkt vieler Exponate. Ein Gast aus New York, der in unserer Ausstellung vor allen Dingen den Menschen in den Werken unserer bildenden Kunst gestaltet fand, nicht deformiert, nicht abstrahiert, sondern frei und stolz und in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit, bezeichnete dieses Erlebnis als den nachhaltigsten Eindruck dieser Ausstellung, für den er sehr dankbar sei.

Eine Bildungsstätte für alle

Den großen Überblick über das Baugeschehen in unserer Republik, der mit den Modellen der Stadtzentren, der Wohngebiete, der Kultur- und Sportbauten gegeben wird, hat eine Besucherin verallgemeinernd so zusammengefaßt, daß diese einzigartige Lehrschau des Städtebaues vor allem die Bürger befähigt, bei der Neugestaltung ihrer Städte sachkundig mitreden zu können.

Neu an dieser Ausstellung ist tatsächlich ihre Gestaltung als eine echte Lehr- und Leistungsschau und als Bildungsstätte für die verschiedensten Besuchergruppen und Gremien. Von vornherein wurde dazu ein Kino-Café geplant, in dem ständig Veranstaltungen und Vorträge durchgeführt sowie Film- und Dia-Serien gezeigt werden. Schon nach kurzer Zeit wurde die Ausstellung zum Treffpunkt und Forum interessierter Bürger aus allen Teilen der Republik und zur Bildungsstätte von Laien und Fachleuten.

Der BDA hielt hier seine 10. Präsidiumssitzung ab und traf sich hier mit den Architekten, denen die Schinkel-Medaille verliehen wurde. Der VBKD führte seine 18. Sitzung des Zentralvorstandes in den Ausstellungsräumen durch. Beide Verbände hatten in unmittelbarer und einmaliger Konfrontation mit den Projekten und Werken ein Seminar zu Fragen der Synthese von Architektur und baugebundener Kunst veranstaltet.

Der Ausschuß für Kultur der Volkskammer tagte in der Ausstellung und faßte weitreichende Beschlüsse über die Auswertung der Ausstellung.

Der Präsidialrat des Kulturbundes verband seine Tagung mit einer eingehenden Analyse der Exponate.

Studenten der Humboldt-Universität absolvierten hier ihre Lehrveranstaltungen, und ein internationaler Kursus für Architektur des Bauzentrums Rotterdam verlegte einen Tag der Ausbildung in die Räume dieser Ausstellung.

Museumsdirektoren, Kunstwissenschaftler, Philosophen, Künstler, Architekten und Gewerkschafter hielten Vorträge im Kino-Café der Ausstellung.

Der entscheidende Schritt, die Ausstellung zu einem Forum der sozialistischen Demokratie zu machen, wurde aber mit den „Tagen der Bezirke" getan. Erstmalig war eine Kunstausstellung das Ziel großer, vielschichtiger Gruppen aus den Bezirken. Jeweils etwa 1500 Besucher, Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angestellte, Angehörige der Intelligenz, Jugendliche aus den Bezirken Frankfurt, Potsdam und Halle bestimmten bereits an den ersten Wochenenden das Bild der Ausstellung und zeugten damit vom gewachsenen Interesse an allen Fragen der Kunst.

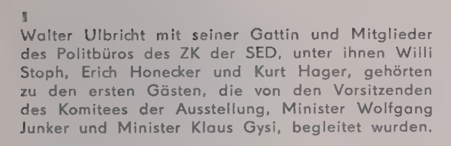
Die Tage der Bezirke, die durch Vorträge, Spezialführungen Podiumsgespräche und Buchbasare ergänzt wurden, geben damit ein schöpferisch-lehrreiches Beispiel der Anteilnahme und Mitwirkung der Werktätigen an der Gestaltung von Städtebau und Kunst. Schon anläßlich der Eröffnung der Ausstellung hat Walter Ulbricht den Architekten und Künstlern seinen herzlichen Dank für ihre bedeutenden Leistungen ausgedrückt und festgestellt, daß sich Architektur und Städtebau auf dem richtigen Weg befinden.

Das ist Anerkennung und Verpflichtung zugleich, denn der Weg ins dritte Dezennium unserer Deutschen Demokratischen Republik wird von allen Architekten und Künstlern noch größere Leistungen verlangen.

Aus dem Gästebuch

Herzlichen Dank den Architekten und Künstlern für ihre bedeutenden Leistungen. Die Ausstellung zeugt von der Entwicklung der sozialistischen Architektur und der bildenden Kunst.
Besondere Freude bereiten uns die Exponate der Volkskunst. Wir sind in der DDR auf dem richtigen Weg des sozialistischen Realismus und der Monumentalkunst.

Freundschaft
gez. W. Ulbricht

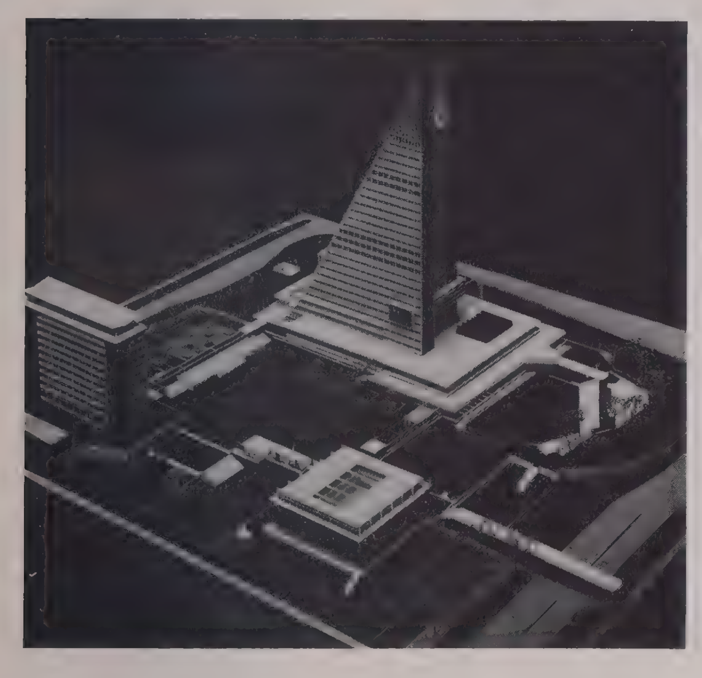


1
Walter Ulbricht mit seiner Gattin und Mitglieder des Politbüros des ZK der SED, unter ihnen Willi Stoph, Erich Honecker und Kurt Hager, gehörten zu den ersten Gästen, die von den Vorsitzenden des Komitees der Ausstellung, Minister Wolfgang Junker und Minister Klaus Gysi, begleitet wurden.

2
Modell des Hauses der Wissenschaften, Bildung und Kultur in Rostock
Entwurf: Gemeinschaftsarbeit zwischen Rat der Stadt Rostock, Büro für Stadtplanung, Kollektiv unter Leitung von Dr.-Ing. Lasch, VE Industriebaukombinat Rostock und VBKD Rostock (Bildhauer J. Jastram und W. Eckhardt)
Nach einer Idee von Prof. Henselmann

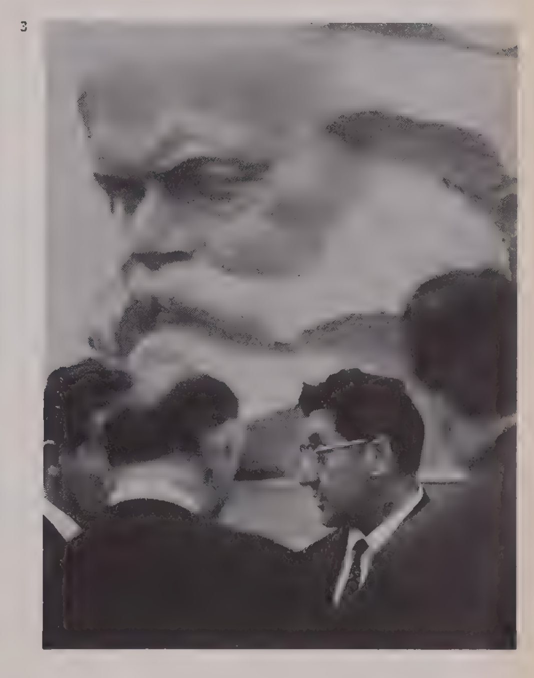


1



2

3





3
Der Moskauer Bildhauer Lew Kerbel im Gespräch über das Modell seines Karl-Marx-Monuments

4
Das Alte Museum, der Standort der Ausstellung

5
Dipl.-Ing. Kluge vom Ministerium für Bauwesen erläutert dem Ersten Sekretär der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor Shiwkow, die Planung von Suhl.

4



5





7

8



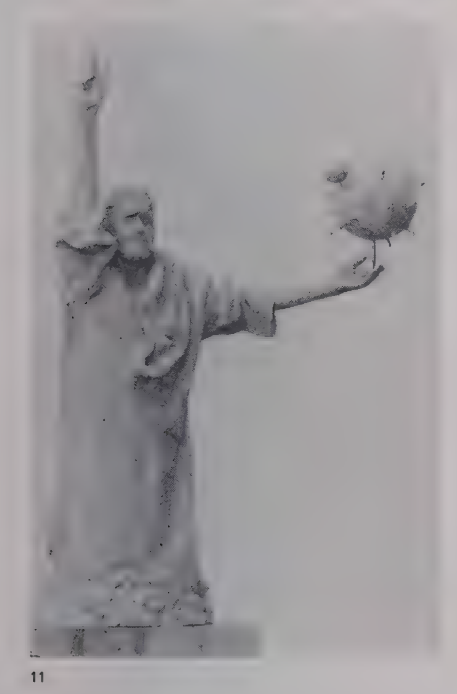
6

9





10



11

Aus dem Gästebuch

In meinen Augen ist die Ausstellung eine wunderbare Chronik der Entwicklung der Bevölkerung der DDR in der Kunst, der Architektur, im Leben der Menschen und in den Plänen für die Zukunft.

gez. Carol Rock (Australien)

Die Ausstellung ist sehr beeindruckend, und wir bewundern Ihren Ausblick auf das Leben und Ihr Herangehen an Kunst und Architektur zum Nutzen des Volkes und für eine glückliche Zukunft.

(Gäste aus der VAR)

Das unvergeßliche Erlebnis der Besichtigung der Kunstwerke und die Erklärungen durch die in der Ausstellung tätigen Genossen läßt uns erkennen, daß das der Marxismus-Leninismus ist, der in einem von einer sozialistischen Aktivität und einem Ausblick auf den Kommunismus erfüllten Land von der Arbeiterklasse und für die Arbeiterklasse gestaltet wird.

gez. Elsie Beeching
Kommunistische Partei Kanadas

Es ist außerordentlich beeindruckend, eine Ausstellung von Plänen zu sehen, die tatsächlich verwirklicht werden. Die Anlage ist großzügig und kühn, aber sie schließt gleichzeitig eine starke Beachtung für die normalen häuslichen Anforderungen des Menschen ein ... Ich beglückwünsche die Organisatoren dieser Ausstellung und danke denen, die alles mit solcher Aufmerksamkeit und solchem Verständnis erklärt haben.

gez. James Aldridge

Es ist wunderbar, eine Ausstellung über Architektur und verschiedene Pläne für ganze Städte sehen zu können. Das interessanteste daran ist jedoch, daß sie nicht bloß Luftschlösser der Künstler sind. Sie werden tatsächlich in die Wirklichkeit umgesetzt, was ich zum Beispiel in Dresden mit meinen eigenen Augen sehen konnte. Es ist ein großes Glück für die Bevölkerung der DDR, daß sie in solchen Städten leben kann. Meine besten Wünsche gelten einem großartigen Volk, für weiteren Fortschritt und Wohlstand.

gez. Dr. Sivali H. Ratwatte
in Begleitung von
Frau Sirimavo Bandaranaike

12



6
Ausschnitt aus dem Wandbild „Lebensfreude" für das Landkulturhaus Kaulsdorf. Förderklasse für Malerei und Graphik des Bezirkskabinetts für Kulturarbeit Gera. Leitung: Kurt Hauf

7
Blick auf die künftige Bebauung des Elbufers im Zentrum von Magdeburg
Gemeinschaftsarbeit von Architekten und bildenden Künstlern der Stadt Magdeburg, der Deutschen Bauakademie und der Kunsthochschule Berlin unter der Gesamtleitung von Stadtarchitekt Dr.-Ing. Heinz Michalk

8
Bauarbeiter. Plastik von Gerhard Thieme

9
Prominenter Gast der Ausstellung: Kosmonautin Valentina Tereschkowa

10
Leuna 1968. Wandbild von Prof. Willi Sitte

11
Galilei. Modell einer Plastik von Prof. Fritz Cremer

12
Modell eines Urlauberzentrums des FDGB in Klink Müritz
Entwurf: Kollektiv unter Leitung von Ing. M. Lüdtke, VEB Industriebau Neubrandenburg

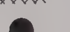
Städtebauwettbewerbe

Wettbewerb Stadtzentrum Schwerin

Schemata des Straßennetzes, der Fußgängerbereiche und der Standorte der Zentrumseinrichtungen von ausgewählten Entwürfen


Hauptstraßennetz

Fußgängerbereich


Einordnung der Zentrumseinrichtungen

Standort der Dominante

Aus der Ausschreibung

Die Stadt Schwerin ist die Bezirkshauptstadt und damit das politische, gesellschaftliche, ökonomische und geistig-kulturelle Zentrum des Bezirkes Schwerin.

Nach einer wechselvollen über 800jährigen Geschichte der Stadt sind unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei im festen Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Schichten des Volkes die politischen und ökonomischen Voraussetzungen vorhanden, um zielstrebig und planmäßig die sozialistische Gestaltung des Zentrums auf der Grundlage der Beschlüsse des VII. Parteitages und der 4. Tagung des ZK der SED in Angriff zu nehmen . . .

Städtebauliche Zielstellung für die Gestaltung des Zentrums

Das Zentrum ist zum Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln. Die politische, ökonomische und künstlerische Zielstellung ist Grundlage für die Gestaltung des Zentrums der Stadt Schwerin. Dabei ist durch die Konzentration und Verflechtung der wesentlichsten Einrichtungen des politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens, des Handels, der Gastronomie und der Erholung, das Zentrum als lebendige Einheit zu gestalten.

Der neue, sozialistische Charakter des Zentrums muß durch die Schaffung neuer städtebaulicher Dominanten erreicht werden. An dem neu zu schaffenden zentralen Platz (Platz des Sozialismus) für die Willenskundgebungen der Werktätigen der Stadt sind neue repräsentative Gebäude zu errichten. Es ist ein neues geschlossenes, städtebauliches Ensemble zu schaffen, wo Architektur, baubezogene Kunst und Monumentalkunst eine Einheit bilden.

Mit der sozialistischen Gestaltung des Stadtzentrums ist eine neue Qualität der Stadtgestaltung zu erreichen. Deshalb ist besonderer Wert darauf zu legen, daß bei der Planung der städtebauliche Rahmen für das geistig-kulturelle Leben, für die Kontaktzonen des Handels, der Gastronomie, der Erholung und der Verwaltung berücksichtigt wird und die Stätten der Kommunikationen bildkünstlerisch gestaltet werden.

Da das Stadtzentrum im hohen Maße vom Leben unserer Zeit erfüllt sein muß, kann seine Erhaltung im Sinne einer Konservierung nicht genügen.

Unter Beachtung der wertvollen kulturellen Substanz der Stadt und zur Erhaltung stadttypischer Ensembles (wie z. B. Straße Großer Moor, Domhof und Markt) ist eine Synthese zwischen historischen und neuen Gebäuden zu erreichen . . .

Entsprechend dem alten Stadtgrundriß haben sich verschiedene Funktionsbereiche entwickelt:

Die Schloßstraße in Verbindung mit dem Leninplatz als Verwaltungsbereich

Die Straße der Nationalen Einheit und die Schmiedestraße als Geschäftsbereich

Der Alte Garten als Kulturbereich

Die Marstallhalbinsel und die Promenade um den Pfaffenteich als Erholungsbereich

Darüber hinaus ist in anderen Bereichen eine sinnvolle Kombination zwischen Handelseinrichtungen, Gebäuden der Bildung, der Kultur, der Verwaltung und Wohngebäuden zu schaffen. Es ist entsprechend dem historischen Stadtgrundriß bei der Planung davon auszugehen, daß die Puschkinstraße, der Große Moor und die Schloßstraße als innere Erschließungsstraßen zu erhalten sind.

Dabei ist davon auszugehen, daß folgende Objekte in der ersten Etappe zu verwirklichen sind:

Warenhaus
Verwaltungskomplex
Theatergaststätte
Interhotel
Wohnungsbau

Im Interesse einer rationellen ökonomischen Lösung ist bei der städtebaulichen Konzeption auf die Möglichkeiten einer komplexen Wärmeversorgung zu orientieren.

Die starken innerstädtischen Verkehrsströme werden durch ein auszubauendes Hauptstraßennetz aufgenommen.

Der Anteil des überörtlichen Durchgangsverkehrs beträgt 8 bis 12 Prozent. Diese Ströme werden in erster Linie vom Obotritenring als äußerem Verkehrsring abgefangen. Das Zentrum wird durch eine neue tangierende Hauptverkehrsstraße (Platz der Freiheit – Lübecker Straße – Leninplatz – Straße der Nationalen Einheit) an das Hauptstraßennetz angeschlossen. Dieser Straßenzug verbindet das Wohngebiet Lankow und das künftige Wohngebiet Großer Dreesch mit dem Zentrum.

Weiterhin wird das Zentrum durch die West-Ost-Verbindung (Wittenburger Straße – Otto-Grotewohl-Straße – Werderstraße) durch die Werderstraße, der neuzubauenden Verbindung von der Straße der Nationalen Einheit zur Werderstraße, über den Burgsee als zweiter innerstädtischer Ring erschlossen.

Dieser Ring hat vorwiegend die Verkehrsströme des Ziel- und Quellenverkehrs aufzunehmen.

Für die Kreuzung der Hauptverkehrsstraße (Platz der Freiheit – Straße der Nationalen Einheit) mit der West-Ost-Verbindung hat der Wettbewerbsteilnehmer eine optimale Lösung unter Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen Verkehr und Städtebau nachzuweisen.

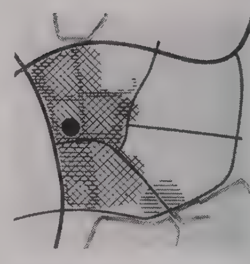
Zur Abwicklung der starken Fußgängerströme sind die Straße der Nationalen Einheit von der Geschwister-Scholl-Straße bis zum Pfaffenteich und die Schmiedestraße als Fußgängerbereich auszubilden.

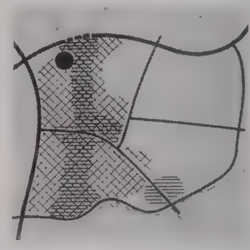
Abgrenzung des Wettbewerbsgebietes

Die natürlichen Grenzen bilden im Osten der Schweriner See und im Süden der Burgsee. Im Westen wird das Wettbewerbsgebiet durch die Reichsbahnlinie begrenzt.

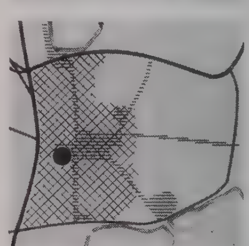
Die Mitglieder des Preisgerichtes

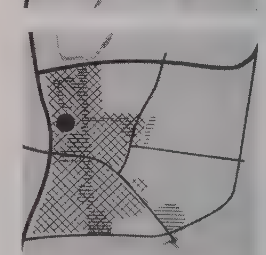
Herr R. Gröbel
Mitglied des Sekretariats und Sekretär für Wirtschaftspolitik der Bezirksleitung der SED Schwerin
Herr S. Bollnow
Mitglied des Sekretariats und Sekretär für Wirtschaftspolitik der Kreisleitung der SED Schwerin
Herr H. Weigt
Mitglied des Sekretariats der Bezirksleitung und Oberbürgermeister der Stadt Schwerin
Herr O. Weste
Kreissekretär der NDPD Schwerin-Stadt
Herr F. Rehse
Kreissekretär der LDPD, Kreisverband Schwerin-Stadt
Herr H. Wilder
Kreissekretär der CDU, Kreisverband Schwerin-Stadt
Herr A. Müller
Vorsitzender des Kreisvorstandes des FDGB
Herr E. Schick
Vorsitzender der Ständigen Kommission Bauwesen der Stadtverordnetenversammlung
Herr G. Kowsky
Hauptdirektor im VEB Fleischkombinat Schwerin
Herr Prof. E. Collein (Vorsitzender der Jury)
Präsident des Bundes Deutscher Architekten
Herr Ing. W. Dankert
Stadtrat für Verkehr und Wasserwirtschaft
Herr Dipl.-Ing. Dutschke
Stellvertretender Leiter der Experimentalwerkstatt der DBA
Herr Dr. Ing. J. Greiner
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der DBA
Herr Prof. Dr. Ing. Deiters
Generalkonservator, Berlin
Herr Dr. Ing. Gließmeyer
Versuchs- und Entwicklungsstelle des Straßenwesens Berlin
Herr J. Jastram
Bildhauer, VBKD Rostock
Herr Dipl.-Ing. A. Radner
Bezirksarchitekt, Rostock
Herr Ing. H. Pleß
Amtierender Bezirksarchitekt, Schwerin
Herr Dipl.Ing. R. Andreas (Sekretär der Jury)
Chefarchitekt der Stadt Schwerin
Herr Dipl.-Ing. P. Stange
Vorsitzender der BDA-Bezirksgruppe Schwerin
Herr Dipl.-Ing. W. Gerke
Stadtbaudirektor
Herr Dipl.-Ök. K. Freitag
Kombinatsdirektor, VEB WBK Schwerin
Frau L. Sander
Vorsitzende des Kreisvorstandes des DFD Schwerin
Frau E. Weinholdt
Vorsitzende der Ständigen Kommission Kultur der Stadtverordnetenversammlung


2. Preis
Kollektiv
Stadtarchitekt Magdeburg

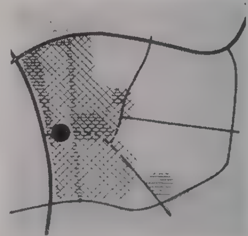

2. Preis
Kollektiv
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar


3. Preis
Kollektiv
Wohnungsbaukombinat Rosto


3. Preis
Kollektiv
Technische Universität Dresde


1. Anerkennung
Kollektiv
Büro für Städtebau Schwerin


2. Anerkennung
Kollektiv
Stadtarchitekt Erfurt

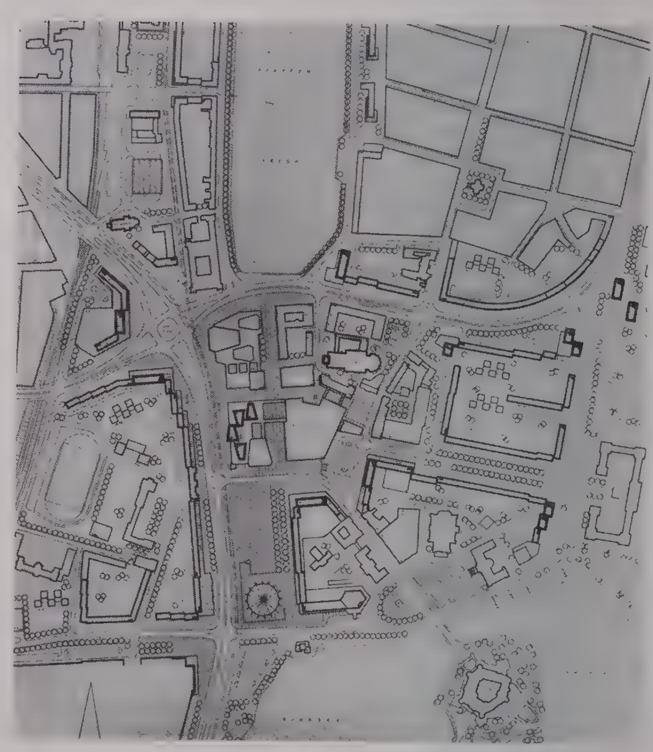

3. Anerkennung
Kollektiv
Wohnungsbaukombinat Frankfurt/Oder



Ein 2. Preis

Dr.-Ing. Heinz Michalk
Bauingenieur Horst Heinemann
Dipl.-Ing. Burghard Leu
Dipl.-Ing. Heinz Karl
Dipl.-Ing. Heinz Bomke
Büro des Stadtarchitekten Magdeburg





Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Der politischen Zielstellung, das Zentrum Schwerins mit Hilfe neuer räumlicher Kompositionen und Ensembles von Bauten als das Herz einer sozialistischen Bezirkshauptstadt zu entwickeln, wurde mit der vorgeschlagenen Gestaltung gut angesprochen.

Die Lage des Zentralen Plätzes hat den großen Vorzug, im Kommunikationsbereich zwischen dem historischen Zentrum, dem Pfaffenteich und dem Burgsee angeordnet zu sein und gleichzeitig die neue Verkehrstangente gestalterisch einzubeziehen. Mit der großzügigen Lösung der neuen Räume und Ensembles ist eine gute Überleitung zum mittelalterlichen Kern der Stadt mit Schmiedestraße, Markt und Dom gefunden worden. Auch die Einbeziehung der Achsen Schloßstraße, Puschkinstraße und Großer Moor ist vom Grundriß her gut gelöst . . .

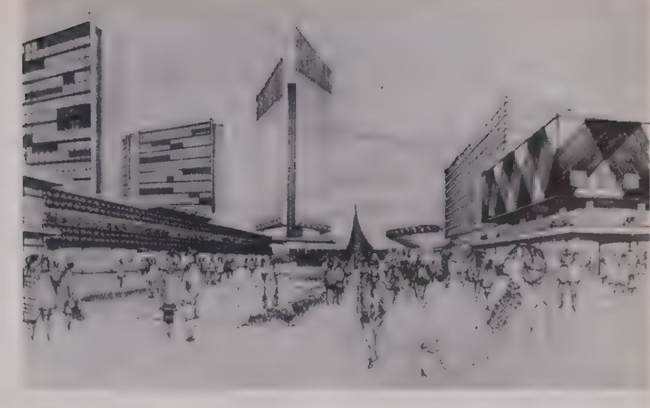
Die vorgegebene Verkehrsvariante wurde übernommen, wobei der Verkehr in einer Ebene gelöst wurde.

Die geforderte Anzahl von Wohnungen ist erreicht.

Die Auffassung, die Wohngebiete vielgeschossig zu bebauen, wird als richtig angesehen. Die vorgeschlagene Bebauung hat jedoch schematische Züge. Die Forderung nach Realisierbarkeit in Abschnitten ist berücksichtigt worden . . .

Ein 2. Preis

Dipl.-Ing. Walter Müller
Dipl.-Ing. Klaus Sieber
Dipl.-Ing. Arndt Zintler
Dipl.-Ing. Anneliese Zintler
Weimar





Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Ausgehend von der politisch-ideologischen Zielstellung versucht der Verfasser, eine räumliche Ordnung für den zentralen Bereich der Stadt zu entwickeln, die in großzügiger Weise die landschaftlichen Gegebenheiten, insbesondere auch die Verbindung Burgsee—Pfaffenteich, in die Gestaltung mit einbezieht. Besonders anzuerkennen ist der neue Stadteinblick und damit die Erlebbarkeit des Zentrums von der Verkehrsmagistrale her. Die drei Plätze am Pfaffenteich, am Burgsee und der eigentliche Zentrale Platz erscheinen zu gleichwertig und werden in ihrer Wirkung durch die breit gestalteten Verbindungen beeinträchtigt . . .

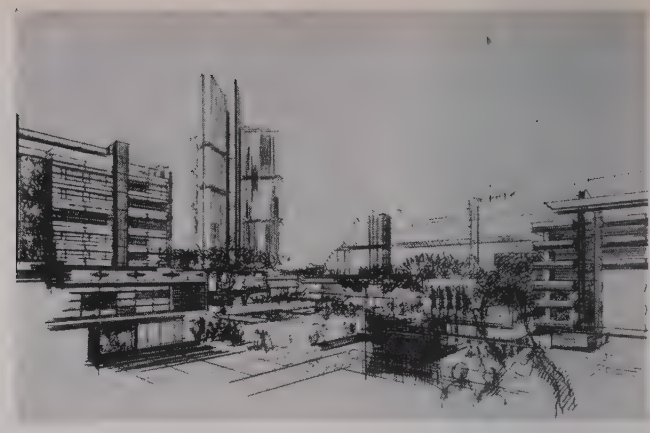
Die Verkehrslösung entspricht der Vorgabe. Sie wird in 2 Ebenen geführt, jedoch kann die Anbindung der Wismarschen Straße nicht befriedigen. Die Führung der Fußgängerverbindung bis an den Pfaffenteich und weiter bis zum Bahnhof wird positiv bewertet . . .

Das Wohnungsbauprogramm wurde nicht erfüllt, dabei wurden großstädtische Bebauungsformen vorgeschlagen, die eine gute räumliche Ordnung, besonders auch an der Ostseite des Pfaffenteiches, ergeben.

Die Idee und die großzügige Anlage der Entwicklung des neuen gesellschaftlichen Zentrums in Einheit mit dem Wohngebiet im Ostteil des Stadtkerns und der wertvollen historischen Substanz wird anerkannt und die Arbeit mit einem der beiden 2. Preise ausgezeichnet.

Ein 3. Preis

Dipl.-Ing. Ute Baumbach
Dipl.-Ing. Peter Baumbach
Architekt Arno Martin
Dipl.-Ing. Dietrich Otto
Rostock





Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Verfasser nutzen den Raum zwischen Pfaffenteich und Burgsee für die Herausbildung eines Zentrums mit neuen Maßstäben und Ausdrucksformen.
Sie beziehen nicht nur die Landschaft und die Verkehrsmagistrale gut in die vorgeschlagene Komposition des zentralen Ensembles ein, sondern nutzen auch sehr geschickt die Möglichkeiten zur Anbindung des historischen Marktes über den traditionellen Handelsbereich Schmiedestraße und fügen über einen kleinen Vorplatz die Schloßstraße an den neuen Zentralen Platz gut an.
Es wurden erfreulich viel Ansatzpunkte für die Einbeziehung der Bildenden Kunst in die Stadt angeboten.
Die neue Dominante ist eindeutig herausgebildet und in guter Beziehung zur Landschaft und zu wesentlichen Blickrichtungen innerhalb der Stadt gesetzt.
Die Gestaltung des Wohngebiets westlich der Magistrale zeigt großstädtische Formen und eindrucksvolle Gruppierungen um den Verkehrsknoten. Als nachteilig wird die zersplitterte Gestaltung der Baukörper zwischen dem Zentralen Platz und dem Pfaffenteich empfunden ...
In bezug auf den Verkehr haben sich die Verfasser an die vorgegebenen Leitlinien gehalten. Die Knoten wurden in 2 Ebenen ausgebildet, leider wurden aber die heraus gegebenen Möglichkeiten zur direkten Anbindung der Wismarschen Straße nicht ausgenutzt ... Die richtige Wahl des Standortes für das neue zentrale Ensemble und besonders die Synthese zwischen neuen Ensembles, der Landschaft und den charakteristischen historischen Eigenheiten der Stadt werden gelobt.

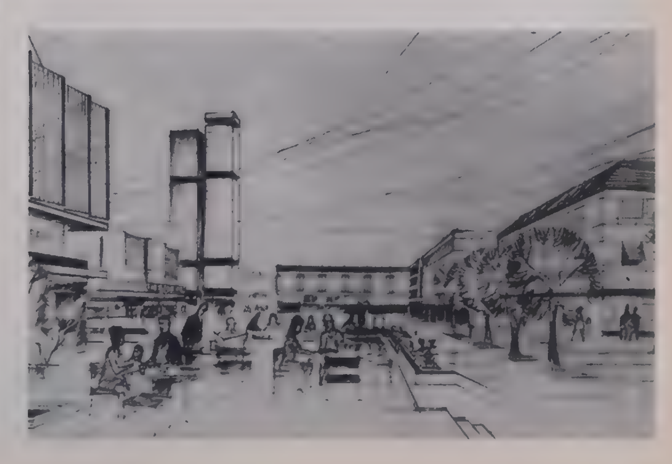


Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Arbeit zeichnet sich durch eine wohl durchdachte und leistungsfähige Verkehrslösung aus, dies gilt sowohl für den Fahr- als auch für den Fußgängerverkehr. Die erforderliche Verbindung nach Lankow wurde durch eine Hochstraßenverbindung zügig angeboten. Dies entspricht der zu erwartenden Verkehrsbelebung. Durch eine vorbildliche Knotenpunktausbildung am Leninplatz wurde die geforderte Verbindung nach Wismar ebenfalls gut angebunden.
Dem Verfasser ist es gelungen, den gesamten Stadtkern – ausgenommen die notwendigen Erschließungsstraßen – vom Fahrverkehr frei zu halten und die wichtigsten Straßenzüge fußläufig auszubilden.
Bei der städtebaulichen Konzeption wird hier versucht, aus dem vorhandenen Straßensystem der Innenstadt und einem neuen vergrößerten Zentralen Platz die Haupterlebnislinien des Zentrums mit Beziehung zum Schloß, zum Marstall und in der vorhandenen Führung der Straße der Nationalen Einheit zu entwickeln. Dabei wurde jedoch im wesentlichen der alte Maßstab (Straßenräume, Höhenentwicklung) beibehalten. Wenn diese Lösung auch in sich konsequent durchgearbeitet und vorgetragen wird, so entspricht sie jedoch in politischer und ökonomischer Hinsicht nicht der gestellten Aufgabe.
Es wurde bemängelt, daß insgesamt eine konservative Haltung aus der Arbeit spricht und dem Neuen zu wenig Raum gegeben wird . . .

Ein 3. Preis

Prof. Dr.-Ing. Janos Brenner
Prof. (em.) Georg Funk
Dipl.-Ing. Fritz Böhm
Dipl.-Ing. Horst Burggraf
Akad. Arch. Obering. Hellmuth Francke
Dr.-Ing. Bernhard Gräfe
Dipl.-Ing. Bernd Heber
Dipl.-Ing. Hans Petzold
Prof. Dr.-Ing. habil. Walter Christfreund
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Gebiet Städtebau



1. Anerkennung

Dipl.-Ing. Bernhard Kadzioch
Dipl.-Ing. Gunhild Zabel
Dipl.-Ing. Eugen Rimpel
Dipl.-Ing. Traute Kadzioch
Dipl.-Ing. Joachim Schlüter
Bauingenieur Manfred Schopf
Dipl.-Gartenarchitekt Ernst-Georg Kiehne
Erwin Fuchs
Techniker Wolfgang Gröning
Büro für Städtebau Schwerin

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Verfasser schlagen für die Ausbildung des zentralen Bereiches zwischen Pfaffenteich und Burgsee eine räumlich sehr reich gegliederte Verbindungszone in zwei Ebenen vor.
Auch in den Wohngebieten am Großen Moor und westlich der Magistrale wird eine sehr konzentrierte vielgeschossige Hochhausbebauung vorgeschlagen. Die willkürliche und verwinkelte Stellung der Hochbauten sowohl im Stadtzentrum als auch in den Wohngebieten verhindert eine klare städtebauliche Komposition. Der Gedanke, im Bereich Reiferbahn auf die höchste Erhebung des Wettbewerbsgeländes die Wohnhochhausbebauung zu massieren, wird im Prinzip als richtig erkannt, jedoch sprengt die vorgeschlagene Lösung den Maßstab der Stadt.
Das Abweichen von der vorgegebenen Verkehrssituation führt zu keiner neuen überzeugenden Lösung. Die 4 Knoten- bzw. Straßenanbindungen erscheinen in der vorgeschlagenen Form ungünstig. Besonders erscheint die Ausbildung einer Verbindung Schloßstraße – Wittenburger Straße über die hochgelegene Ebene der Fußgängerebene unverständlich.
Die Heranführung der Fußgängerverbindung an den Pfaffenteich und die Gestaltung der westlichen Uferzone einschließlich der Verbindung zum Bahnhof wird anerkannt . . .





2. Anerkennung

Dipl.-Ing. Walter Nitsch
Dipl.-Ing. Horst Arnold
Dipl.-Ing. Joachim Görlich
Architekt Hans-Jürgen Henninger
Gartenarchitekt Hanns Höhns
Dipl.-Ing. Udo Karaczewitz
Dipl.-Ing. Jutta Kraft
Dipl.-Ing. Ingo Kraft
Dipl.-Ing. Eberhard Schloßhauer
Dipl.-Ing. Siegwart Schulrabe
Dipl.-Ing. Klaus Thomann
Dipl.-Ing. Hilmar Ziegenrücker
Modellbau: Rudolf Eichhorn
Büro des Stadtarchitekten Erfurt



Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Vorzüge der Arbeit liegen weniger in der Gestaltung des zentralen Ensembles als in den Vorschlägen für eine großstädtische Wohnbebauung im Zentrum. Das trifft auch zu für die ausgewiesenen Wohnungsbauten.

Bemerkt wird auch der über die Aufgabenstellung hinausgehende Versuch einer Rekonstruktion der Schelfstadt.

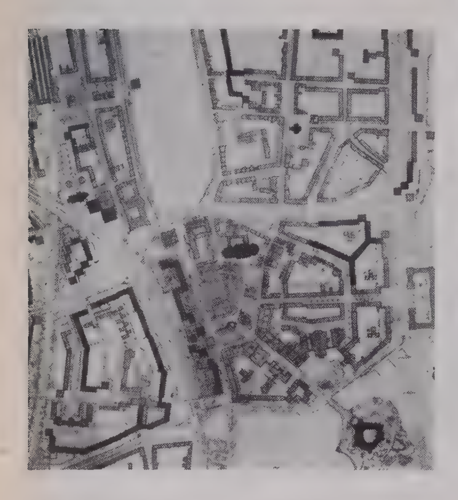
Wenn auch die vorgeschlagene großzügige Fußgängerverbindunng zwischen Bahnhof, Pfaffenteich und Burgsee anerkannt wird, kann jedoch die Verteilung und Gestaltung der Bauten für die zentralen Funktionen insgesamt nicht befriedigen. Vor allem wird kritisiert, daß wesentliche gesellschaftliche Funktionen jenseits der Verkehrsmagistrale angeordnet wurden.

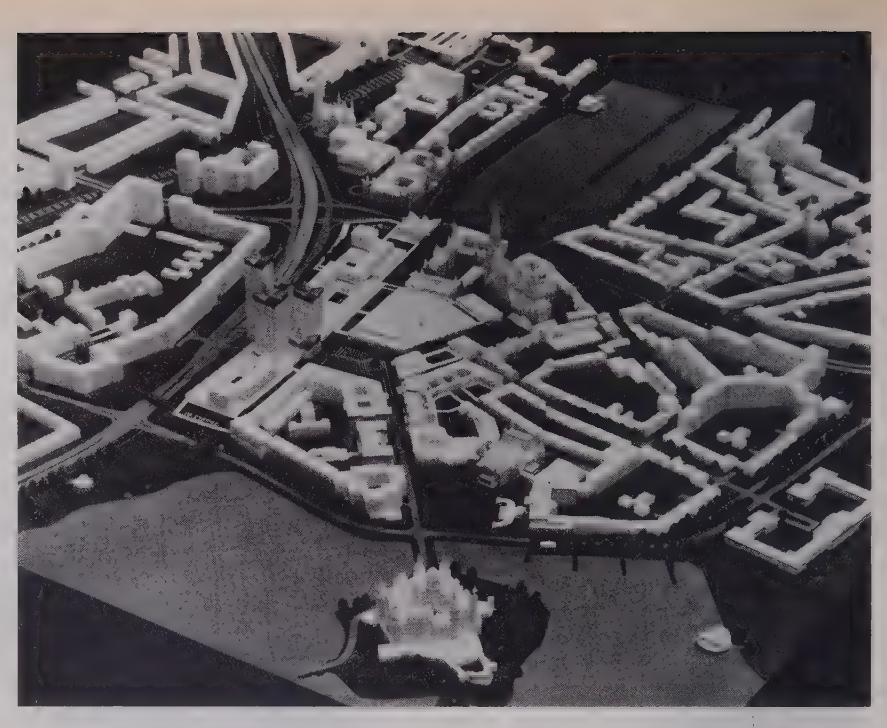
Die Abtrennung des Bereiches Großer Moor und Alter Garten durch eine Hauptverkehrstangente kann nicht befürwortet werden. Bedenken wurden gegen die modische Gestaltung des zentralen Hochhauses der Kultur geäußert.



3. Anerkennung

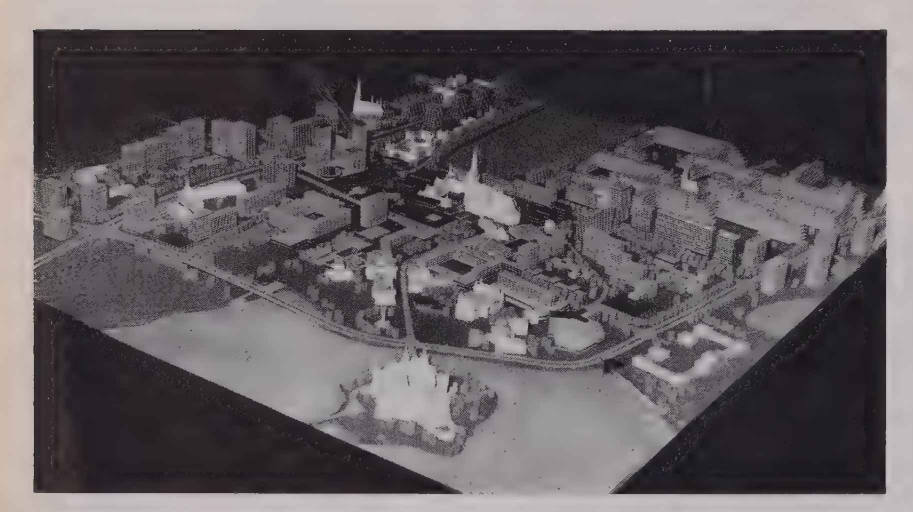
Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Schulz
Dipl.-Ing. Günter Hartzsch
Frankfurt (Oder)





Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Konzentration und Ordnung der neuen gesellschaftlichen Funktionen in einer Fußgängerverbindung zwischen Pfaffenteich und Burgsee unter Einbeziehung der Achse Schloßstraße wird anerkannt, desgleichen die Fortführung der Fußgängerverbindung zum Bahnhof . . .
Die Durcharbeitung dieser Idee läßt allerdings Großzügigkeit in der räumlichen Ordnung und annehmbare Vorschläge zur Gestaltung der Hochbauten vermissen. Auch für den Wohnungsbau werden keine entwicklungsfähigen Gedanken vorgetragen, und das Bauprogramm wird nicht erfüllt. Die Hauptverkehrsbeziehung mit Ausnahme der Anbindung der Wismarschen Straße wird gelöst.
Die Fußgängerbeziehung zum Pfaffenteich und zum Burgsee wurde angeboten.



Nicht prämiiert

Oberingenieur Lösler
Dipl.-Ing. Fischer
Dipl.-Ing. Effenberger
Dipl.-Ing. Jaskulke
Gartenarchitekt Apelt
Gartenarchitekt Bartel
VE (B) Wohnungsbaukombinat Schwerin

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Lage des Zentralen Platzes sowie die damit verbundene Akzentuierung des Gebäudekomplexes der Verwaltung wird als richtig anerkannt. Auch die landschaftliche Einbeziehung des Wassers und der Grüngestaltung vom Burgsee wurden positiv bewertet. Dieser Vorteil wird jedoch zunichte gemacht durch die vorgeschlagene Hauptverkehrsstraße am Burgsee und Schweriner See, die sich sehr störend auswirkt auf die angebotene Verbindung zum Naherholungsgebiet der Stadt Schwerin. Die neue angebotene Nord-Süd-Verbindung wurde als eine Möglichkeit der Trassenführung anerkannt.

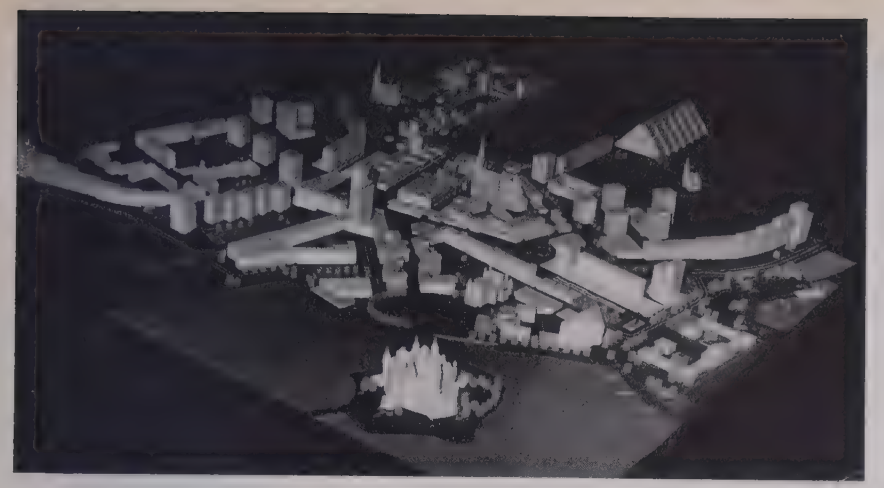


Nicht prämiiert

Architekt Waclaw Furmańczak
Architekt Withold Jarzynka
Architekt Bronislaw Siebert
Architekt Bohdan Sklodowski
Architekt Kazmimierz Stachowiak
Stowarzyszenie Architektow Polskich
Szczecin

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Obgleich der Verfasser durch das gesellschaftliche Zentrum versucht, eine großzügige und die Landschaft einbeziehende Komposition zu entwickeln, gelingt es nicht, mit der vorgeschlagenen Lösung in sich geschlossene städtebauliche Ensembles zu schaffen. Die durchgängig angeordnete Zeilenbebauung ist nicht frei von Schematismus. Die vorgeschlagene Umgehungsstraße über den Schweriner See riegelt die Verbindung des Ensembles Schloß/Alter Garten zum Schweriner See ab und muß abgelehnt werden. Als lobenswert hervorzuheben ist die Durchgestaltung der einzelnen Baukörper.



Nicht prämiiert

Architekt Erwin Schrödel
Dipl.-Ing. Helmut Michler
Dipl.-Ing. Klaus Schmidt
Bauingenieur Werner Hänig
Gartenbauingenieur Gerhard Mühlner
Büro für Städtebau Leipzig

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Durch die klare Trennung des Fahr- und Fußgängerverkehrs in zwei Ebenen werden eine intensive Erschließung des Stadtzentrums ermöglicht und gleichzeitig funktionelle und gestalterische Vorzüge für die Gesamtstruktur der Stadt und des Stadtzentrums erreicht. Diese Vorzüge werden jedoch erkauft durch eine unterirdische Kreuzung im Zentrum der Stadt, die nicht, wie vorgeschlagen, in einer Ebene zu lösen ist. Diese Verkehrslösung ist nicht realisierbar. Weiterhin wird der Kraftfahrer gerade den attraktiven Teil des Stadtzentrums nicht erleben können. Der verbundene finanzielle Aufwand ist nicht zu vertreten.

Nicht prämiiert

Herbert Pohl
Berlin

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Der Entwurf weicht mit seinen stark abstrakten städtebaulichen Ideen von der geschlossenen Aufgabe ab und ist für die Neugestaltung und bauliche Verwirklichung des Zentrums von Schwerin ungeeignet. Besonders kritisiert wird die durch die hohe und größtenteils geschlossene Umbauung des Zentrumskerns hervorgerufene Isolierung von der Landschaft und der übrigen Stadt.



Nicht prämiiert

Prof. Dipl.-Arch. Hermann Röder
cand. ing. Herwig Loeper
cand. ing. Renate Schewe
cand. ing. Hartmut Stabe
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Vom Verfasser wurde eine interessante Lösung für den Zentralen Platz angeboten. Die Entwicklung der Höhendominante an der vorgeschlagenen Stelle wird anerkannt. Die Gestaltung des Südufers des Pfaffenteiches in Verbindung mit dem Fußgängerstrom zum Zentrum und zum Ostufer des Pfaffenteiches wird positiv bewertet. Abzulehnen ist die Führung einer Haupterschließungsstraße parallel zum Großen Moor. Die gesamte städtebauliche Komposition entspricht mit ihren stark zergliederten Bauformen nicht den Anforderungen des Auslobers für die Gestaltung der Stadt Schwerin.

Weitere Arbeiten wurden eingereicht von:

Bernhard Brabitz
Jochen Jentsch
Berlin

Dipl.-Arch. Ulrich Neubert
Dipl.-Ing. Dieter Schulze
Dipl.-Arch. Manfred Zache
Berlin

Dipl.-Arch. Dieter Anders
Dipl.-Arch. Jutta Anders
Dipl.-Ing. Christoph Dieltzsch
Dipl.-Ing. Hans-Georg Zillmer
Dipl.-Ing. Hildegard Zillmer
Dipl.-Bildhauer Axel Schulz

Dipl.-Ing. Hertmut Hermann
Jürgen Schönrock
VE Wohnungsbaukombinat Frankfurt (Oder)

Dipl.-Ing. Hartmut Colden
Dipl.-Ing. Dietmar Cumme
Dipl.-Ing. Horst Gräfe
Dipl.-Ing. Rolf Grebin
Dipl.-Ing. Dieter Kross
Dipl.-Hort. Viktor von Stenglin
Dipl.-Ing. Walter Vogt
Reinhard Dietrich
Rostock

Bauingenieur Günther Maoß

Dipl.-Ing. Anselm Wolter
Teterow

cand. ing. Wilfried Beer
cand. ing. Wolfgang Friebe
cand. ing. Ernst-Jürgen Heinrich
cand. ing. Olaf Weber
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Lehrstuhl für Wohn- und Gesellschaftsbau

Helmut Apmann
Regina Apmann
Hans Michaelsen
Inga Carriére
Peter Schidurski
Berlin



Einschätzung der Ergebnisse des städtebaulichen Ideenwettbewerbes

Dipl.-Ing. Rolf Andreas, Architekt BDA
Chefarchitekt der Stadt Schwerin

Gegenwärtig leben im Territorium der Stadt Schwerin etwa 94 000 Einwohner. Im Rahmen der Erarbeitung des Generalbebauungsplanes für das Territorium von Schwerin werden zur Zeit Varianten untersucht, um im Zusammenhang mit der Strukturpolitik der DDR eine optimale Stadtgröße zu errechnen.

Im Flächennutzungsplan unserer Stadt wurde festgelegt, daß das räumliche Wachstum sinnvoll gestaltet werden muß. Eine Analyse der zu bebauenden Fläche des Territoriums der Stadt geht davon aus, daß außer neu zu erschließenden Flächen für die dynamische Entwicklung derzeit bebaute Flächen mit in die Umgestaltung einbezogen werden müssen. Deshalb gilt gerade für Schwerin als Zentrum eines Agrarbezirkes die Forderung, die neue Stadt in der alten zu bauen, das heißt, alle Reserven in der Stadt aufzudecken, um nicht der Landwirtschaft über Gebühr Flächen zu entziehen. Das bedeutet, daß Gebiete mit funktionsuntüchtiger, überalterter Substanz umgestaltet oder Gebiete mit lockerer Bebauung verdichtet werden müssen. Das trifft vor allem für weite Teile der Innenstadt zu.

Auf der Grundlage einer vom Rat der Stadt beschlossenen Direktive und eines Programms zur sozialistischen Gestaltung des Stadtzentrums wurde in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Städtebauern, Architekten und Künstlern eine Konzeption zur Gestaltung des Zentrums erarbeitet. Mit dieser Konzeption sollte die Grundlage für eine Diskussion über die Präzisierung der Direktive und des Programms sowie der Planung geschaffen werden.

Diese Konzeption wurde im Modell dargestellt und war Gegenstand zahlreicher Beratungen mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, mit der Bezirksleitung und der Kreisleitung der SED und dem Rat der Stadt.

Die auf diesen Beratungen gegebenen Hinweise und Vorschläge wurden bei der Überarbeitung der Direktive und des Programms berücksichtigt. Auf dieser Grundlage hat der Rat der Stadt einen Ideenwettbewerb zur städtebaulichen Gestaltung des Stadtzentrums ausgeschrieben.

Die Wettbewerbsausschreibung ging davon aus, daß Unzulänglichkeiten der Vergangenheit zu beseitigen, die Forderungen der Gegenwart zu befriedigen und die prognostischen Anforderungen der Zukunft zu berücksichtigen sind.
Deshalb muß die ehemalige Residenzstadt Schwerin zu einer modernen sozialistischen Großstadt entwickelt werden.

Die planerischen Absichten sollten durch wesentliche Faktoren die ganz spezifische Stadtgestalt Schwerins und besonders des Zentrums bestimmen. Durch Umwandlung Schwerins zu einer modernen Großstadt muß unter Beachtung der wertvollen Bausubstanz der Stadt und zur Erhaltung stadttypischer Ensembles (Markt, Domhof, Schloßinsel) eine Synthese zwischen historischen und neuen Gebäuden erreicht werden. Bei der Gestaltung des Stadtzentrums ist davon auszugehen, daß die für das Schweriner Heimatbild typische Einbeziehung der einmaligen Seen und Wälder noch besser genutzt wird. Der zentrale Bereich als Herz der Stadt muß deutlich zwischen Pfaffenteich und Burgsee konzentriert werden, damit das Erlebnis der landschaftlichen Schönheiten im Zentrum noch gesteigert wird.

Wichtig für die Verbindung der Stadt und der Landschaft ist die Gestaltung der Uferzonen der Seen als differenzierte Erlebnisbereiche. Dabei ist der Pfaffenteich in seinem Charakter als städtischer See nicht zu verändern. Die Bebauung zwischen Bahnhof und Pfaffenteich muß künftig noch besser in die Zentrumsgestaltung einbezogen werden. Die anderen um das Zentrum liegenden Seen dagegen sollten in der Uferzone großzügige Freizeit- und Erholungsbereiche erhalten.

Am Wettbewerb haben 18 Architektenkollektive unserer Republik und ein Kollektiv aus der Volksrepublik Polen teilgenommen. Die volle Zielstellung des Wettbewerbes hat keines der Kollektive erreicht. Aus diesem Grunde hat das Preisgericht auch keinen 1. Preis vergeben. Nach eingehender Beratung und Beurteilung aller Arbeiten entschied sich das Preisgericht, zwei 2. Preise, zwei 3. Preise und drei Anerkennungen zu vergeben. Es wird eingeschätzt, daß trotzdem der städtebauliche Ideenwettbewerb zur sozialistischen Gestaltung des Stadtzentrums von Schwerin seinen Zweck voll erfüllt hat. Es wurden viele gute Ideen erarbeitet und wertvolle Anregungen für die weitere Bearbeitung gegeben.

Seit Ende April 1969 wurden die Ergebnisse des Wettbewerbes in zwei Ausstellungen der Bevölkerung Schwerins gezeigt und zur Diskussion gestellt. Mehr als 20 000 Bürger besuchten diese Ausstellungen.

Im Mittelpunkt des Interesses der Besucher der Ausstellungen steht die grundsätzliche Lösung des Verkehrsnetzes. Hierbei bildeten die Lage der Magistrale zum Zentrum, die Haupterschließung des Zentrums sowie die Trennung zwischen Fußgänger- und Fahrverkehr die Schwerpunkte. Des weiteren fand immer wieder die Fußgängerverbindung über die Straße der Nationalen Einheit als Verbindung zum Pfaffenteich und zum Burgsee mit ihrer baukörperlichen und räumlichen Gliederung Anklang. Es wurden Vorschläge gemacht, den Markt von der Straße der Nationalen Einheit über die Schmiedestraße in den Fußgängerbereich einzugliedern. Die Erhaltung der Trasse der Schloßstraße über den kulturellen Bereich des Alten Gartens zum Schloß sowie zum Großen Moor kommt den Wünschen vieler Bürger der Stadt entgegen. Das Freihalten der Uferzonen zum Zwecke der Naherholung am Schweriner See und am Burgsee wird bevorzugt. Nur Rekonstruktions- und Sanierungsmaßnahmen im Zentrum durchzuführen, wurde von den Bürgern nicht begrüßt. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag zur Wohnbebauung im Bereich des Großen Moor mit seiner Höhenbetonung und seiner trotz der hohen Wohndichte aufgelockerten Stellung als positiv angesehen.

Die Bevölkerung erkannte gerade bei dieser Idee, daß die einmaligen landschaftlichen Gegebenheiten sowie die unmittelbare Beziehung dieser Gebäude zum Zentrum sehr gut gelöst sind.

In Auswertung des Wettbewerbes und der Diskussionen mit der Bevölkerung und Fachleuten gilt es, bei der weiteren Bearbeitung des Stadtzentrums folgende städtebauliche Prinzipien herauszubilden:

- Das Verkehrsnetz auf der Grundlage der TU Dresden
- Optimale Trennung von Fahr- und Fußgängerverkehr
- Lage des neuen Busbahnhofes in der Nähe des Bahnhofes
- Fußgängerzone vom Bahnhof, entlang des Pfaffenteiches über die Straße der Nationalen Einheit bis zum Burgsee
- Optimale Funktionsmischung im gesamten Zentrumsgebiet
- Optimale Verdichtung des Wohnungsbaues
- Lage des Zentralen Platzes mit der neuen Dominante am Fußgängerbereich
- Einbeziehung wichtiger historischer Ensembles in die Neugestaltung
- Erhaltung der historischen Straßenzüge im Stadtkern



Konzeption für die Umgestaltung des Stadtzentrums von Schwerin



Gemeinschaftsarbeit zwischen
der Deutschen Bauakademie zu Berlin
Institut für Städtebau und Architektur
Experimentalwerkstatt
dem Büro des Chefarchitekten beim Rat der Stadt Schwerin
dem Büro für Städtebau beim Rat des Bezirkes Schwerin
und dem VEB Wohnungsbaukombinat Schwerin

Entwurf unter Leitung von Professor Henselmann

Dipl.-Ing. Dutschke, Dipl.-Ing. Eisentraut, Architekt Herrmann, Dipl.-Ing. Lecour, Dipl.-Ing. Meißner, Dipl.-Ing. Menning, Dr.-Ing. Pietz, Dipl.-Ing. Schlüter, Dipl.-Ing. Stahn, Dipl.-Ing. Thielemann

Ingenieurtechnische Beratung: Prof. Dipl.-Ing. Herholdt, Dr.-Ing. Rühle, DBA, Dipl.-Ing. Sperling, VEB Baugrund Berlin

Verkehrstechnische Beratung: Dipl.-Ing. Krause, DBA

Aus der ideologisch-politischen Konzeption

■ Aus der ehemaligen kleinen Residenz- und Mittelstadt, aus Schwerin wird innerhalb des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus eine moderne Großstadt, deren Bürger vor allem Produzenten der Nahrungsgüterwirtschaft und der Industrie sind. Die wissenschaftlich-technische Revolution erhöht immer mehr die Intelligenzintensität der Produktion und die Bedeutung der produktionsvorbereitenden Tätigkeiten im Bereich der Wissenschaften und der Leitung. Es entsteht eine Bürgerschaft mit hohen geistigen und materiellen Ansprüchen sowie mit ständig erweiterten Kommunikationsbeziehungen und großer Kontaktoffenheit auch innerhalb der Freizeit.

■ Drei wesentliche Momente sollten infolgedessen die spezifische Stadtgestalt Schwerins bestimmen:

Die Umwandlung Schwerins in eine moderne Großstadt unter Respektierung und Verzahnung wertvoller historisch gewachsener Raumstrukturen (Markt, Dom, Schloßinsel) mit dem Neuen

Die für das Schweriner Heimatbild typische Verflechtung der einmaligen Seen- und Parklandschaft mit der Stadt. Die neue sozialistische Stadtgestaltung muß dieses Erlebnis steigern und die Schäden, welche die kapitalistische Bodenspekulation einschließlich der Verelendung der alten Wohngebiete verursacht hat, Schritt um Schritt überwinden

Die wissenschaftlich-technische Revolution ergreift immer mehr das Bauwesen. Infolgedessen müssen die neuen Gebäude besonders im Blick auf die Anwendung ökonomischer und leichter Bauweisen und die vorhandenen Baugrundverhältnisse, spezifische technologisch-konstruktive Lösungen bringen, die gleichzeitig Anregungen für eine kühne und auf die Eigenart des Stadtbildes zugeschnittene Gestaltung einschließen. Mit diesem Bestreben sollte die Erhöhung der Einwohnerdichten in Beziehung gesetzt werden ...

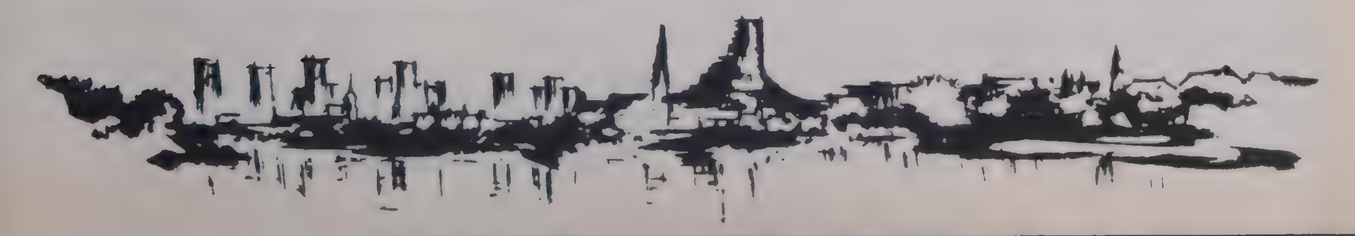
■ Um die Beziehung Landschaft – Stadt im Erlebnis zu steigern und eine möglichst ökonomische Ausnutzung der „Spange" (zwischen Pfaffenteich und Burgsee) zu gewährleisten, wird eine zweite Ebene angenommen, die Schritt um Schritt aufgebaut werden kann und gleichzeitig auch für längere Zeit die Belassung bestehender Bausubstanz ermöglicht. Von dieser erhöhten Ebene aus (+ 6 m über Terrain) genießt man den Blick über beide Seen ...

Auf dieser Ebene befindet sich als Forum der Bürgerbegegnung der Platz des Sozialismus. Auf der unteren Ebene werden auch dem Fahrzeugverkehr einschließlich der notwendigen Unterbringung der Parkplätze (rund 1600 PKW) sowie der Vorfahrt und Anlieferung entsprechende Möglichkeiten eingeräumt. Der Platz des Sozialismus soll ... in der täglichen Inanspruchnahme dem Einwohner und dem Besucher mit baukünstlerischen Mitteln die Idee der sozialistischen Gemeinschaft nahebringen. Deshalb ist hier das Rathaus mit dem Sitz der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ständigen Kommissionen, dem Rat der Stadt und dem Oberbürgermeister und selbstverständlich auch mit dem Standesamt und dem Ratskeller angesiedelt, während, diesem Rathaus gegenübergestellt, sich die Stadthalle anbietet, die den ganzen Tag über als geistiges und kulturelles Zentrum den Bürgern zur Verfügung steht.

Weiterhin sind an diesem Platz die hervorragenden Institutionen und Institute der Leitung und der Wissenschaftstätigkeit angeordnet. Durch diesen Dreiklang der bedeutenden Gebäude, die sich gleichzeitig mit besonderen Gaststätten und Einkaufseinrichtungen verbinden, erhält der Platz seine tiefere Bedeutung. Diese Bedeutung wird durch die bildkünstlerische Gestaltung unterstrichen.

Der besondere Charakter Schwerins ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß sich der Ort ... auf moorigem Untergrund mit darin eingestreuten festen Bänken aufbaut ... Deshalb wurde im Prinzip die gleiche Bauweise angewandt wie auch in der früheren Vergangenheit, nämlich die Pfahlbauweise – allerdings verbunden mit den modernsten technologischen und konstruktiven Tendenzen. Es wurden entweder senkrechte Tragsysteme angewandt, wie zum Beispiel bei den Gebäuden für die Leitung und die wissenschaftliche Produktion, oder es gruppieren sich um einen Gleitbaukern Wohnungen, die von einem oberen Flächentragwerk abgehängt werden ...





Wettbewerb Stadtzentrum Rostock

Aus der Ausschreibung

Gesellschaftliche Zielstellung

Um die Beschlüsse des VII. Parteitages zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur zu verwirklichen, ist es erforderlich, bei kontinuierlicher Fortführung des Wohnungsbaues in Lütten Klein und Evershagen den Schwerpunkt nunmehr auf den weiteren Aufbau des Stadtzentrums als geistig-kulturellen Mittelpunkt der Stadt Rostock zu legen ...

Die Veränderung des Profils der Stadt, die Erhöhung der Einwohnerzahlen, der steigende Lebensstandard der Bevölkerung und der zunehmende Tourismus machen die weitere Entwicklung und Umgestaltung des Stadtzentrums und der zentralen Bereiche der Stadt Rostock unbedingt notwendig ... Ausgehend von der Langen Straße, dem Haus der Schiffahrt, dem Hotel „Warnow", dem Haus der Wissenschaften, Bildung und Kultur und dem Theater muß die großzügige Konzeption so fortgesetzt werden, daß sich der gesellschaftliche Mittelpunkt der sozialistischen Ostseemetropole städtebaulich, architektonisch und künstlerisch einprägsam dokumentiert.

Das Wettbewerbsgebiet liegt in der Randzone des Stadtzentrums und bildet die Nahtstelle zwischen Zentrum und zentrumsnahen Wohngebieten. An dieses Gebiet werden hohe Anforderungen gestellt, daß es sowohl als attraktives Wohngebiet für etwa 10 000 Einwohner und einer entsprechenden Einwohnerdichte von rund 400 bis 500 EW/ha seinen Bewohnern sehr gute Möglichkeiten des Wohnens, der Freizeitbetätigung und -erholung sowie des Einkaufs bietet als auch seiner städtischen Atmosphäre durch interessanten Wechsel von hoher und flacher Bebauung der zentralen Lage im Stadtgebiet Rechnung trägt.

Die Gebäude unmittelbar an der Nord-Süd-Achse zwischen Kreuzung Vögentechplatz und Warnowufer haben vorwiegend Zentrumsfunktion. In diesem Bereich sind Wohnungen, Verwaltungen und gesellschaftliche Einrichtungen gesamtstädtischen Charakters so zu kombinieren, daß durch ihren Massenaufbau und besonders in der Erdgeschoßzone interessante Erlebnisbereiche im innerstädtischen Fußgängerstrom entstehen. In diesem Bereich sollten das Kino, der Verwaltungskomplex der See- und Hafenwirtschaft mit Rechenzentrum, der Autosalon, der Interbasar sowie ähnliche zentrale Einrichtungen ihren Standort finden.

Die Wettbewerbsaufgabe gliedert sich in Bebauungsvorschläge und in Realisierungsetappen. Bei den Bebauungsvorschlägen der einzelnen Bauetappen ist auf rationellste Ausnutzung des Baugeländes und auf die organische Verbindung mit der angrenzenden vorhandenen Bausubstanz besonderer Wert zu legen.

Es besteht weiterhin die Aufgabe, solche Lösungen zu finden, die gewährleisten, daß in der Planung, Projektierung und Baudurchführung der wissenschaftlich-technische Höchststand durchgesetzt wird und die vorgesehenen Investitionen mit dem größten Nutzeffekt realisiert werden können.

Das Ziel des Architektenwettbewerbes besteht somit darin, Realisierungsvorschläge für eine städtebauliche Umgestaltung in Bauetappen mit hohem Ideengehalt und ausdrucksvoller Gestaltung für das zentrale Gebiet der Stadt Rostock zwischen Nord-Süd-Achse und Saarplatz zu erhalten ...

Städtebauliches Programm

Die Größe des Wettbewerbsgebietes beträgt rund 24 ha, davon liegen je 12 ha nördlich und südlich der Doberaner Straße. In dem Gebiet wohnen zur Zeit etwa 6000 Einwohner, die Einwohnerdichter beträgt rund 250 Einwohner/ha. Der Charakter des Gebietes entspricht dem eines Mischgebietes mit Wohnungsbauten und Gewerbeeinrichtungen mit zum Teil störendem Charakter. Außerdem befinden sich in dem Gebiet zentrumsbildende und zentrumsergänzende Einrichtungen.

In der Perspektive soll das Gebiet den Charakter eines Wohngebietes mit Arbeitsstätten in Form von Verwaltungseinrichtungen haben. Im Zusammenhang mit der geplanten Verdichtung von zentrumsbildenden Einrichtungen im Bereich Kröpeliner/Lange Straße sind Einrichtungen mit zentrumsbildendem Charakter vorwiegend am Ostrand des Wettbewerbsgebietes zu planen.

Für den komplexen Wohnungsbau, mittelbare Folgeinvestitionen sowie als Ersatzbauten sind im Wettbewerbsgebiet folgende Einrichtungen vorzusehen:

Wohnungsbau

Für den Wohnungsbau ist ein Sortiment von 1-Raum- bis 5-Raum-Wohnungen zu berücksichtigen, wobei infolge des Nachholebedarfes ein hoher Anteil an kleinen Wohnungen erforderlich ist.

Außer diesem genannten Wohnungssortiment sind 1500 bis 2000 Wohnheimplätze vorzusehen.

In Verbindung mit den Wohnbauten, insbesondere der Heime, sind Räume und Kleinsportanlagen für Tischtennis, Volleyball, Kegeln, Basteln, Boccia zu schaffen.

Einrichtungen für Volksbildung

Schulen

In dem Bereich nördlich der Doberaner Straße ist eine 20klassige polytechnische Oberschule zu planen. Die für den südlichen Bereich des Wettbewerbsgebietes erforderliche Schule wird im Bereich des alten Friedhofes vorgesehen. In diesem Zusammenhang sind Vorschläge für die Anordnung eines Fußgängertunnels vom Wohngebiet in diesen Bereich zu erarbeiten.

Kindergarten (72 Plätze je 1000 EW)

Kinderkrippen (30 Plätze je 1000 EW)

Handelseinrichtungen

Einrichtungen für die Versorgung des Wohngebietes

Kaufhalle für den täglichen Bedarf

Blumenhalle, Spezialgeschäft für Feinkost, Fachgeschäft für Kosmetik (in Verbindung mit Friseursalon).

Wohnkomplexgaststätten: 30 Plätze je 1000 Einwohner

Eine dieser Gaststätten ist speziell als Jugendgaststätte auszubilden.

Für die Einrichtungen der Verwaltung, der Dienstleistung und des Handels ist eine zentrale Betriebsgaststätte für 3800 Essenteilnehmer in 5 Durchgängen vorzusehen ... Handelseinrichtungen mit Zentrumscharakter:

Kraftfahrzeugsalon, Milchbar, Café, Schnellimbiß, Weinstube, Bierstube

Kultureinrichtungen

Kino mit 800 Plätzen, 70-mm-Technik, mit kleiner Vorbühne und entsprechenden Nebenräumen

Gesundheitswesen

Ambulanz für die Betreuung des Wohngebietes, der Beschäftigten im Handel und der Volksbildung. Bezirksdepot-Apotheke

Dienstleistungen

Komplexannahmestelle, Friseursalon,
2 Modeateliers

Sonstige Einrichtungen

Zweigstelle der Post, Zweigstelle der Sparkasse

Arbeitsstätten

Verwaltungskomplex
Haus des FDGB
Rechenzentrum

Weitere Arbeitsstätten sind in den unteren Geschossen der Wohnbauten an der Nord-Süd-Achse unterzubringen ...

Allgemeine Bemerkungen

Es besteht die Aufgabe, bei Anwendung industrieller Konstruktionen und neuer Materialien in der Außenhaut die typischen Merkmale der norddeutschen Architektur baulich zum Ausdruck zu bringen und eine Verbindung von Architektur und baugebundener Kunst anzustreben. Ableitend daraus wird den Wettbewerbskollektiven empfohlen, bildende Künstler in die Arbeit einzubeziehen.

Es erscheint notwendig, die Bebauung des zentrumsnahen Gebietes durch eine besondere Materialwahl und Farbgebung hervorzuheben.

Die zu wählende Lichtreklame ist als einheitliche Werbegestaltung auszuführen. Freiflächen und Grünanlagen sind durch Wasserbecken, Bildhauerkunst und Kleinarchitektur zu gliedern.

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Herr Kochs	Oberbürgermeister der Stadt Rostock
Herr Loui	Bezirksbaudirektor
Herr Stolle	Stadtbaudirektor
Herr Radner	Bezirksarchitekt
Herr Dr. Urbanski	Chefarchitekt und Leiter des Büros für Stadtplanung beim Rat der Stadt Rostock
Herr Mirtschink	Fregattenkapitän, Vorsitzender der Ständigen Kommission Stadtzentrum Rostock
Frau Schindler	Vorsitzende des Kreisvorstandes des DFD Rostock
Herr Stöbe	Direktor der Fachschule für angewandte Kunst Heiligendamm
Herr Wodzicka	Vorsitzender des VbKD, Kunstmaler
Herr Neugebauer	Direktor des Hauptauftraggebers beim Rat der Stadt Rostock
Herr Dr. Lasch	Stellvertretender Chefarchitekt beim Büro für Stadtplanung

Vorprüfer:

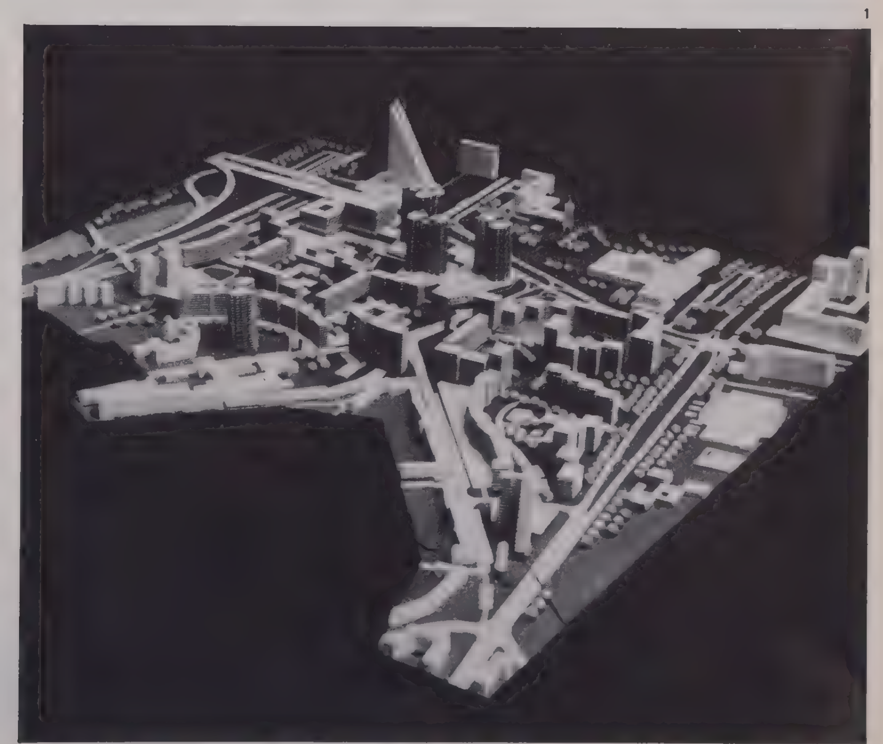
Herr Gräfe	Chefarchitekt beim Büro für Städtebau
Herr Burchardt	Architekt beim Büro für Stadtplanung
Herr Möller	Architekt beim Büro für Stadtplanung
Herr Bantin	Verkehrsplaner beim Büro für Stadtplanung
Herr Edler	Bauingenieur beim Hauptauftraggeber des Rates der Stadt Rostock

2

1. Preis

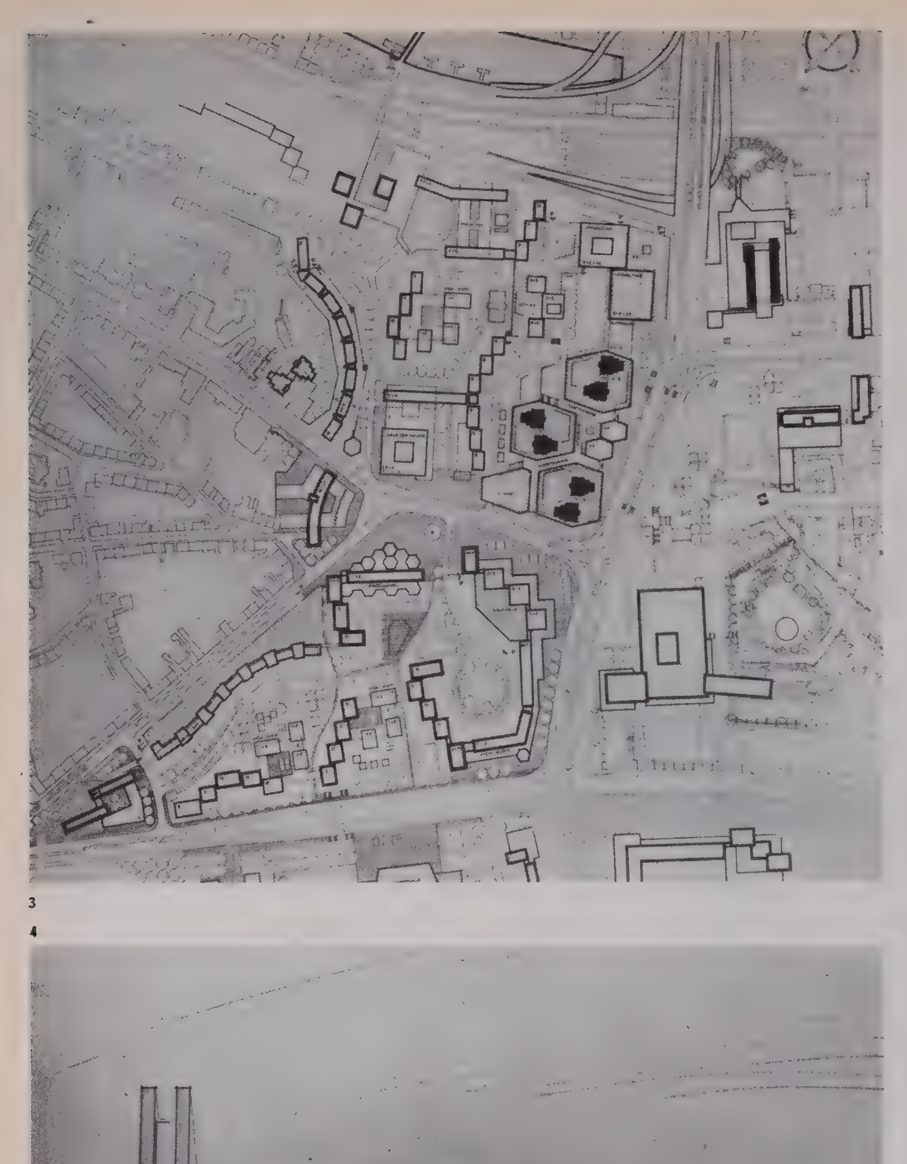
Kollektiv des VEB (B) Wohnungsbaukombinat Rostock
Oberingenieur Architekt BDA Kurt Tauscher
Dipl.-Ing. Architekt BDA Wolfgang Reinhard
Dipl.-Ing. Architekt Robert Waterstraat
Bau-Ingenieur Architekt BDA Brigitte Tauscher
Bau-Ingenieur Architekt BDA Wolfgang Bichowski
Bau-Ingenieur Architekt Edith Fleischhauer
Fotokopien:
Architekt BDA Adolf Schlettwein
Konsultative Mitarbeit:
Bildhauer Wolfgang Eckart

1



1
Blick von Osten auf das zentrale Gebiet von Rostock. Modell

2
Das zentrale Gebiet von Südwesten. Modell





Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Arbeit des Kollektivs Tauscher überzeugt durch die funktionelle und räumliche Gliederung. Sie geht davon aus, durch massive Hochhausbebauung die Stadtsilhouette zu bereichern.

Die Verfasser schlagen eine differenzierte Komposition der Baukörpermassen, verbunden mit interessant gestalteten Räumen vor. Die Westseite des Platzes der Wissenschaften, Bildung und Kultur ist als Kommunikationszone ausgebildet, deren konsequente Fortsetzung im Doberaner Platz mündet.

Die Bedeutung des Doberaner Platzes wird durch die Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen, wie Haus der Dienste in Verbindung mit Apotheke, Post und Sparkasse, sowie das Kino und Spezialläden hervorgehoben. Er bildet zugleich den Mittelpunkt beider Wohngruppen, die von hier aus erschlossen werden.

Das an der Westseite des Platzes angeordnete Hochhaus bildet den konsequenten Abschluß des Platzes zum sich anschließenden Altbaugebiet.

Als gute Lösung wird die Fußgängerverbindung vom Großgrün des alten Friedhofes anerkannt, die durch die Wohngruppen zum Warnowufer führt und erlebnisreich gestaltet ist.

Die Wohngruppen selbst sind baulich stark gegliedert und nehmen unter günstiger Ausnutzung der topographischen Gegebenheiten sehr engen Bezug auf die vorhandenen Freiräume. Diese Lösung ermöglicht die etappenweise Realisierung von Teilen des Wettbewerbsgebietes unter Berücksichtigung von Funktionstüchtigkeit und Bildung in sich abgeschlossener Ensembles.

Die verkehrstechnische Erschließung der gesellschaftlichen Einrichtungen und der Wohnbereiche ist gut gelöst. Insgesamt stellt die Lösung eine sehr rationelle Ausnutzung des Baugeländes dar.

Kritisch zu bemerken ist die höhenmäßige Übersteigerung der Hochhausgruppe westlich des Platzes der Wissenschaften, Bildung und Kultur. Die Bebauung an der Wismarschen Straße einschließlich Saarplatz stellt der Form und dem Maßstab nach keine gelungene Lösung zur Einbeziehung der vorhandenen Altbausubstanz dar. Problematisch erscheint die vorgeschlagene Lösung der Kaufhallen in Verbindung mit den Verwaltungsgebäuden am Schröderplatz.



3
Bebauungskonzeption für das zentrale Gebiet

4
Blick von der Warnow. Schaubild

5
Blick aus der Langen Straße auf die Nord-Süd-Achse. Schaubild

6

2. Preis

Kollektiv des VE Wohnungsbaukombinat Berlin
Dipl.-Ing. Helmut Stingl
Dipl.-Arch. Edith Diehl
Dipl.-Ing. Joachim Seifert
Gartenarchitekt Eberhard Horn
Teilkonstrukteur Dorit Jaeger

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Arbeit des Kollektivs Stingl zeichnet sich durch eine konsequente maßstäblich abgestimmte Baumassenkomposition im Bereich des Platzes der Wissenschaften, Bildung und Kultur aus. Positiv ist der Übergang vom Platz der Wissenschaften, Bildung und Kultur zum neu gestalteten Doberaner Platz zu bewerten. Der Doberaner Platz ist als Funktionsbereich eng dem Zentrum zugeordnet; er ist als Kreuzungspunkt der Massenverkehrsmittel in zwei Ebenen ausgebildet· Dieser Vorschlag wird als eine interessante Lösung auch im Hinblick auf den ruhenden Verkehr empfunden. Die Wohnbebauung südlich der Wismarschen Straße wird als gute Lösung des Übergangs zur Altbausubstanz angesehen. Demgegenüber ist die Wohnbebauung zwischen Stampfmüllerstraße und Nord-Süd-Tangente nicht als gelöst zu betrachten. Die Anordnung von Kaufhalle und Garagen innerhalb dieses 12geschossigen Wohnhofes ist nicht befriedigend.

6
Blick auf das zentrale Gebiet von Osten. Modell

7
Das zentrale Gebiet von Südwesten. Modell

7

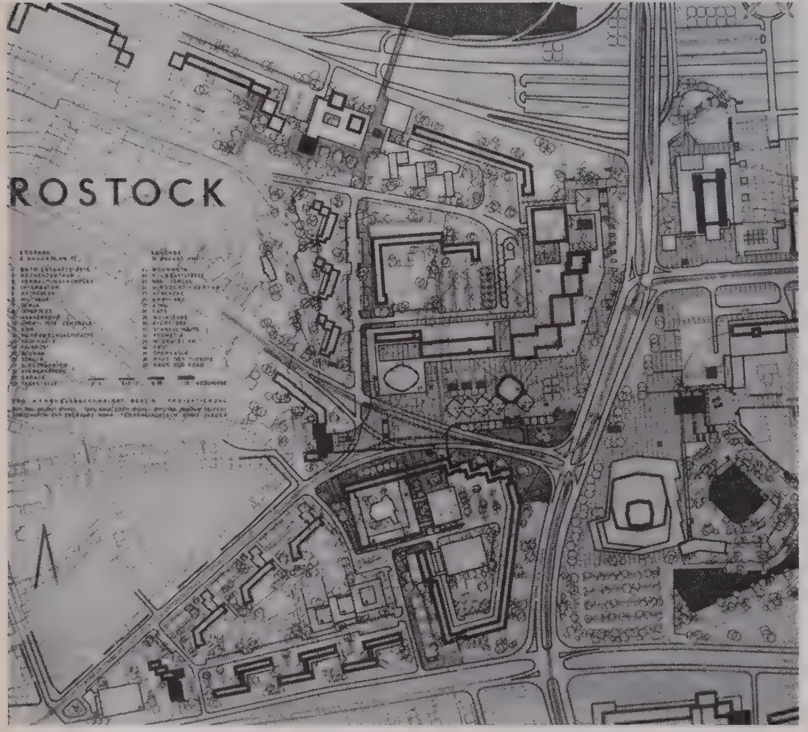


Eine Prämie

Kollektiv des VEB (B) Wohnungsbaukombinat Rostock
Architekt BDA Erich Kaufmann
Dipl.-Ing. Carl-Heinz Pastor
Dipl.-Ing. Dieter Jastram
Architekt Hans Fleischhauer
Künstlerische Beratung:
Jochen Jastram



8 Blick von der Warnow-Brücke. Schaubild



9 Bebauungskonzeption



11

10 Blick von der Langen Straße auf die Nord-Süd-Achse



11
Blick auf die Nord-Süd-Achse. Schaubild

12
Das zentrale Gebiet von Osten. Modell

13
Bebauungskonzeption

14
Blick von der Langen Straße auf die Nord-Süd-Achse. Schaubild

15
Das zentrale Gebiet von Südwesten. Modell



12

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Anerkannt wird der Versuch, großzügige städtebaulich-architektonische Raumbildungen zu erzielen, in denen sich neue Erlebnisbereiche anbieten. Positiv ist die Baukörperkomposition am Abschluß des Doberaner Platzes und des Saarplatzes zu bewerten. Auch der Übergang zur Altbausubstanz wird im wesentlichen als gelöst betrachtet. Problematisch erscheint die starke Ausweitung westlich des Platzes der Wissenschaften, Bildung und Kultur und die Überbetonung der Baumassenkomposition im Bereich der Verwaltungshochhausgruppe. Während die Bebauung der Wismarschen Straße eine ihr nicht gebührende Aufwertung durch die Anordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen erfährt, wird der Doberaner Platz durch überwiegende Wohnhausbebauung in seiner Bedeutung herabgesetzt. Die etappenweise Realisierung funktionstüchtiger, in sich abgeschlossener städtebaulicher Ensembles ist nur bedingt gewährleistet.



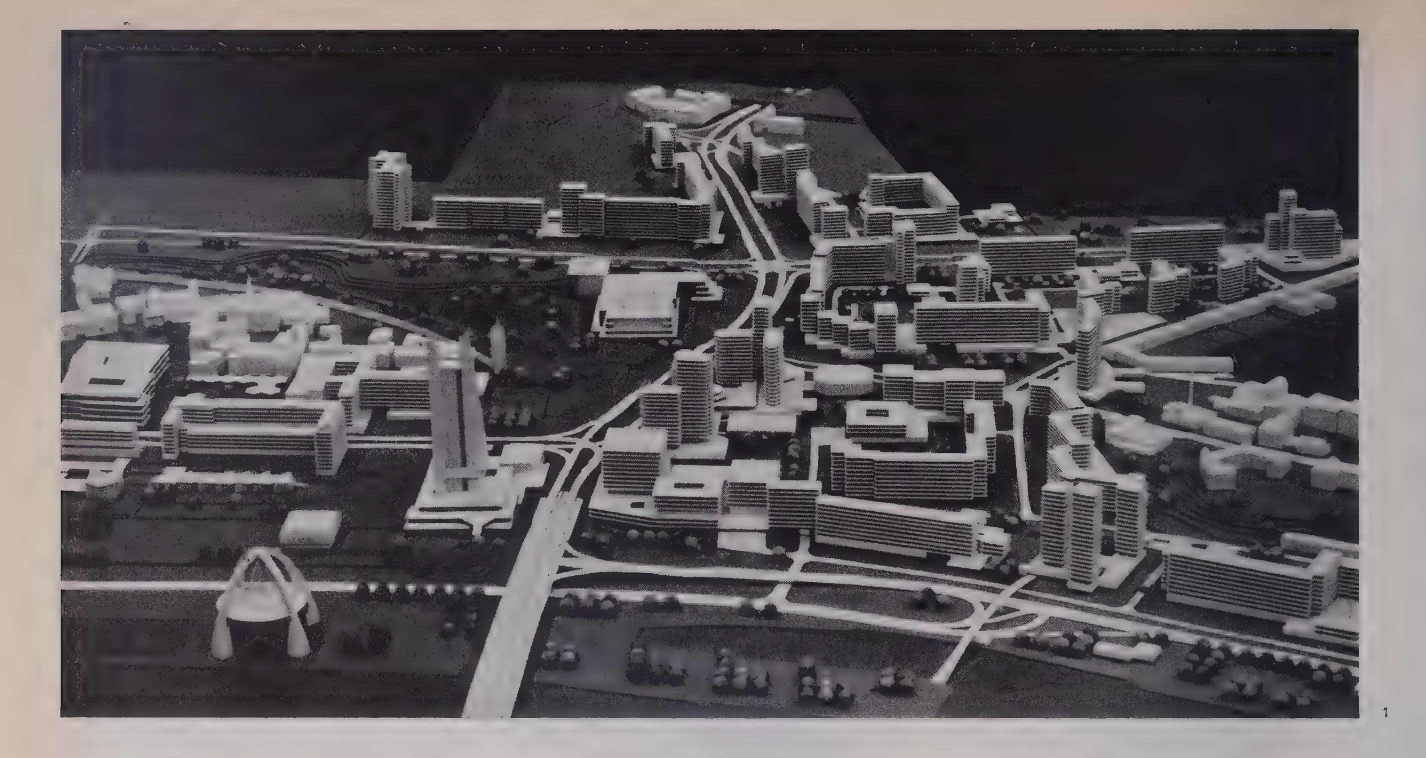
13

15



14





Bebauungskonzeption für das Stadtzentrum von Rostock

1 Blick vom Gehlsdorfer Ufer auf das Umgestaltungsgebiet. Modell

2 Lageplan des Umgestaltungsgebietes mit Kennzeichnung der gesellschaftlichen Einrichtungen

3 Plastik mit dem Thema „Sieben stolze Schwestern küßt das eine Meer"

4 Plan der künstlerischen Gestaltung im Bereich des Platzes der Wissenschaften, Bildung und Kultur und des Doberaner Platzes

5 Modellfoto. Blick von der Südstadt auf das Umgestaltungsgebiet

Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski
Chefarchitekt beim Rat der Stadt Rostock

Die Bebauungskonzeption für das Stadtzentrum Rostock wurde unmittelbar im Anschluß an die Auswertung des städtebaulichen Wettbewerbes, den der Rat der Stadt Rostock ausgeschrieben hatte, erarbeitet. Die Arbeitsgruppe, die diese Aufgabe zu lösen hatte, wurde gebildet aus Mitarbeitern des Büros für Stadtplanung Rostock und des Wohnungsbaukombinates Rostock.

Sie umfaßte folgenden Personenkreis:

Dr.-Ing. W. Urbanski, Leiter der Arbeitsgruppe Obering. K. Tauscher, Ing. E. Kaufmann (Wohnungsbaukombinat), Dipl.-Ing. Ch. Weinhold, Ing. H. O. Möller, Dipl.-Ing. G. Börner, Gartenarchitekt H. G. Vogt, Dipl.-Ing. D. Bantin (Büro für Stadtplanung Rostock), Teilkonstrukteur P. Paschen (Wohnungsbaukombinat Rostock)

Die Zielstellung bestand darin, eine Konzeption für das Wettbewerbsgebiet und darüber hinaus für die Gestaltung des Vögenteichplatzes und der Uferzone vom Haus der Wissenschaften, Bildung und Kultur bis zum Kabutzenhof zu erarbeiten.

In einem sehr kurzen Zeitraum wurden Pläne, Abwicklungen und ein Modell im Maßstab 1 : 1000 fertiggestellt.

Als günstig hat sich erwiesen, daß diese Arbeitsgruppe nach Vereinbarung mit der Leitung des Wohnungsbaukombinates Rostock in einem Heim des Kombinates in Fuhlendorf arbeiten konnte. Positiv wirkte sich aus, daß während dieser Zeit Konsultationen mit den bildenden Künstlern, Kollegen Eckardt, Jastram und Dietrich, stattfanden, die dazu beitrugen, eine erste Konzeption für die Standorte und Thematik von Werken der bildenden Kunst zu entwickeln. Ebenso war Kollege Stingl vom Wohnungsbaukombinat Berlin mit drei seiner Mitarbeiter für einige Tage in Fuhlendorf.

Grundlagen für die städtebauliche Gestaltung des Gebietes waren:

- Konzentration auf vielgeschossige Bebauung,
- Bildung von innerstädtischen Kommunikationszonen,
- Anordnung besonderer baulicher Höhepunkte entsprechend der städtebaulichen und künstlerischen Gesamtkonzeption,
- klare räumliche Ordnung der Ensembles,
- Schaffung der in sich geschlossenen Bereiche, die eine etappenweise Realisierung und die Konzentration der Mittel und Kapazitäten gewährleisten



3

4

› Wissenschaft als Produktivkraft ‹

› Die völkerverbindende Idee der Ostseewoche ‹

› Kampf und Sieg der Arbeiterklasse ‹

› Kunst ist Waffe ‹

und schnell zu sichtbaren Veränderungen im Stadtbild führen,

■ harmonische Einfügung erhaltenswerter Altbausubstanz in die neue Bebauung.

Dabei wurde die Anregung unseres Staatsratsvorsitzenden verwirklicht, daß die neu entstehenden Gebäude den reichen Traditionen der norddeutschen Architektur, verbunden mit den neuesten Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik, entsprechen sollen.

Der neue städtebauliche Höhepunkt der Stadt ist die Nord-Süd-Magistrale mit dem „Platz der Wissenschaften, Bildung und Kultur".

Zu diesem Platz gehören: Das Haus der Wissenschaften, Bildung und Kultur, das Theater in Verbindung mit den historischen Wallanlagen sowie den bestehenden Gebäuden Hotel „Warnow" und Haus der Schiffahrt. Die Gestaltung des westlich an die Nord-Süd-Magistrale angrenzenden Gebietes (Kröpeliner-Tor-Vorstadt) erfolgt mit attraktivem Wohnungs- und Gesellschaftsbau. In diesem Bereich befindet sich zum überwiegenden Teil schlechte, nicht erhaltenswürdige Bausubstanz.

Grundprinzipien der vorliegenden Planung sind:

■ Baulicher und räumlicher Abschluß der Langen Straße – Gestaltung des Platzes der Wissenschaften, Bildung und Kultur.

■ Über die Bebauung am Vögenteichplatz wird auf den zentralen Raum des Stadtzentrums vorbereitet und durch eine ruhige Führung der Bebauung längs der Nord-Süd-Tangente auf die Stadtkrone hingewiesen.

Die Dominanten am zentralen Raum bilden den absoluten Höhepunkt zusammen mit dem Haus der Wissenschaften, Bildung und Kultur und sind in ihrer Richtung nach allen Haupterlebniswegen orientiert.

Diese Betonung wird durch massive Anordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen unterstrichen, wie Kraftfahrzeugsalon, Gaststättenkomplex (Milchbar, Café, Weinstube, Bierstube, Schnellimbiß, Blumenhalle, Nahverkehr, Interbasar, VEB Carl Zeiss) und Haus der Dienste.

■ Herausbildung des Doberaner Platzes als Zentrum der Kröpeliner Vorstadt mit Kaufhalle (etwa 3000 m² Bruttofläche), Gesundheitszentrum, Haus der Gewerkschaften, weiteren gesellschaftlichen Einrichtungen, wie Kino, Modeatelier, Post, Sparkasse und Spezialläden.

■ Anordnung von Dominanten am Saarplatz (Studentenwohnheim) und an der Uferzone, die dadurch stark gegliedert wird.

■ Herausbildung von Fußgängerbeziehungen zwischen Südtangente über Doberaner Platz zum Warnowufer (Haedgehafen).

■ Anordnung eines Verwaltungskomplexes mit Großrechner gegenüber dem Haus der Wissenschaften, Bildung und Kultur.

■ Die Planung erfolgte unter Berücksichtigung der vorhandenen Haupterschließungsleitungen und wurde so konzipiert, daß in sich abgeschlossene, funktionstüchtige städtebauliche Einheiten errichtet werden können.

5



■ Für den ruhenden Verkehr wurden die topographischen Gegebenheiten ausgenutzt und Stellflächen in den unteren Ebenen der Gebäudekomplexe vorgesehen.

■ Das Warnowufer wurde als Kommunikationszone gestaltet mit solchen Einrichtungen wie Touristenhotel, Touristenservice, Seemannsbasar, Ballhaus, Raritätenkabinett, Andenkenladen und Bootsverleih.

■ Die Einwohnerzahl des Planungsgebietes beträgt rund 20 000.

Mit der hier vorgesehenen bildkünstlerisch-architektonischen Gestaltung sollen Voraussetzungen geschaffen werden, die im Prozeß der weiteren Entwicklung eine bewußtseinsfördernde Rolle spielen. Um diese Zielstellung zu erreichen und den komplexen Charakter der städtebaulichen, architektonischen und bildkünstlerischen Aufgaben wirksam werden zu lassen, wurde eine einheitliche Konzeption entwickelt.

Schwerpunkt dieser Gestaltungskonzeption sind im zentralen Bereich der Platz der Wissenschaften, Bildung und Kultur und der Doberaner Platz.

Wettbewerb Zentrum Greifswald



Ing. Helga Hüller
Stadtarchitekt

Prof. Dipl.-Arch. Hermann Räder
Hochschule für Architektur
und Bauwesen Weimar

Greifswald entwickelt sich zu einem Zentrum der Arbeiterklasse, in dem sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution gesetzmäßig die Konzentration strukturentscheidender Produktion ebenso wie die der Forschung und Lehre vollzieht. In Greifswald werden Investitionskomplexe von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung errichtet. So formulierte der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sinngemäß die Entwicklung der Stadt Greifswald auf der 19. Sitzung des Staatsrates im Dezember 1969.

Diese Entwicklung geht naturgemäß Hand in Hand mit einer sichtbaren Umgestaltung der Stadt und führte bereits in den Jahren 1967/68 zu grundsätzlichen Überlegungen für die künftige Stadtstruktur und ihre funktionelle Neuordnung. Im Ergebnis umfangreicher ökonomischer Untersuchungen schrieb der Rat der Stadt Greifswald im Sommer des Jahres 1968 einen städtebaulichen Ideenwettbewerb zur sozialistischen Umgestaltung des Zentrums der Stadt aus. Die Dynamik, die unseren Entwicklungsprozessen eigen ist, war Ursache einer Änderung des städtebaulichen Programms während der Laufzeit des Wettbewerbes. Die ursprünglich vorgegebenen Größenordnungen mußten auf Grund der sich aus der Prognosearbeit abzeichnenden Entwicklungstendenzen völlig verändert werden, die Aufgabenstellung wurde überarbeitet und wesentlich erweitert.

Zu einem neuen Termin (Ende Januar 1969) wurden dem Rat der Stadt Greifswald neun Arbeiten vorgelegt.

Die Arbeit der Vorprüfung gestaltete sich recht kompliziert und vielfältig. Sie wurde Anfang März abgeschlossen, so daß die Jury am 18. und 19. 3. 1969 zusammentreten konnte.

Für die Bewertung der einzelnen Arbeiten wurde ein Kriterienspiegel erarbeitet, der folgende Gesichtspunke zugrunde legte:

- Politische Zielsetzung beim Aufbau des Zentrums der sozialistischen Stadt Greifswald
- Struktur und System der gesellschaftlichen Funktionsbereiche und städtebaulichen Räume im Zentrum, sowie ihre Beziehungen zu anderen Stadtgebieten
- Qualität der Wohnbebauung und ihre Abstimmung mit den gesellschaftlichen Einrichtungen
- Freiflächen und Grüngestaltung
- Äußeres und inneres Verkehrserschließungssystem
- Ökonomie (Bebauungsdichte und Realisierbarkeit)

Ensprechend der Wettbewerbsordnung des BDA wurden die eingereichten Arbeiten öffentlich ausgestellt. Sachkundige Erläuterungen halfen den Bürgern, in die Gedanken der einzelnen Arbeiten einzudringen und ihre Meinungen zu äußern. Die Beteiligung von über 3000 Besuchern zeigt das große Interesse, daß dieser städtebauliche Wettbewerb hervorgerufen hat. Neben den Empfehlungen der Jury waren die Hinweise der Einwohner der Stadt Greifswald für die Weiterbearbeitung des Wettbewerbsgebietes von großer Bedeutung. Insgesamt können wir einschätzen, daß dieser Wettbewerb ein erfolgreicher Beitrag unserer Städtebauer und Architekten im Bemühen um die Gestaltung neuer sozialistischer Städtebilder war und daß er sich in seinen Ergebnissen in die große Wettbewerbsbewegung einfügte, die anläßlich des 20. Geburtstages der Deutschen Demokratischen Republik ausgelöst worden war.

Die Stadt Greifswald ist heute auf dem Wege zur Stadt der Kernenergie, der progressiven Wissenschaft und der Elektronik. Sie symbolisiert in ihrer Entwicklung das stürmische Wachstum der Produktivkräfte, mit dem Städtebauer, Architekten und Künstler Schritt halten müssen.

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Dipl.-Ök. Ing. H.-J. Lüdeke
Erster Sekretär der Kreisleitung der SED

Herr E. Neuhaus
Bürgermeister von Greifwald

Prof. Dipl.-Arch. H. Räder
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Sektion Gebietsplanung und Städtebau

Prof. Dipl.-Ing. H. Gericke
Deutsche Bauakademie
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur

Oberingenieur K.-H. Loui
Bezirksbaudirektor Rostock

Dipl.-Ing. K. Tauscher
Hauptarchitekt im Wohnungsbaukombinat Rostock

Dipl.-Ing. W. Dutschke
Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur

Dipl.-Ing. K.-H. Mattke
Stadtarchitekt Stralsund

Ingenieur R. Wernicke
Stadtbaudirektor

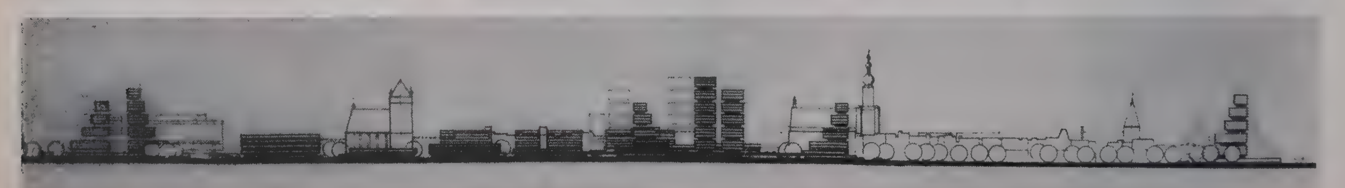
Dipl.-Ing. K. Schölermann
Leiter des Büros für Verkehrsplanung Rostock

Ingenieur H. Hüller
Kreisbaudirektor

Dozent K. Homberg
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Sektion Germanistik, Kunst- und Musikwissenschaften

Lageplan und Silhouette des 1. Preises







1. Preis

Dipl.-Arch. Bernd Czysch, BDA
Dipl.-Ing. Peter Morgner, BDA
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Mit dieser Arbeit wird eine funktionelle und gesellschaftliche Erneuerung des Altstadtkerns angestrebt. Die Darstellung der erreichten städtebaulichen Qualität kommt in einer adäquaten räumlichen Ordnung und der Formierung der neuen Stadtgestalt zum Ausdruck. Die Verfasser gingen von einer sinnvollen Synthese der historisch wertvollen Substanz mit neuen sozialistischen Dominanten bei der Gestaltfindung aus. Dabei wird ein positives Beispiel lebendiger Denkmalpflege gegeben, das als Prinzip auch auf andere Städte mit gleicher Charakteristik anwendbar ist. Die neuen Elemente des Altstadtkerns fügen sich harmonisch in die historisch gewachsene Struktur ein. Günstige räumliche Beziehungen werden zur Gesamtstadt möglich. Für die Anbindung eines neuen Erweiterungsschwerpunktes im Norden der Stadt sind die notwendigen Voraussetzungen berücksichtigt. Besonders hervorzuheben ist die konsequente räumliche Gliederung der Struktur und ihre Übereinstimmung mit der Ansiedlung gesellschaftlicher Einrichtungen und Bereiche.
Der vorgeschlagene Standort für die Kongreßhalle sollte im Hinblick auf die damit verbundenen städtebaulichen Ansprüche (Verlagerung an den östlichen Altstadtzugang) überprüft werden. Die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes deutet eine stärkere räumliche Anbindung an die Hauptkommunikationsbereiche des Zentrums an.
Die Konzentration des Wohnungsbaus führt neben der gestalterischen Wirksamkeit zu

- einer hohen Einwohnerdichte
- einem effektiven Einsatz industrieller Bauweisen und zu einer rationelleren Ausnutzung kostenintensiver Gründungsmaßnahmen bei schlechtem Baugrund in Verbindung mit einer günstigen Abrißquote.

Der Wohnungsbau am Platz der Freiheit ist im Hinblick auf die städtebauliche Bedeutung dieses Standortes zu überprüfen.
Die Konzentrierung der Grünräume und die dabei erreichten gesamtstädtischen Zusammenhänge (Anschluß an das Erholungsgebiet im Nordosten der Stadt) werden begrüßt.
Die Zuweisung funktioneller Bereiche der Freizeit, der Erholung, der Kultur und Körperkultur im Interesse einer Aktivierung der Freiflächen wird empfohlen.
Die Verkehrskonzeption entspricht der Gesamtplanung. Das Angebot für den Routenverkehr ist ausreichend. Die vorgelegte Konzeption, die von der Neugestaltung auf dem Territorium der alten Stadt ausgeht, ist so angelegt, daß eine ökonomisch vertretbare Realisierung gesichert ist.



2. Preis

Architekt Egon Hoffmann, BDA
Architekt Kurt Lingner, BDA
Architekt Gerhard Richardt, BDA
Architekt Wolfgang Bachmann
Technische Zeichnerin Elfriede Biallas
VEB (B) Wohnungsbaukombinat Rostock,
Direktion für Entwicklung und Projektierung,
Projektierungsabteilung Greifswald

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Verfasser versuchen, das Zentrum für die Gesamtstadt Greifswald unter Anschluß des Altstadtkerns über den Platz der Freiheit zu erweitern. Hierbei zeigt sich ein konsequentes städtebaukünstlerisches Prinzip. Es besteht darin, sowohl die Zentrumsfunktionen auf einen entsprechend dem Wachsen der Stadt Greifswald angemessenen Raum auszuweiten als auch die im wesentlichen im Südosten der Stadt liegenden Neubaugebiete an das Zentrum anzubinden.

Besonders ist der Versuch hervorzuheben, unter Ausdehnung der Gesamtzentrumsfläche die Verbindung zum Altstadtkern herzustellen. Für den Alt-



3. Preis

cand.-ing. Klaus Brandt
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Pflichtentwurf am Institut für Wohn- und Gesellschaftsbauten,
Direktor Prof. Otto Englberger

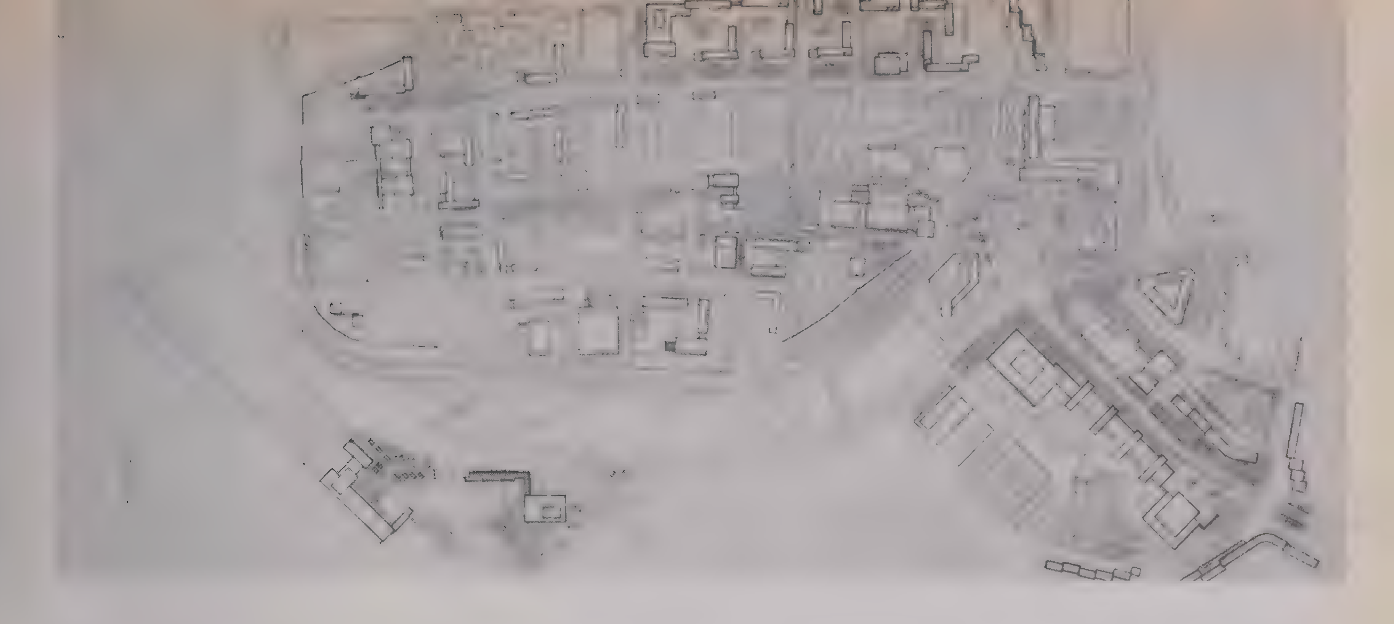


Aus der Begründung des Preisgerichtes

In dieser Arbeit wird versucht, die Umgestaltung des Stadtzentrums der Altstadt zu erreichen. Dabei wird die Altstadt selbst für die Unterbringung stadtzentraler Funktionen stark herangezogen. Obwohl vorgeschlagen wird, die Altstadt mit einem hohen Anteil neuer Bausubstanz aufzuwerten, bewahrt diese Arbeit konsequent den historischen Stadtgrundriß und die Maßstäbe der gegenwärtig vorhandenen Bebauung. Die Entwicklung eines neuen Zentrums im Bereich Platz der Freiheit – Anklamer Straße wird als Kontrapunkt zur Behandlung der Altstadt ausgebildet. Zusammen mit der Führung des Fußgängerverkehrs im gesamten zentralen Bereich ergibt sich eine Anzahl interessanter Aspekte. Besonders beachtenswert ist die Herausbildung des Universitätsforums.

Mit dem Bahnhofsbereich einschließlich Touristenhotel wird der Versuch unternommen, auch vom Westen her einen Zugang zur Altstadt zu gestalten. Allerdings wird der Wert dieser Lösung durch Unzulänglichkeiten in der Organisation des Verkehrs herabgesetzt. Die Arbeit enthält auch Vorschläge für die aktive Einbeziehung des Grünbereichs in die städtebauliche Konzeption. Insgesamt gesehen bietet sie eine Vielzahl von Anregungen für die Gestaltung von städtebaulichen Details, wie zum Beispiel der räumlichen Verbindung des Fußgängerverkehrs mit dem Zentrum der Kultur und Bildung. Bei der in dieser Arbeit konsequent erfolgten maßstäblichen Einordnung des Wohnungsbaus in die Altstadt entstand ein negatives Verhältnis von abzubrechender Bausubstanz zum Neubau. Das wird auch nicht durch die angebotenen differenzierten und gestalterisch neuartigen sowie funktionell glücklichen Lösungen ausgeglichen.

Die Standortwahl für einige Objekte erscheint problematisch. So ist die Beziehung der Hotels zu den Verkehrsstraßen und die der Kongreßhalle zur Dominante im Zentrum unzureichend gelöst. Insgesamt wird mit dieser Arbeit eine diskussionswürdige Variante angeboten, die für die Weiterbearbeitung interessante Hinweise vermittelt.



stadtkern wurde eine Aufwertung auch der städtebaukünstlerischen Konzeption vorgenommen. Sie wird auch am Nordausgang der Stadt und im Wohnungsbau im Nordostteil des Altstadtkerns sichtbar.

Die Anbindung der Anklamer Straße mit einem internen Fußgängerbereich, parallel zur Hauptverkehrsstraße, wird als gute städtebauliche Lösung anerkannt. Ohne hierbei die Baukörpergestaltung am Platz der Freiheit im einzelnen als bereits gelöst bezeichnen zu können, wird der Versuch anerkannt, am Platz der Freiheit einen neuen städtebaukünstlerischen Höhepunkt schaffen zu wollen.

Die Funktionsbeziehungen sind vom Raum östlich der Nikolaikirche bis einschließlich Platz der Freiheit in einem gut gelungenen Fußgängerbereich erfaßt. Der Westteil der Stadt wird durch Neubauten der Universität aufgewertet.

Die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes bedarf einer Durcharbeitung in Richtung Altstadtkern. Die Wohnbebauung ist im wesentlichen im Nordostteil des Altstadtkerns vorgesehen. Bei Beibehaltung der Grundstruktur der Stadt wurde hier eine Aufwertung vorgeschlagen, die an diesem Standort für gut gehalten wird.

Die Freiflächengestaltung ist in diesem Entwurf einschließlich der Anbindung an die vorhandenen Grünflächen als gut gelöst anzusehen. Die Nutzung der Freiflächen im Süden der Stadt für Sport und Erholung wird als günstige Möglichkeit betrachtet

Beibehalten sind die vorgesehenen Verkehrsstraßen. Der Entwurf sieht eine besonders gute und rationelle innere Erschließung des Altstadtkerns vor.

Die Arbeit zeigt in ihrer Realisierbarkeit sehr gute Überlegungen. In fast allen Punkten erscheint die Arbeit hinsichtlich ihrer schnellen Durchführbarkeit als günstig.

---

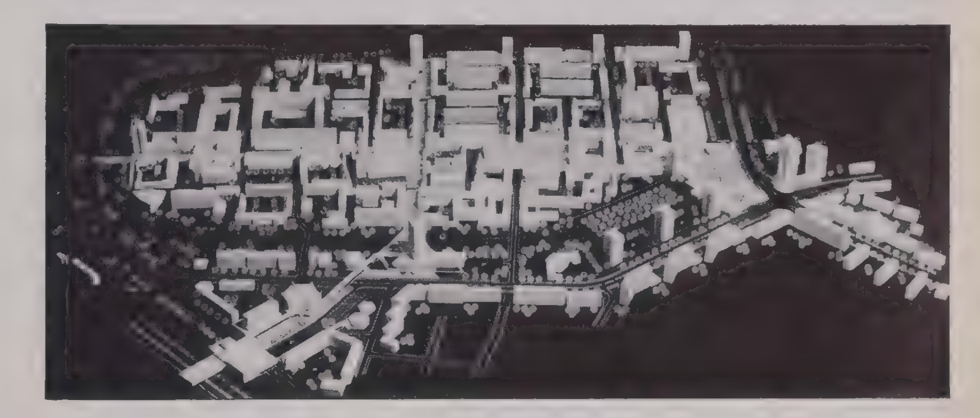
1. Ankauf

Architekt Heinz Auspurg, BDA
Dipl.-Ing. Rolf Billig
Städtebautechnikerin Lisbeth Steinbach,
Leipzig

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Verfasser versuchen, unter Beibehaltung der historischen Stadtstruktur mit neuen Elementen dem Zentrum eine bessere Qualität zu geben. Obwohl dieser Weg prinzipiell zu begrüßen ist, ist es nicht gelungen, einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Stadtgestalt zu leisten. Die räumliche Gestaltung des inneren Kommunikationsbereiches und die Stadtsilhouette sind nicht frei von Härten und Disproportionen. Die vorgeschlagene strukturelle Gliederung vertritt in ihren rationellen Ansätzen mögliche Gesichtspunkte, wobei eine konsequente Ausbildung der Beziehungen in nördlicher Richtung wünschenswert gewesen wäre. Die räumliche Gestaltung dieser Ordnung hat leider nicht die Qualität und Klarheit der vorgeschlagenen strukturellen Grundgedanken und führt auch zur Unterbewertung des Raumes um den Platz der Freiheit.

Der Wohnungsbau bringt in seiner teils schematischen und teils zufälligen Ordnung weder Detail noch in seiner Mitwirkung in der Stadtsilhouette wesentliche Anregungen. Teilweise zerstört die Einordnung von Wohnscheiben die vorgegebene Struktur. Die vorgeschlagene Verkehrslösung bringt eine konsequente Trennung des überörtlichen Verkehrs vom innerstädtischen Verkehr, bei sehr aufwendiger Ausbildung der Knotenpunkte. Die für den ruhenden Verkehr ausgewiesenen Flächen sind nicht ausreichend und berücksichtigen auch nicht die Führung der F 96. Verkehrsanziehende Einrichtungen erschweren in ihrem südlichen Abschnitt eine schnelle Realisierung. Die klare Herausbildung von Fußgängerbereichen wird begrüßt. Die Aufwertung der Hafenzone durch eine intensive Freiflächengestaltung ist positiv zu bewerten.







2. Ankauf

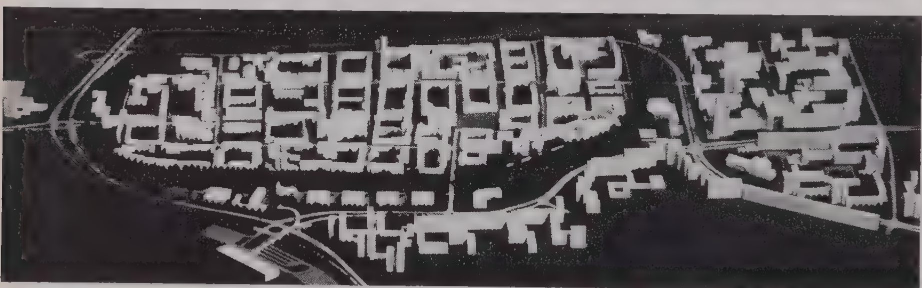
Prof. Dipl.-Ing. Georg Funk
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur

Dipl.-Ing. Wolfram Sammler
Dipl.-Ing. Bernwart Funk
Kreisarchitekt Sebnitz



Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Verfasser gehen davon aus, daß das historische Gefüge sowie die Stadtsilhouette innerhalb des Altstadtkerns voll zu erhalten sind. Das Bestreben, die Innenstadt in ihrer Klarheit und Originalität voll zu erhalten, wird dadurch unterstrichen, daß die neue Wohnbebauung mit Steildächern versehen ist. Eine neue städtebauliche Qualität wird ausschließlich in einer Ringbebauung vom Osten über den Süden der Stadt bis zum Westen hin angedeutet. Der Altstadtkern wird durch eine Schalenbebauung eingefaßt. Innerhalb des Altstadtkerns werden zwei neue Kommunikationsachsen eingefügt, und zwar im Bereich der Universität am Rubenowplatz in Richtung Norden als Querachse und im Bereich des Platzes der Freundschaft/Fischmarkt ebenfalls als neue Querachse in Richtung Norden. Durch die Planung des Centrum-Warenhauses und der Markthalle kommt es an dieser Stelle in Verbindung mit den bisher vorhandenen Einrichtungen zu einer Konzentration. Wesentliche Zentrumseinrichtungen werden in den Bereich Platz der Freiheit verlegt, ohne jedoch eine Anbindung zum vorhandenen Altstadtkern und damit zu den hier vorgesehenen Zentrumseinrichtungen anzustreben. Der Bahnhofsvorplatz hat eine neue Gestaltung erfahren, jedoch wird auch hier auf eine organische Anbindung an die Zentrumseinrichtungen des Altstadtkerns verzichtet. Während die Wohnbebauung innerhalb des Altstadtkerns im wesentlichen an die vorhandene Altbausubstanz angeglichen wird, ist der Wohnungsbau des südlichen Ringes größtenteils mehrgeschossig, mit interessanten neuen Wohnformen. Die Freiflächengestaltung weist keine neuen Gesichtspunkte auf. Die Vorgaben der Verkehrsstraßen wurden eingehalten. Es wird eingeschätzt, daß auch in dieser Arbeit kein überzeugender Vorschlag für die Umgestaltung des Stadtzentrums gefunden wurde.



3. Ankauf

Dipl.-Ing. Gerd Hilbert
Dipl.-Ing. Iduna Schoenfeld
Dipl.-Ing. Christine Seehaus
Dipl.-Ing. Katherina Herborn

Dipl.-Ing. Hartmut Colden
Dipl.-Ing. Heinz Werner
Grünplaner:
Dipl.-hort. Arnd-Reinhard Benzler
Dipl.-hort. Christa Schult
Dipl.-hort. Barbara Aba

Verkehrsplaner:
Dipl.-Ing. Dietrich Schumacher
Künstlerische Beratung:
Jochen Jastrom
Rudolf Tröster
Modellbau: Rostock, Stralsund



Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Verfasser gehen davon aus, daß der Altstadtkern konsequent in seinem Maßstab und seiner Struktur zu erhalten ist. Aus diesem Grunde sollte die Mehrzahl der neuen gesellschaftlichen Funktionen außerhalb des Stadtkerns, vorwiegend im Raum Platz der Freiheit angelegt werden. Die Kommunikationsbereiche in der Kernstadt entsprechen der alten Struktur und erhalten durch einige neue Funktionen nur bedingt einen neuen Charakter. Am Platz der Freiheit sind die Stadthalle, das Kino, gastronomische Einrichtungen und das Hochhaus der Forschung zusammengefaßt. Damit wird eine Konzentration im Zusammenwirken mit vielgeschossigem Wohnungsbau erreicht, die dem neuen Greifswald ein spezifisches Gepräge gibt. Die additive Gruppierung dieser geschlossenen Einrichtungen führt aber weder funktionell zu einer wünschenswerten Verdichtung noch zu einer Komposition, die ein einprägsames Ensemble ergeben könnte. Der Wohnungsbau beschränkt sich in der Kernstadt auf den schematischen Ersatz abbruchreifer Wohnbebauung und kann daher nicht überzeugen. Die Wohnbebauung südlich des Altstadtkerns (außer Anklamer Straße) zeigt im Massenaufbau und in der Einbeziehung der gesellschaftlichen Einrichtungen positive Ansätze. Es werden Vorschläge vermißt, in welcher Weise die vorhandenen Grünzonen für die Erholung und Freizeitbetätigung nutzbar gemacht werden können. Die vorgegebene Verkehrskonzeption wird im wesentlichen übernommen. Die Versorgung und Belieferung des Stadtkerns ist durch ein System von Zubringerstraßen gewährleistet. Es wird ein Fußgängerbereich vorgeschlagen, der sich vom Bahnhof durch den Einkaufsbereich im Altstadtkern bis zum Platz der Freiheit erstreckt und vom Platz der Freundschaft eine Verbindung zum Hafen vorsieht. Es ist jedoch nicht gelungen, diesen Fußgängerbereich erlebnisreich zu gestalten und ihm eine Qualität zu geben, die anziehend wirkt und das Kommunikationsbedürfnis einer Großstadt befriedigt.

Aus der Gesamtwertung und Empfehlung des Preisgerichtes:

■ Der Wettbewerb hat gezeigt, daß auch bei Beibehaltung des erhaltenswerten Strukturcharakters der Kernstadt dem Stadtzentrum ein neues Gepräge gegeben werden kann. Durch die Einbeziehung neuer gesellschaftlicher Funktionen, entsprechend der Vergrößerung der Stadt, und damit der erforderlichen Kommunikationsbereiche sind die vorhandenen Räume qualitativ und quantitativ städtebaukünstlerisch in hohem Grade aufwertbar.

Es ist notwendig, speziell die Fußgängerbereiche in ihrer Qualität wesentlich aufzubessern und in ihrem System so auszuweiten, daß die Vielzahl der neuen Funktionen im Stadtkern realisierbar gemacht und in jeder Hinsicht günstig erschlossen werden. Der Gedanke, in einer breiten Nord-Süd-Verbindung zu einer engen Kombination der wesentlichen Einrichtungen der Kultur, der Bildung, der Erholung und Entspannung und auch der Kaufeinrichtungen zu gelangen, sollte prinzipiell weiter verfolgt werden (1. Preis).

■ Es wird für zweckmäßig gehalten, einen Teil der neuen gesellschaftlichen Einrichtungen als Zentrumserweiterung am Platz der Freiheit in enger Verflechtung mit der Kernstadt einzuordnen. Der dadurch entstehende Erlebnisbereich sollte einen optischen Abschluß im Osten und eine organische Verbindung zu den bereits im Südosten im Bau befindlichen neuen Wohngebieten finden (2. Preis).

Zugleich sollte in Verbindung mit dem Nord-Süd-Durchbruch (1. Preis) der weiteren Entwicklung sowohl im Süden in Richtung Bahnhof als auch im Norden zum Hafen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da sich hier Ansatzpunkte für das zu erwartende weitere Anwachsen der Stadt bieten.

Die städtebaulich günstige Lage der „Fleischer-Vorstadt" bedarf für die Fußgängerbereiche einer Aufwertung durch günstige Verbindungen mit den neuen Wohngebieten. Im übrigen wird hinsichtlich der Strukturkonzeption auf die Beurteilung des ersten Preises verwiesen.

■ Der Gedanke, den Wohnungsbau in Konzentrationspunkten innerhalb der Altstadt sehr stark zusammenzufassen, sollte weiter verfolgt werden. Dabei ist der Wohnungsbau im Bereich des Platzes der Freiheit erst nach Abdeckung der gesellschaftlichen Funktionen in Erwägung zu ziehen.

Die Lage der zentralen Einrichtungen der Universität im historischen Standort ist für die Weiterbearbeitung zwingend. Es wird hier auf die Aussage des 3. Preisträgers hingewiesen, die sowohl in der Baukörpergruppierung als auch in der Einbeziehung der Hauptfußgängerbereiche bemerkenswerte Vorschläge enthält. Bei der Bearbeitung dieses wesentlichen Punktes ist die Mitarbeit der Universität unabdingbar.

Zum Wohnungsbau außerhalb des Zentrums bietet der 2. Ankauf die Anregung, eine enge Beziehung zu den Vorstädten herzustellen. Hier ist auch eine Tiefenstaffelung zu erreichen, um einen hohen Nutzungseffekt des Baugeländes am Rande der Kernstadt zu sichern.

Die vorgeschlagenen Wohnbautypen (Terrassen) sollten unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Einrichtungen in die Wohnbebauung weiter entwickelt werden. Die Wohnbautypen, die für die Kernstadt vorgeschlagen werden (3. Preis), sind unter den besonderen Bedingungen der vorhandenen Quartiere zu untersuchen. Prinzipiell sollte davon ausgegangen werden, im Zentrum und an dessen Rand eine hohe Wohnkonzentrationn herzustellen, um kurze Wege zu den zentralen Einrichtungen und Arbeitsstätten zu erreichen.

● Als optimaler Standort für das Centrum-Warenhaus wird der Platz der Freiheit, östlich der Marienkirche angesehen. Dabei sind besonders die Erschließung und die Anlagen für den ruhenden Verkehr ausreichend auszuweisen. Als Randbebauung der Verkehrskreuzungen sind die Hotels ungeeignet. Der Standort für das Interhotel wird im östlichen Zentrumsbereich im Anschluß an eine Kommunikationszone empfohlen.

Das Haus der Wissenschaften und Kultur sollte im östlichen Bereich des Kerns eine Höhendominante bilden. Die Kongreßhalle ist zweckmäßigerweise am Platz der Freiheit in guter Verbindung zum Fußgängerbereich einzuordnen (1. Preis). Für die Hauptbahnhofsanlagen wurde keine überzeugende Lösung angeboten. Die Beziehungen des Bahnhofes zur Gesamtkomposition an der Nahtstelle des Verkehrs und am alten Wall ist eine Hauptaufgabe der weiteren Planungsarbeiten, da der Schienenverkehr in Greifswald an Bedeutung gewinnt. Für den Containerverkehr ist an der Südseite des Hauptbahnhofes eine Anlage vorzusehen, deren Anbindung an die anderen Verkehrsarten besonders zu beachten ist.

■ Die vorhandenen Hauptgrünzüge sind zu erhalten und durch zusätzliche Freiflächen, die durch Entkernung und Rekonstruktion entstehen, zu erweitern und durch Mehrnutzung und Überlagerung von Funktionen zu aktivieren. Dem Großgrün (Baumpflanzungen) ist besondere Beachtung zu schenken (3. Ankauf).

■ Nach der Ausschreibung des Wettbewerbes wurden über die Entwicklung der Stadt neue präzisere Aussagen vorgelegt. Sie beziehen sich auf das Anwachsen der Bevölkerung und auf strukturbestimmende volkswirtschaftliche Aufgaben. Es sind also die Fragen der Flächennutzung und Stadtstruktur unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Stadt Greifswald zu einer Großstadt weiter zu untersuchen.

■ Ausgehend vom Prinzip der Konzentration der Kräfte und Mittel, wird empfohlen, im Zusammenhang mit der Zwischenlösung für den Verkehr als ersten Schwerpunkt die Umgestaltung des Platzes der Freiheit in Angriff zu nehmen. Hier sind nur die gesellschaftlichen Funktionen vorzusehen, für die im Stadtkern später ein Standort nicht zweckmäßig ist. Bei der Bebauung des Platzes der Freiheit ist grundsätzlich davon auszugehen, daß er den ersten Bauabschnitt für die Umgestaltung der Kernstadt darstellt und nicht isoliert neben dem Zentrum gesehen werden darf. Im umgestalteten Kernstadtgebiet ist die Einwohnerzahl zu erhalten oder zu erhöhen. Entsprechend ist der Wohnungsbau in dafür geeigneten Gebieten zu konzentrieren, besonders im nordöstlichen Bebauungsgebiet des Zentrums.

■ Der Wettbewerb zeigt, daß es möglich ist, auch die historische Altstadt den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Die historische Stadtsilhouette läßt sich nicht nur erhalten, sondern auch bereichern. Das Neue im Zentrum zeigt sich nicht nur in der zweckmäßigen Kombination von Funktionen und entsprechenden Erlebnisräumen, sondern auch in neuen Akzenten, die die Stadtsilhouette bereichern.

Die Spezifik des neuen städtebildenden Faktors sollte im Gebäude der Forschung prägnant und unverwechselbar repräsentiert werden und auch in der Stadtsilhouette unter Nutzung der topographischen Lage besonders zum Ausdruck kommen.

Hierbei sollte unter Einbeziehung neuer Höhendominanten in der Qualität von Bedeutungsträgern ein unverwechselbares sozialistisches Stadtbild geprägt werden.

Im Sinne einer Synthese von Städtebau, Architektur und bildender Kunst muß eine bildkünstlerische Konzeption entwickelt werden, die sich auf den Zentrumsbereich erstreckt und bestimmte Schwerpunkte betont. Der Wettbewerb hat trotz seines hohen Ideengehaltes in der Realisierung der Bauabschnitte und des Gesamtvorhabens keine eindeutige Aussage erbracht. Für die weitere Bearbeitung der ökonomischen, technischen und städtebaulichen Konzeption ist eine bessere Organisationsform als bisher erforderlich, um den komplexen kontinuierlichen Fortgang zu gewährleisten. Empfehlenswert wäre bei dem Umfang der Aufgaben die Bildung eines Büros für Stadtplanung unter Leitung des Stadtarchitekten.



Wettbewerb Innenstadt Waren (Müritz)

Aus der Ausschreibung

Die Stadt Waren (Müritz) ist eine Kreisstadt im Bezirk Neubrandenburg. Sie ist Hauptort des Erholungsgebietes Müritz-Seenpark. Gleichzeitig bildet sie den Mittelpunkt des Agrarkreises.

Auf Grund der günstigen Lage der Stadt am größten Binnensee unserer Republik wird sich in den kommenden Jahren die Stadt zu einem bedeutenden Erholungszentrum entwickeln. Die Stadt selbst soll nach Aussage des Generalbebauungsplanes des Bezirkes bis 1980 auf etwa 27 000 bis 30 000 Einwohner anwachsen, wobei der Zustrom der Urlauber bis auf 100 000 anwachsen wird.

Dieser Entwicklung entsprechend, sollen im Wettbewerbsgebiet, besonders an den Uferzonen der Seen, gesellschaftliche Einrichtungen untergebracht werden, die günstige Kur- und Erholungsmöglichkeiten bieten.

Das Zentrum muß zum kulturellen und politischen Mittelpunkt des gesamten Müritz-Seenparkes werden und darüber hinaus auf dem Gebiet des Erholungswesens beispielgebend für die Republik sein.

Das zukünftige Stadtzentrum der Kreisstadt Waren (Müritz) muß das Gesicht einer modernen, den sozialistischen Lebensgewohnheiten entsprechenden Kleinstadt tragen. Dabei müssen besondere städtebauliche Höhepunkte das Typische des Erholungsgebietes Müritz-Seenpark zum Ausdruck bringen. Die wesentlichen Merkmale der Beziehung Landschaft – Wasser müssen vom Stadtzentrum aus erkennbar sein, um jedem Besucher die reizvolle Umgebung zugänglich zu machen.

Es muß Wert darauf gelegt werden, daß die dem Zentrum zugeordneten Uferbereiche als Promenaden für die gesamte Bevölkerung nutzbar sind und so auch eine wesentliche Bereicherung für die Erholung der Bevölkerung unserer Stadt darstellen. Die Altbausubstanz der Stadt Waren befindet sich in einem äußerst schlechten baulichen Zustand.

Im Stadtkern befinden sich so gut wie keine Bauwerke, die hohen baukünstlerischen Wert besitzen. Neben den beiden Kirchen sind jedoch einige Bürgerhäuser aus dem 17. Jahrhundert sowie verschiedene Holzfachwerkbauten aus dem 18. Jahrhundert mit verhältnismäßig klarer und schöner Fassadengestaltung vorhanden. Diese Gebäude sollen nach Möglichkeit erhalten werden.

Aufgabe und Zielstellung des Ideenwettbewerbes soll sein, gemäß der Aufgabenstellung und des Zustandes der Bausubstanz Ideenvorschläge zu erhalten, die es gestatten, in drei bis vier Etappen im Rahmen der sozialistischen Rekonstruktion und Umgestaltung ein neues sozialistisches Stadtzentrum zu schaffen.

Die Rekonstruktionsetappen sollen in sich geschlossene städtebauliche Einheiten darstellen, gleichzeitig aber auch nach Abschluß der gesamten Umgestaltung ein harmonisch gestaltetes Stadtzentrum ergeben. Bei der Festlegung der Rekonstruktionsetappen ist im wesentlichen von der Bausubstanz, von den Baualtersgruppen und von den vorhandenen Erschließungseinrichtungen auszugehen.

Folgende Schwerpunkte sind zu beachten:

- Die Einwohnerdichte im Stadtzentrum soll auf mindestens 220 Einwohner je Hektar erhöht werden.
- Das gesamte Stadtzentrum soll verkehrstechnisch durch die neu zu schaffende Hauptverkehrsmagistrale (F 192) tangential erschlossen werden. Im Zentrum soll nur der notwendige Versorgungsverkehr vorgegeben werden.
- Im Zentrum sind alle Versorgungseinrichtungen unterzubringen, die sowohl Wohnbezirks- als auch gesamtstädtischen Charakter tragen. Ebenfalls müssen die Versorgungseinrichtungen, die zur Erfüllung der Versorgung des Urlauberverkehrs dienen, eingegliedert werden.
- Im Stadtzentrum sind die kulturellen Einrichtungen der Kreisstadt sowie die Verwaltungsbereiche der verschiedensten Betriebe und Institutionen unterzubringen.
- Die gegenwärtig im Zentrum ansässigen Handwerksbetriebe sind nach Möglichkeit dem Zentrum wieder zuzuordnen.
- Bei der Umgestaltung sind die Uferzonen der beiden angrenzenden Seen für die gesellschaftliche Nutzung freizuhalten.
- Vom Zentrum aus sind die Beziehungen zum Wasser herzustellen.
- Die vorhandene typische Fischermarktform ist zu erhalten und städtebaulich zu verbessern.

Aus dem Programm

Einwohnerdichte 220 EW/ha,
Einkaufsstätten (6000 m^2),
Hotelkapazität für 120 Betten,
ein Hotelrestaurant (120 Sitzplätze),
eine Großgaststätte (300 Sitzplätze),
eine Tanzbar (100 Sitzplätze),
eine Biergaststätte im Zentrum (80 Plätze),
ein Tagescafé (100 Sitzplätze),
eine Grillbar (40 Plätze) und
eine Spezialitätengaststätte für Süßwasserfische (40 Sitzplätze),
ein Kulturzentrum mit
Bücherei (80 000 Bände),
Kinderbibliothek,
Kulturhaus,
Volksmusikschule,
Mehrzwecksaal (600 Sitzplätze),
einem kleinen Festsaal (120 Plätze) und einer Ausstellungsfläche für die Zirkel des Volkskunstschaffens.

Speiseeinrichtung für 2000 Essenteilnehmer, Kreisgewerkschaftshaus als Verwaltungsgebäude (120 Arbeitsplätze),

Verwaltungsgebäude für die Deutsche Versicherungsanstalt (60 Arbeitsplätze),

Verwaltung des HO-Kreisbetriebes (120 Arbeitsplätze),

Gebäude für verschiedene gesellschaftliche Organisationen.

Die Verwaltungseinrichtungen sollten nach Möglichkeit in einem Verwaltungskomplex untergebracht werden.

Die an das Stadtzentrum angrenzenden Wasserflächen sind für Wassersportzwecke zu erschließen.

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Herr Dieter Kubanke,
Bürgermeister von Waren

Herr Alfred Hasse,
Vorsitzender des Rates des Kreises Waren

Herr Siegfried Klebba,
Erster Sekretär der Kreisleitung der SED, Waren

Herr Heinz Gentsch,
Stadtbaudirektor von Waren

Herr Rudi Voll,
Vorsitzender der Kreisplankommission, Waren

Herr Paul Schult,
Ortssekretär der SED in Waren

Prof. Hermann Henselmann,
Deutsche Bauakademie

Prof. Georg Funk,
Technische Universität Dresden

Herr Karl Kraus,
Bezirksarchitekt von Neubrandenburg

Dipl.-Ing. Moschell,
Direktor BDS, Neustrelitz

Herr Hans Ulrich Schulz,
Gartenarchitekt
Deutsche Bauakademie,
Institut für Städtebau

Herr Paul Peters,
Mitglied der Ständigen Kommission Bauwesen, Waren



1. Preis

Dipl.-Ing. Bodo Hoffmann
Gisela Hoffmann
Leipzig

Begründung des Preisgerichtes:

Den Verfassern ist es gelungen, aus den historischen Gegebenheiten heraus ein neues Stadtbild zu schaffen, welches unseren sozialistischen Lebensgewohnheiten entspricht und sich organisch in die Landschaft eingliedert. Der Marktbereich ist durch vielfältige gesellschaftliche Einrichtungen originell und erlebnisreich weiterentwickelt, wobei gute Beziehungen zu den Wasserflächen erreicht wurden. Besonders anerkennenswert sind die Fußgängerbereiche, die eine lebendige Kommunikation der Stadtbewohner ermöglichen. Die Rekonstruktion in mehreren Etappen ist leicht durchführbar. Ansprechend ist auch die Hangbebauung im südwestlichen Teil, während im östlichen und nördlichen Teil eine stärkere Gliederung angestrebt werden sollte. Sehr anerkennenswert ist der Vorschlag der Bebauung des östlich an das Zentrum anschließenden Gebietes. Die vorgesehene Verkehrsführung ist allerdings nicht durchführbar.



2. Preis

Dipl.-Ing. Jens Ebert
Dipl.-Ing. Rainer Deutloff
mgr. ing. Zdzislaw Dziedzinski
Gartenbauingenieur Klaus Beinert
Büro für Städtebau und Architektur
Halle-Neustadt

Begründung des Preisgerichtes:

Der Entwurf zeigt eine lebendige Gestaltung des gesellschaftlichen Zentrums am Markt, der zugleich eine gute Beziehung zum Tiefwarensee und zur Binnenmüritz aufweist. Überzeugend ist die Ufergestaltung mit Eingliederung der Stadthalle und der Großgaststätte. Die Großgaststätte erhält dadurch eine besondere Anziehungskraft. Das gesellschaftliche Zentrum, in dem auch Wohngebäude untergebracht sind, entspricht den Auffassungen eines sozialistischen Stadtbildes. Der Übergang vom Zentrum zu den anderen Stadtteilen ist architektonisch gut gelöst. Die Hangbebauung schmiegt sich gut dem Gelände an, während im Stadtinneren Teile der Bebauung einen mehr vorstädtischen (zu stark durchgrünten) Charakter zeigen.



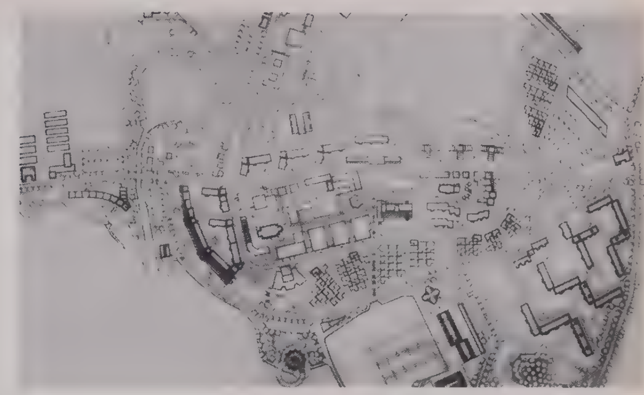


Prämie

Dipl.-Ing. Ingrid Bräuer
Dipl.-Ing. Michael Bräuer
Dresden

Begründung des Preisgerichtes:

In dieser Arbeit wurde besonders gut die Verbindung der Grünzone zwischen Müritz und Tiefwarensee sowie der Ausbau des Wasserweges herausgearbeitet. Der Vorschlag zeigt einige reizvolle Erlebnisbereiche und ist architektonisch und städtebaulich ansprechend gestaltet. Durch eine Zuordnung der Bebauung am Papenberg und am Kietz wurde das Zentrum organisch an die übrigen Stadtteile angeschlossen. Als ungünstig wurde es betrachtet, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen im Zentrum zu viel Raum beanspruchen und zu wenig Platz für Wohngebäude verbleibt. Außerdem ist aus ökonomischen Erwägungen die Bebauung des Südhanges mit ein- und zweigeschossigem Wohnungsbau nicht vertretbar. Die angedeutete Verkehrsführung über den Tiefwarensee ist nicht realisierbar.



Prämie

Dipl.-Ing. Dietrich Otto
Architekt Klaus-Arne Martin
Dipl.-Ing. Peter Baumbach
Dipl.-Ing. Ute Baumbach
Rostock

Begründung des Preisgerichtes:

Die Verfasser haben sich bemüht, die Neugestaltung des Stadtzentrums aus den topographischen Gegebenheiten zu entwickeln. Der Markt als gesellschaftlicher Mittelpunkt ist erhalten und gestalterisch weiterentwickelt. Die angestrebte Hangbebauung ist ansprechend, jedoch aus ökonomischen und bautechnischen Gründen nur schwer realisierbar. Die betont dichte Bebauung auf dem östlich des Tiefwarensees gelegenen Höhenrücken ist für eine Stadt von der Größe Warens nicht realisierbar. Die großflächigen Anlagen für Wassersportler an der Binnenmüritz schränken den allgemeinen Erholungscharakter zu stark ein. Auch fehlt eine städtebauliche Überleitung vom Stadtzentrum zum Gregoriusberg.







Prämie

Dipl.-Ing. Thomas Scheinpflug
Dipl.-Ing. Bernd Schirmer
Büro für Territorialplanung
Rostock



Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Der Vorschlag berücksichtigt weitgehend das vorhandene Straßennetz. Eine Rekonstruktion in Etappen wird dadurch sehr erleichtert. Die Verkehrsführung für Reichsbahn und Straße stellt eine brauchbare und realisierbare Lösung der Verkehrsprobleme der Stadt dar. Die gesellschaftspolitische Zielstellung ist in dieser Arbeit leider nicht genug berücksichtigt worden. Die geforderten gesellschaftlichen Bauten bilden kein geschlossenes Ensemble. Auch die nördliche Randbebauung ist unbefriedigend.

Nicht prämiiert

Architekt BDA Helmut Schmidt
Dipl.-Ing. Wilfried Apelt
Dipl.-Ing. Arnfried Metelka
Ingenieur Heinz Berendt
Dipl.-Ing. Rainer Helmke
Büro für Stadt- und Dorfplanung Neubrandenburg



Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Verfasser haben sich bemüht, der Altstadt ein völlig neues Gesicht zu geben, ohne aber die Größe der Stadt zu berücksichtigen. Durch die Vielzahl der Hochhäuser entsteht eine zu gewaltige und ungeordnete Silhouette. Die Anordnung eines zweiten, zur Binnenmüritz geöffneten Marktplatzes erschwert die Konzentration der gesellschaftlichen Begegnungen innerhalb des räumlich sehr begrenzten Zentrumsbereiches. Das Stadtzentrum wirkt völlig isoliert. Eine Beziehung zu anderen Stadtteilen wurde nicht erreicht. Das Ufer an der Binnenmüritz ist nicht als Erholungsbereich ausgebildet. Es fehlt eine überzeugende Eingliederung des Zentrums in den Landschaftsraum.







Nicht prämiiert

Dipl.-Ing. Dieter Bankert
Brigitte Kaiser
VE BMK Ingenieurhochbau Berlin

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Das Preisgericht konnte sich nicht davon überzeugen, daß die vorgeschlagene plastisch-monumentale Lösung für die Stadt Waren geeignet ist. Teilweise wurde eine zu engräumige Bebauung vorgenommen. Das Streben nach neuen modernen Formen darf nicht auf Kosten der Besonnung und Hygiene erfolgen. Es verbleibt zu wenig Raum für die gesellschaftliche Begegnung. Die Beziehungen zum Wasser sind nicht genügend berücksichtigt. Die vorgeschlagene Trasse für die Reichsbahn wird anerkannt. Die Führung der Fernverkehrsstraße an Stelle der vorhandenen Bahn ist jedoch abzulehnen, weil damit die Uferzone nicht zu einem Erholungsgebiet ausgebildet werden kann.



Nicht prämiiert

Dipl.-Ing. Friedrich Richter
Dipl.-Ing. Klaus-Jürgen Schöler
Magdeburg

Begründung des Preisgerichtes:

Die Verfasser haben sich um einen strukturell geschlossenen Stadtaufbau bemüht und einen vorteilhaften Übergang zu dem östlich anschließenden Wohngebiet erreicht. Die lebendige Ufergestaltung wird anerkannt. Die Verbindung zwischen Binnenmüritz und Tiefwarensee ist jedoch in dieser Form zu wenig durchgestaltet. Die schematische Anwendung der Terrassenhausbebauung im gesamten Stadtgebiet führt zur Monotonie und ist ökonomisch nicht vertretbar. Auch sind die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht in einem geschlossenen Erlebnisbereich zusammengefaßt.





Wettbewerb Stadtzentrum Bautzen

Dipl.-Ing. Hans-Günther Hartmann
Stadtarchitekt von Bautzen

Charakteristik der Stadt

Bautzen ist der politische und kulturelle Mittelpunkt der in der DDR lebenden sorbischen Bevölkerung. Als Kreisstadt und wegen seiner geographischen Lage wird es sich zu einem bedeutenden Siedlungskörper Ostsachsens entwickeln.

Der Prozeß der sozialistischen Umgestaltung des Stadtzentrums von Bautzen beruht auf einem langfristigen Programm, das weit über das Jahr 1980 hinausreicht. Die Stadt zählt gegenwärtig 44 000 Einwohner. Bis zum Jahre 1980 ist mit einer Steigerung auf 62 000 Einwohner zu rechnen.

Das Profil der Stadt wird vor allem durch Betriebe des Waggonbaus, des Landmaschinenbaus, des Schwer- und allgemeinen Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus und der Nachrichtentechnik geprägt.

Wegen der günstigen landschaftlichen Lage und seiner Eigenart als wertvolles städtebauliches Denkmal und Tor zur Lausitz gewinnt für Bautzen der Fremdenverkehr in Zukunft an Bedeutung. Auf die Attraktivität der Stadt wirkt sich auch die weitere Umgebung günstig aus. Bautzen liegt zwischen zwei Erholungsgebieten, dem Lausitzer Bergland im Süden und der Teich- und Heidelandschaft im Norden. An der künftigen Talsperre Burk wird ein neues Naherholungszentrum entstehen.

Grundsätze

Die erste Phase der Erarbeitung des Generalbebauungs- und des Generalverkehrsplanes der Stadt wurde abgeschlossen. Der Flächennutzungsplan des bereits von den Räten des Kreises und der Stadt bestätigten Generalbebauungsplanes sieht eine sinnvolle Beschränkung der räumlichen Ausdehnung des Stadtgebietes vor. Der Grundsatz, die Städte von innen nach außen zu bauen,

Fortsetzung auf Seite 113

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Herr Prof. Englberger
Direktor des Instituts für Wohn- und Gesellschaftsbauten an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Herr Dipl.-Päd. Mieth, 2. Sekretär der SED-Kreisleitung Bautzen

Herr Dipl.-Ing.-Ök. Ullmann, Vorsitzender des Rates des Kreises Bautzen

Herr Dipl.-Staatswiss. Urban, Bürgermeister der Stadt Bautzen

Herr Obering. Bock, Bezirksbaudirektor beim Rat des Bezirkes Dresden

Herr Ing. Berndt, Vorsitzender der Ständigen Kommission Bau- und Wohnungswesen beim Kreistag Bautzen

Herr Dipl.-Ing. Zuschke, Vorsitzender der Ständigen Kommission Bau- und Wohnungswesen der Stadtverordnetenversammlung Bautzen

Herr Prof. Dipl.-Arch. Wiel, Technische Universität Dresden

Herr Dr.-Ing. Nadler
Leiter des Instituts für Denkmalpflege – Außenstelle Dresden

Herr Dr.-Ing. Schlopsnies, Ministerium für Bauwesen

Herr Architekt Hänsch, 1. Stellv. der Bezirksgruppe des BDA Dresden

Herr Med.-Rat Oberarzt Dr. Böhm
Medizinische Akademie Dresden – Institut für Sozialhygiene

Herr Dipl.-Ing.-Ök. Zieschang, Direktor des VEB Waggonbau Bautzen

Herr Bonk, Bildhauer Bautzen

Herr Bauing. Kleinschmidt, Kreisbaudirektor Bautzen

Herr Bauing. Stübner, Stadtbaudirektor Bautzen

Herr Dipl.-Ing. Hartmann, Stadtarchitekt Stadtbauamt Bautzen

Herr Stadtrat Spank, Rat der Stadt Bautzen

Herr Dipl.-Ing. Hentschke, Architekt Bautzen

Herr Bauing. Kubitz, Techn. Leiter der Baufirma Löhnert & Röschke, Bautzen



1. Preis

Dipl.-Ing. Peter Gerlach
Dipl.-Ing. Rochus Schrammek
Dr.-Ing. Fritz Täger
Dipl.-Ing. Wolfgang Tillner
Städtebautechnikerin Jutta Weiße
Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Dresden

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

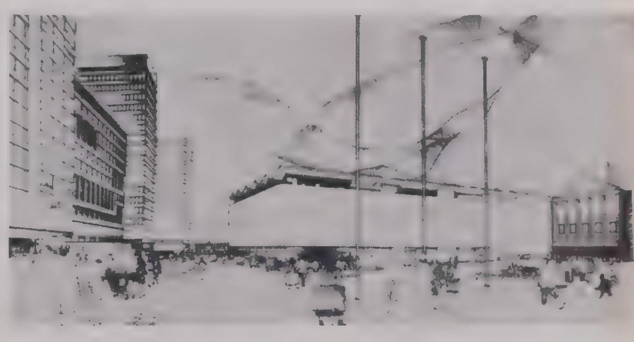
Die Fußgängerbereiche und Platzfolgen nehmen die traditionellen Fußgängerströme auf. So ist vom Bahnhof aus ein angenehmer Wechsel von kleineren und größeren Plätzen bis zum Zentrum konzipiert worden. An diesen Plätzen befindet sich eine Fülle gesellschaftlicher Einrichtungen, die diesen Fußgängerpassagen eine gesellige Begegnung bei Tag und in den Abendstunden sichert.

Der Akzent im Zentrum, der besser ein Verwaltungs- als ein Wohnhaus sein sollte, bietet eine Fülle guter Sichtbeziehungen.

Als besondes reizvoll wird die Eingangssituation in das Zentrum von der Friedensbrücke empfunden. Die transparent angelegte Sportanlage in Verbindung mit terrassenförmig angeordneten Einfamilienhäusern und der Anbindung der neuen Wasserkunst wird vom Preisgericht besonders anerkannt. Allerdings wirkt von der Friedensbrücke der Wohnblock vor der hohen Dominante zu einförmig und zu massig. Das beweist die dargestellte Silhouette.

Die Wohnbebauung hat eine gute Maßstäblichkeit und schafft eine Reihe intimer Höfe. Auch die Rundbebauung am Wall wird akzeptiert bis auf den Bereich nordöstlich der Post. Die Bebauungssituation an Bahnhof könnte noch eindeutiger sein, da der Fußgänger unmittelbar in die Fußgängerpassagen eingeführt wird. Die vorgeschlagene Abänderung des vorgegebenen Straßenhauptnetzes wird in Frage gestellt.











3. Preis

VE Ingenieurhochbaukombinat Pirna
Betrieb Projektierung Bautzen
Dipl.-Ing. Axel Magdeburg
Bauing. Eckhart Nagel





Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Der vom Verfasser gewählte Standort des zentralen Platzes ist im Prinzipz richtig.
Die Passage, die vom Bahnhof bis ins Zentrum führt, bedeutet nicht in allen Punkten eine gute Führung für den Fußgänger.
Die gewählte Dominante, ein achteckiges Hochhaus, bietet nicht die besten Sichtbeziehungen.
Die vorgeschlagene Wohnbebauung (häufig wiederholte Zeilenbebauung) trägt Siedlungscharakter.
Ungünstig beurteilt wird die Auflösung des Zentrumbereiches in Richtung Schilleranlagen.
Die gleichförmige Einordnung komplizierter Hochhäuser am Wall wird als unmaßstäblich empfunden.
Sehr liebenswürdig ist der Vorplatz vor dem Reichenturm mit der Einbeziehung der Liebfrauenkirche gestaltet.



3. Preis

Technische Universität Dresden
Sektion Architektur — Bauten der Wohngebiete
Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Blödow
Dipl.-Ing. Herbert Essmann
Dipl.-Ing. Wolfram Freudenstein
Dipl.-Ing. Erich Halmagyi



Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Die Vorzüge der Ausbildung des Zentrums an der Spreeseite ergeben sich aus seiner günstigen Beziehung zur Altstadt. Nachteilig ist, daß diese Haupterlebnisachse nicht die traditionellen Kommunikationen berücksichtigt. Die Spreeuferbebauung ist zu massig und fügt sich nicht in den historischen Bereich ein. Das Zentrum wird nicht durch eine Dominante hervorgehoben. Die Komposition der vorwiegend 8- bis 10geschossigen Wohnbebauung ist zu monoton. Die Gesamtkonzeption ist trotz günstiger Lage des Zentrums nicht zu realisieren, da die vorgesehene Führung des Verkehrs nicht den gesetzten Anforderungen entspricht.

3. Preis

Bauing. Eberhard Ehrlich
Bauing. Ludwig Gries
Bautechnikerin Gabriele Joel
Bautzen



Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Für den zentralen Platz des neuen Zentrums wurde ein günstiger Standort gewählt. Ihn durch eine Dominante besonders hervorzuheben ist im Prinzip richtig. Die sich hier ergebenden Sichtbeziehungen sid jedoch ungenügend.
Die Führung des Fußgängers vom Bahnhof ins Zentrum ist noch nicht ausreichend. Die Baumassen am Brückenkopf für das Warenhaus sind zu gewaltig und beeinträchtigen die Wirkung. Mit der vorgesehenen Wohnbebauung wird die angestrebte Einwohnerdichte nicht erreicht. Die Terrassenhausreihe wird abgelehnt.
Die feingliedrige Bebauung zum Spreeufer hin und die Anbindung der neuen Wasserkunst wird im allgemeinen den zu erwartenden Anforderungen gerecht.

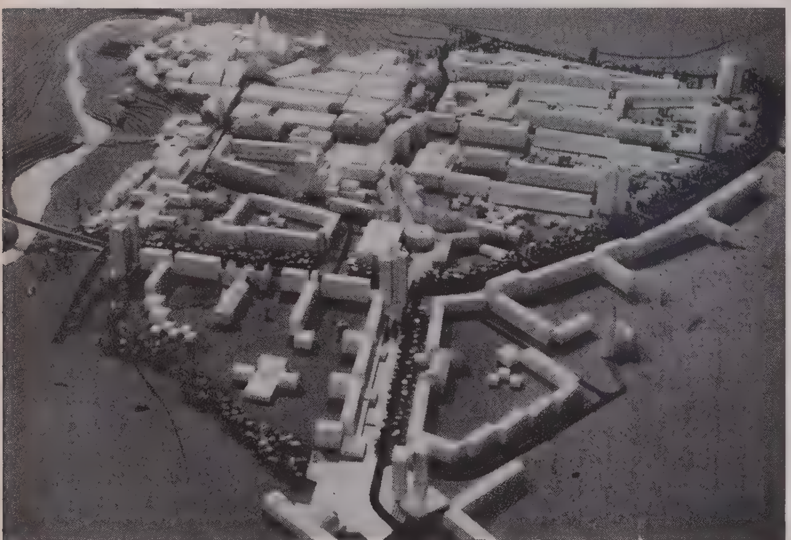


Ein Ankauf

Dipl.-Ing. Hans Lehmann
Kleinwelka

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Das Zentrum wird vor dem 13geschossigen Wohnblock und dem Theater angelegt. Die südliche Seite wird von drei achtgeschossigen Häusern und einer Fußgänger-Plattform, die als Tribüne benutzt werden kann, begrenzt.
Die Fußgängerbrücke in das kleine Zentrum vor dem Bahnhof überzeugt nicht. Die Führung des Fußgängers fällt zugleich mit einer Erschließungsstraße zusammen und ist nicht deutlich herausgearbeitet. Der zentrale Platz ist zu weiträumig konzipiert. Die gewählte Hochhausbebauung ist zwar sehr formenreich, vermag aber keine Räume zu bilden. Die durch die Doppelblocks am Wall gruppierten Wohnhäuser riegeln das Zentrum von der Gesamtstadt ab. Die Brückenkopfsituation wird positiv bewertet. Die Überbauung der Hauptverkehrsstraße ist in der gewählten Form nicht möglich. Die Verbindung der Wohnblocks mit gesellschaftlichen Einrichtungen wurde gewürdigt.
Die Verkehrslösung wurde günstig beurteilt. Komplizierte Knotenpunkte ergeben sich jedoch am Brückenkopf und am Postplatz. Die Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit insgesamt sind gewährleistet.

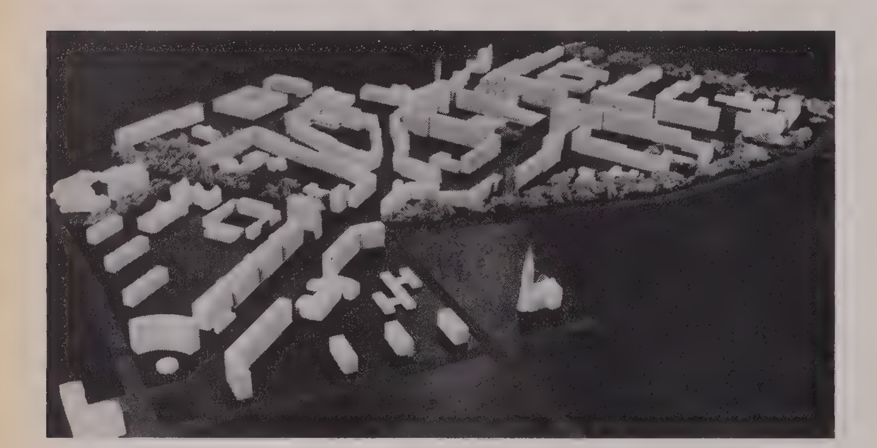


Ein Ankauf

Dipl.-Ing. Gert Gommlich
Dipl.-Ing. Eberhard Pfau
Dipl.-Ing. Peter Junghanß
Dresden

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Vom Bahnhof zum Zentrum wurde eine eindeutige Fußgängerpassage ausgebildet. Dieser Raum wird jedoch durch die geplante massige Baukörperform der Dominante blockiert. Vom Brückenkopf aus ist gleichfalls ein Fußgängerbereich ausgebildet, der am Theater vorbei in den Zentrumsbereich führt. Die Reduzierung auf 11 Geschosse führt dazu, daß der Baukörper mit größerer Breite den Platz begrenzt. Der vorgesehene Abriß der Friedensbrücke ist unreal. Die feingliedrige Bebauung am Spreehang mit der Einbeziehung der Neuen Wasserkunst und der differenzierten Eingangssituation ist anzuerkennen. Die in großräumigen Abständen am Wall gruppierten Hochhäuser beeinträchtigen die Wirkung der im Zentrum geplanten Dominanten. Die Wohnhausbebauung wird den gesetzten Anforderungen nicht gerecht. Die vorgesehene Führung der Verkehrsstraße im Zuge der jetzigen F 6 ist unwirtschaftlich und trägt nicht der gewünschten Stadtkomposition Rechnung.



Nicht prämiiert

Dipl.-Ing. Manfred Jäckel
Dipl.-Ing. Barbara Jäckel
Dipl.-Ing. Joachim Ludwig
Berlin

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Der richtige Standort des zentralen Platzes wird durch die vorgesehene Verkehrsführung beeinträchtigt. Der vorgegebene 13geschossige Experimentalbau erscheint im Gesamtgefüge isoliert. Die am Platz vorgesehenen gesellschaftlichen Einrichtungen sind ungenügend.
Der Zugang vom Bahnhof zum Zentrum ist mit Ausnahme des Bahnhofsplatzes eindeutig geführt, vermittelt aber wenig Erlebnisse.
Die Grünzone hätte in Verbindung mit der Hochhausbebauung günstigere Möglichkeiten für eine Begrenzung des Zentralbereiches geschaffen.
Die Gesamtlösung ist unbefriedigend.



Nicht prämiiert

Dipl.-Architekt Hannelore Wüstholz
Dipl.-Architekt Georg Wüstholz
Dipl.-Maler Johannes Wagner
Halle

Aus der Begründung des Preisgerichtes:

Der zentrale Platz ist zwar durchaus an der richtigen Stelle in das Gesamtgefüge eingeordnet, er bleibt aber völlig ungestaltet. Der 13geschossige Experimentalbau hat keine harmonische Beziehung zu seiner Umgebung.
Die Wohnhausbebauung entspricht nicht den Anforderungen einer sozialistischen Stadt. Die Arbeit bietet keine Anregungen für die weitere Bearbeitung.

Fortsetzung von Seite 108

hat besonders für Bautzen Bedeutung, da wertvolles, die Stadtgrenzen umgebendes Agrarland erhalten werden muß. Deshalb sind vor allem im innerstädtischen Bereich der Abbruch von baukünstlerisch wertlosen Gebieten mit überalteter und funktionsuntauglicher Bausubstanz und eine rationelle Neubebauung dieser Flächen vorgesehen. Somit ist die Umgestaltung des Zentrumsbereiches neben der vorgesehenen allgemeinen Neuordnung des gesamten Stadtorganismus eine der Hauptaufgaben des Generalbebauungsplanes.

Durch die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR wird das Herausbilden von neuen, den steigenden Bedürfnissen der sozialistischen Menschengemeinschaft gerecht werdenden Lebens- und Umweltbedingungen erforderlich. Daraus ergeben sich, entsprechend den in Bautzen gegebenen Spezifika modifiziert, folgende Grundsätze: Die Gestaltung der Innenstadt muß die Bereiche der Neubebauung des Wettbewerbgebietes und der historischen Altstadt zu einem einheitlichen sozialistischen Stadtzentrum vereinen. Es ist ein städtebauliches Gerüst zu entwickeln, das auch künftigen Veränderungen gegenüber flexibel bleibt.

Die Erhaltung und Rekonstruktion der denkmalgeschützten Altstadt wird der Forderung gerecht, das nationale Kulturerbe als Bestandteil unserer sozialistischen Nationalkultur zu wahren.

Durch Maßnahmen der Sanierung und Entkernung erfährt dieser Bereich unter Beibehaltung des vorhandenen städtebaulichen Maßstabes eine funktionelle und bauliche Aufwertung. Dabei ist das charakteristische Stadtbild mit seinen interessanten Platz- und Straßenräumen sowie erhaltenswerten Baudenkmälern im städtebaulichen und kulturgeschichtlichen Zusammenhang sichtbar zu machen.

Ein stadtnaher Grün- und Erholungsraum entlang dem Spreetal soll zur Verbesserung der Freizeit- und Naherholungsbedingungen gebildet und an die die Innenstadt umfassenden Wallanlagen angebunden werden. Diese Wallanlagen sind auch der Ausgangspunkt für die Durchgrünung der Innenstadt.

Eine politisch-ideologische Zielstellung und ein thematisches Leitbild zur bildkünstlerischen Gestaltung des Zentrumsbereichs mußten unter Einbeziehung der sorbischen Volkskunst erarbeitet werden. Im Zuge der Umgestaltung des Stadtzentrums sind Fahr- und Fußgängerverkehr sinnvoll zu trennen, wobei die Funktionsschwerpunkte des Zentrums mit einem System von zusammenhängenden Fußgängerbereichen zu verbinden sind.

Die Voraussetzung dafür bilden leistungsstarke Umgehungsstraßen. Von diesen führen Radialstraßen zur Aufnahme des Ziel- und Quellverkehrs an den äußeren Bereich des Zentrums. Von dort sind Stichstraßen zur Versorgung in die Innenstadt einzuführen.

Zielstellung des Wettbewerbes

Auf der Grundlage des Generalbebauungsplanes und einer Studie zum Generalverkehrsplan schrieb der Rat der Stadt Bautzen einen städtebaulichen Ideenwettbewerb aus, der am 1. September 1968 begann und mit dem 31. Januar 1969 endete.

Insgesamt beteiligten sich acht Kollektive, darunter drei Bautzener Arbeitsgruppen.

Nach sorgfältiger Prüfung aller eingereichten Entwürfe wurden unter Verzicht auf die Verteilung des zweiten Preises ein erster Preis, drei dritte Preise und zwei Ankäufe vergeben.

Das Wettbewerbsgebiet umfaßt bei einer Gesamtfläche von rund 60 ha einen Bereich, der im Norden und Osten von äußeren Wallanlagen, im Süden vom Gelände der Deutschen Reichsbahn und im Westen vom Spreetal begrenzt wird. Die historische Altstadt war nicht mit einbezogen, da für die Rekonstruktion dieses wertvollen städtebaulichen Denkmals eine besondere Bearbeitung vorgesehen ist.

Die Gebäude des Wettbewerbgebietes zeigen einen hohen physischen und moralischen Verschleiß der Bausubstanz. Auch in stadtbaukünstlerischer Hinsicht hat das gesamte Gebiete keine hohe Bedeutung. So ist nur die Erhaltung einiger denkmalgeschützter Bauwerke, der noch gut erhaltenen Wohnbauten der Karl-Marx-Straße, die einiger Schulgebäude und Neubauten aus der Zeit nach 1945 vorgesehen. Auf den zum Abbruch bestimmten Flächen war eine Neubebauung zu gestalten, die in ihrer stadtbaukünstlerischen Aussage den neuen Ideengehalt unserer Gesellschaftsordnung ausdrücken sollte. Diesem Ziel mußten die Ideenentwürfe zur stadtgestalterischen, städtebaulich-strukturellen und funktionellen Neuordnung des Zentrumsbereiches entsprechen. Besonderer Wert war dabei auf die Herausarbeitung der Wechselbeziehungen zwischen historischer Altstadt und den Ensembles der Neubebauung zu legen. Es sollte ein unverwechselbares Stadtbild entstehen, das Intimität, Originalität und Landschaftsbezogenheit widerspiegelt.

Ergebnisse des Wettbewerbes

Das Ergebnis des Wettbewerbes bestätigte und erweiterte vor allem durch den Lösungsvorschlag des 1. Preisträgers die bereits beim Rat der Stadt vorhandenen Vorstellungen zur neuen Zentrumsgestaltung. Einige Arbeiten zeigen originelle Gesamt- oder Teillösungen für die städtebauliche Gestaltung der Erlebnis- und Begegnungsbereiche. Das betrifft vor allem die gestalterische Behandlung der Nahtstellen zwischen historischer Altstadt und den neuen Ensembles des Wettbewerbsgebietes im Sinne eines einheitlichen sozialistischen Stadtzentrums sowie die Gestaltung des neuen Zuganges vom Bahnhof zum Stadtzentrum.

Gute Hinweise wurden für das Herausbilden von klaren zentrumsbildenden Funktionsbereichen und ihrer Verflechtung mit den vorgesehenen Fußgänger- und Erlebniszonen gegeben.

Kritisch muß bemerkt werden, daß in den Wettbewerbsarbeiten keine klare Aussage über die zweckmäßige Lösung des künftigen Verkehrssystems im Zentrumsbereich, vor allem in bezug auf den ruhenden Verkehr, getroffen wird. Die Erklärung ist darin zu finden, daß sich zum Zeitpunkt der Wettbewerbsausschreibung der Generalverkehrsplan der Stadt noch im Bearbeitungsstadium befand, so daß keine vollgültigen Unterlagen zum Themenkomplex Verkehr in die Ausschreibung einfließen konnten. Deshalb werden in den einzelnen Entwürfen verschiedene Möglichkeiten für die Anlage eines zentrumsnahen Tangentensystems zur Aufnahme des Ziel- und Quellverkehrs vorgeschlagen, die sich vornehmlich auf die beiden Trassen Friedensbrücke – Goschwitzstraße – Wallanlagen und Heilig-Geist-Brücke – Wallanlagen konzentrieren. Hier wird noch eine grundlegende Abstimmung mit den Ergebnissen des nunmehr vorliegenden Generalverkehrsplans erfolgen müssen.

In der Wettbewerbslösung des 1. Preises gelang es, die neu zu gestaltenden Ensembles des Wettbewerbsgebietes mit der historischen Altstadt zu einer gestalterischen und funktionellen Einheit in großzügiger Weise zu verbinden. Das städtebauliche Ordnungsprinzip des Altstadtbereiches mit seinen harmonischen räumlichen Gliederungen, den wechselnden Erlebnisabschnitten und der richtigen Einfügung der Dominanten wird im Wettbewerbsgebiet in moderner Formensprache interpretiert. Die gesellschaftlichen Hauptfunktionen (Kultur, Bildung, Verwaltung, Versorgung) werden in der entscheidenden Verbindungszone zwischen alt und neu eingeordnet, wobei als wesentlichste Ansatzpunkte die bestehenden Kaufstraßen des Altstadtbereiches dienen (Reichenstraße, Hauptmarkt, Innere Lauenstraße).

Einer Forderung der Ausschreibung, den gegenwärtig unbefriedigenden Zugang vom Bahnhof zum Zentrum städtebaulich und architektonisch neu zu fassen, kommt der 1. Preisträger durch das Anlegen eines neuen Straßenzuges westlich der Ernst-Thälmann-Straße/Karl-Marx-Straße nach. Diese Magistrale gliedert sich in mehrere geschlossene Erlebnisabschnitte. Entsprechend der Bedeutung dieser neuen, nur dem Fußgänger vorbehaltenen Achse sind hier funktionsreiche Ensembles mit Anziehungspunkten des Handels und der Gastronomie in großzügiger und plastisch-differenzierter Gestaltung angeordnet.

Die meisten Wettbewerbsentwürfe enthalten originelle Anregungen für die städtebaulich-architektonische Neufassung des Spreehanges entlang der Äußeren Lauenstraße. Der Steilhang wird unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Neuen Wasserkunst mit kleingliedrigen, die Maßstäbe der Altstadt in neuzeitliche Formensprache umsetzenden Terrassenhäusern bebaut. Damit findet die historische Stadtsilhouette im Bereich südlich der Friedensbrücke eine harmonische Ergänzung.

Große Bedeutung für die künftige Umgestaltung der Innenstadt haben einige Vorschläge, die mit Großwohneinheiten eine hohe Bevölkerungsdichte anstreben. Einer näheren Untersuchung bedürfen hierbei die Vorschläge, die auf dem historisch gewachsenen Stadtgrundriß aufbauen und Großwohneinheiten in Form eines weitgliedrigen Hochhausgürtels entlang den Wallanlagen vorsehen.

Auswertung des Wettbewerbes

Die prämiierten Wettbewerbsentwürfe wurden in einer repräsentativen Ausstellung zum 20. Jahrestag der DDR der Öffentlichkeit vorgestellt. Besondere Aussprachen über das Wettbewerbsergebnis wurden mit den Abgeordneten des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung, den Ständigen Kommissionen, den ehrenamtlichen Aktiven, mit Kollektiven aus Bautzener Betrieben und anderen Institutionen geführt. Unter den zahlreichen Besuchern befand sich auch Lotte Ulbricht, die Gattin des Staatsratsvorsitzenden und Ersten Sekretärs des ZK der SED. Alle wertvollen Hinweise und Vorschläge der Bevölkerung zur Umgestaltung des Stadtzentrums wurden abschließend zu einer gutachtlichen Stellungnahme zusammengefaßt. Sie dient mit den Empfehlungen des Preisgerichtes zur Vorbereitung der Entscheidungen des Rates und der Stadtverordnetenversammlung.

Realisierung

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Umgestaltung unterliegt seit Oktober 1968 der gesamte Zentrumsbereich bis zu seiner baulichen Inanspruchnahme einer grundsätzlichen Bausperre. Inzwischen wurde mit dem Bau eines siebengeschossigen Bettenhauses für das „Hotel Stadt Bautzen“ und einer dreizehngeschossigen Wohnhochhausscheibe am Platz der Roten Armee begonnen, die im Wettbewerb vorgegeben waren. Sie werden in ihrer städtebaulichen Wirkung und architektonischen Ausdrucksform den künftigen zentralen Bereich wesentlich mitbestimmen.

Mit der architektonischen und bühnentechnischen Neugestaltung des Deutsch-Sorbischen Volkstheaters am Platz der Roten Armee sowie dem zweigeschossigen Neubau eines Reisebüros am Reichenturm wird die begonnene Umgestaltung des Stadtzentrums weitergeführt.

Die städtebauliche Weiterbearbeitung des Plangebietes erfolgt auf der Grundlage des 1. Preises und der Beschlüsse des Rates und der Stadtverordnetenversammlung. Wertvolle Ideen anderer Preisträger sowie die Ergebnisse der Auswertung des Wettbewerbes fließen dabei mit ein. Die Effektivität des Vorhabens wird dadurch erhöht, daß das Kollektiv des 1. Preisträgers mit der Bearbeitung betraut wurde.

Höhere Effektivität städtebaulicher Wettbewerbe

Otto Englberger, Weimar

Die Vorstellungen über das „Wie" eines sozialistischen Zentrums liegen dichter beisammen als beim Ideensuchen vor drei oder vier Jahren. Mit qualifizierten Ausschreibungen wurden wichtige Vorbedingungen bereits soweit erfüllt, daß die Verfasser über die räumliche Organisation des Lebens im Zentrum besser informiert sind.

Die in der Ausschreibung geforderten gesellschaftlichen Einrichtungen reichten in allen Fällen aus, um die Fußgängerbereiche erlebnisreich zu gestalten.

■ Die Mehrzahl der Teilnehmer sieht zu Recht in der Gestaltung der Räume menschlicher Begegnungen die Hauptaufgabe.

Eine klare Differenzierung dieser Räume nach der Art ihrer materiellen und geistigen Funktionen ist jedoch noch nicht Allgemeingut.

Die Mehrzahl der Verfasser spürt jedoch, daß sich das Fußgängersystem möglichst mit den traditionellen Bewegungsströmen decken muß. Die besten Verfasser versäumen auch nicht, Eingangssituationen für die Fußgängerbereiche zu schaffen.

■ Für die im Zentrumsbereich geforderte Erhöhung der Einwohnerdichte bietet sich die Erhöhung der Geschoßzahlen nach den Rändern zu an. Das hat zugleich den Vorteil, daß der Ziel- und Quellverkehr nach dem Innern zu verdünnt wird.

Zur räumlichen Struktur der neuen Wohnquartiere sei gesagt, daß es viele Verfasser verstanden, ausgehend von der räumlichen Struktur der Altstadt, stufenweise zur heutigen räumlichen Struktur eines Wohnquartiers hin zu vermitteln. Überall, wo dieser notwendige Schritt kontrastreich und unvermittelt geschah, fanden solche Lösungen keine Zustimmung der Preisrichter. Die bessere Qualität der Begegnung zwischen alt und neu ist auch in verschiedenen Details ablesbar. Sie können unter anderem bei Baulückenschließungen, Anschlüssen und der Umfunktionierung historischer Bauten zum Ausdruck kommen.

■ Die harmonische Ergänzung der Stadtsilhouette mit neuen Wahrzeichen gelingt besser als früher. Freilich unterscheiden sich die Standorte der „Dominante" noch sehr durch die Anzahl der möglichen Sichtbeziehungen, die von 0 bis 5 gehen können.

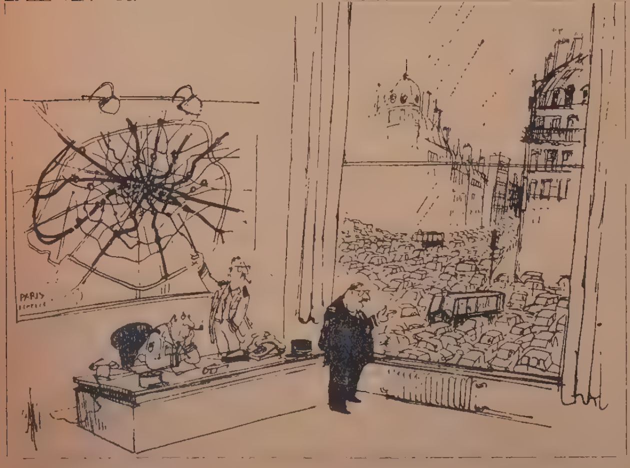
Wahrzeichen einer Stadt, die den zentralen Platz weithin sichtbar ankündigen, möchten auch von der Funktion her Bedeutung haben (Haus der Industrie, Haus des Lehrers), aber keine Wohnhaustürme sein, auch weil man dann in der unmittelbaren Umgebung kein Wohnmilieu schaffen kann.

■ Die in der Ausschreibung meist vorgegebenen Verkehrslösungen haben sich nicht immer als die optimalsten erwiesen. Sie sind unabhängig von der im Wettbewerb gesuchten Stadtstruktur entstanden. In der Wettbewerbspraxis wurde nachgewiesen, daß Abweichungen von der vorgegebenen Lösung nicht nur möglich, sondern sogar leistungsfähiger sind.

Unsicherheiten stecken in der Gestaltung, aber auch in der Beurteilung des Ziel- und Quellverkehrs und des ruhenden Verkehrs. Zwei Ebenen in den Wohnquartieren werden als utopisch angesehen, Hochgaragen an den Umgehungsstraßen sind neben ihren Kosten auch keine gestalterische Bereicherung des Zentrumsrandes, kurzum es fehlen wissenschaftlich begründete Empfehlungen.

Die oben veröffentlichten Gedanken sind die kurzgefaßten Thesen eines interessanten Vortrages, den Prof. Englberger am Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur hielt. Prof. Englberger, der sich selbst mit 14 Wettbewerben intensiv beschäftigte, betonte, daß die hieraus gewonnenen Verallgemeinerungen das Ergebnis einer spontanen Einmannarbeit sind und daß eine zielgerichtete, kollektive Auswertung aller in letzter Zeit durchgeführten städtebaulichen Wettbewerbe zu wertvollen Erkenntnissen führen könne.

red.



Freuen wir uns doch, meine Herren, schwere Verkehrsunfälle werden künftig völlig unmöglich sein „France Soir" Paris (Calvi)

Kritische Einschätzung

Werner Wolfram, Berlin

Dieser Beitrag stützt sich auf eine Untersuchung städtebaulicher Wettbewerbe zur Umgestaltung der Stadtzentren mittelgroßer Städte.

Es wurde davon ausgegangen, inwieweit die Wettbewerbsaufgabe und ihre Lösungen der allgemeinen Zielstellung einer sozialistischen Umgestaltung unserer Gebiete, Städte und Dörfer entsprechen und der notwendige Zusammenhang mit dem Generalbebauungs- und Generalverkehrsplan sichergestellt ist. Das bezieht sich vor allem darauf, wie einer neuen Stadtstruktur bereits Rechnung getragen wurde und wie eine sinnvolle Nutzung der Bausubstanz die Rekonstruktion beeinflussen kann.

Die Untersuchung basiert auf einer vergleichenden Betrachtung der Ausschreibungsunterlagen und Wettbewerbsergebnisse sowie auf Aussprachen mit Auslobern und Preisrichtern.

Allgemein beziehen sich die Wettbewerbsunterlagen auf Konzeptionen der Auslober zur Generalbebauungsplanung, jedoch mit unterschiedlicher Qualität.

Aus der Zielstellung und dem städtebaulichen Programm sind die Reife der Wettbewerbsunterlagen und ihre Grundlagen ersichtlich. Das eigentliche Wettbewerbsgebiet wird sehr unterschiedlich, teilweise recht willkürlich begrenzt. Die Ursache liegt in einer ungenügenden Darstellung der Gesamtzusammenhänge.

Allgemeine Forderungen in Ausschreibungen, wie „Die Funktionsbereiche der Innenstadt sind nach den Prinzipien des Städtebaus unter sozialistischen Bedingungen und den Erkenntnissen aus der Stadtanalyse zu ordnen und funktionstüchtig zu gestalten", sollten sich bereits in der Qualität der Ausschreibung widerspiegeln.

Bei den gegenwärtigen Ausschreibungen wird oft nicht ersichtlich, wie die vorhandene Substanz in die Umgestaltung mit einbezogen werden soll. So kann bei den Wettbewerbsteilnehmern der Eindruck entstehen, daß für das Wettbewerbsgebiet ausschließlich Neubau vorgesehen ist, was dann unbegründet Flächenabriß zur Folge haben kann. Es wird also zuwenig die Notwendigkeit zur Umgestaltung im Sinne einer prozeßhaften Erneuerung durch gleichzeitige Neubau-, Modernisierungs- und Erhaltungsmaßnahmen betont, was auch umfangreiche Abbrüche nicht auszuschließen braucht.

Es kommt aber darauf an, vorrangig auf ein tragfähiges Gerippe, auf eine neue Stadtstruktur zu gründen.

Trotz vieler Gemeinsamkeiten der Wettbewerbsunterlagen und Ergebnisse ist eine unmittelbare Vergleichbarkeit nicht möglich. Immerhin gestatten Vergleiche zum „städtebaulichen Programm" einen Einblick in die Auffassungen und Forderungen der Auslober. Das trifft besonders auf das Verhältnis von abzubrechenden und neu zu errichtenden Wohnungen zu. Der Vergleich läßt im Ergebnis erkennen, daß in Städten mit einer hohen Zuwachsrate an Einwohnern und den damit erforderlichen Wohnungen durch die Umgestaltung der alten Zentren nur ein geringer Teil des Bedarfes zu decken ist, zum Beispiel Schwerin und Plauen. Dort, wo sich ein neues Stadtzentrum bildet, wie in Riesa, ist die Bedarfsdeckung in jedem Falle besser gesichert.

Bei der vergleichenden Betrachtung der Wettbewerbsergebnisse für die verschiedensten Städte offenbaren sich die Auffassungen der Bearbeiter, eine bestimmte Qualität zeichnet sich ab. Nirgends läßt sich die Widersprüchlichkeit der zu lösenden Aufgabe so gut nachweisen wie an den Modellen.

Durch die ungenügende, für das Zentrum besonders wichtige Darstellung der größeren Zusammenhänge und die Vorgabe eines bereits zu detaillierten städtebaulichen Programms besteht die Gefahr, daß der Wettbewerb von Architekten zum Anlaß genommen wird, Vorstellungen zu entwickeln, die weit über die objektiv gegebenen Möglichkeiten hinaus gehen. Es ist dann Zufall, wenn sich die Bedingungen gerade erfüllen. Das ist vom städtebaulichen Standpunkt aus nicht zu vertreten, ebenso die Auffassung, das Wettbewerbsgebiet als eine geebnete Baufläche anzusehen und die im Planschema erdachten Kompositionen einfach einzufügen.

Auf Grund der unterschiedlichen und vielfach ungenügenden Darstellungen des Wettbewerbsgegenstandes im Zusammenhang mit der Stadtstruktur waren die Entscheidungen der Jury nicht immer einheitlich. Die Städte erhoffen als Auslober im Wettbewerbsergebnis eine Bestätigung ihrer Vorstellungen, die Empfehlungen ihrer zuständigen Büros für Städteplanung einbezogen, zu finden. Das gilt besonders für den Wohnungsbau, weil hier Ansatzpunkte für sofort einzuleitende Baumaßnahmen in den Umgestaltungsgebieten benötigt werden.

Nur in wenigen Fällen konnte jedoch das Ergebnis die Wünsche und Forderungen befriedigen, so in Riesa und Eisenach, wo durch die eindeutig gelöste Verkehrsführung sofort die in Aussicht genommenen Umgestaltungsgebiete und deren teilweise mit geringem Aufwand bebaubar zu machenden Flächen so abgegrenzt werden können, daß eine sich etappenweise vollziehende Umgestaltung, und zwar auch mit kleineren Programmen gesichert ist und die neu zu gestaltende Makrostruktur noch eine gewisse Verzögerung gestattet.

In diesen Fällen hat der Wettbewerb dazu beigetragen, für bald durchzuführende, tiefgreifende Veränderungen im Stadtgebilde die Voraussetzungen zu festigen. In vielen Fällen führte der Wettbewerb jedoch nicht zu konstruktiven Lösungen. Die Unsicherheit wurde erhöht, da die Verwirklichung der im Wettbewerb dargestellten Anforderungen, wegen des Mangels an Ausweichflächen mitbedingt, ungewöhnlich große Bauprogramme voraussetzt, und falls es zu einem Beginn kommen sollte, bedauerliche Zustände herbeiführen wird. Die begonnenen Vorhaben sind nicht sinnvoll zu Ende zu führen. Diese Gefahr hat der Wettbewerb nur bewußter gemacht. Die Wettbewerbe wurden in ihrer Effektivität auch noch erheblich beeinträchtigt durch

- unzureichende Zusammenarbeit mit der Territorialplanung
- Unklarheiten hinsichtlich möglicher oder erreichbarer Einwohner- und Bebauungsdichten
- noch nicht realisierbare kompositionelle und gestalterische Vorstellungen
- Arbeitsüberlastung der Büros für Städteplanung und durch
- den noch ungenügenden Vorlauf in der Verkehrsplanung.

Die Preisgerichte lobten mehrfach die Qualität der Ausschreibungsunterlagen, speziell die der Konzeptionen. Das kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die jeweils zu lösende Aufgabe bei ungenügenden Gesamtvorstellungen zur Stadtentwicklung viel zu detailliert gestellt wird. Von den Teilnehmern werden Lösungen erwartet, die sie bei ernster Durchdringung in Widersprüche verwickeln müssen. Denn es geht einmal um Leistungen der Generalbebauungsplanung und zum anderen um die spezielle Gestaltung des Stadtzentrums. So kommt es denn auch, daß die Aufgabenstellungen einer weiter gehenden, einem Fernziel entsprechenden Entwicklung zu wenig Spielraum geben.

Daraus sollten Konsequenzen gezogen werden. Die Lösung der Makrostrukturen muß unbedingt vorrangig behandelt werden. Wenn auch in einem Ideenwettbewerb der Phantasie kaum Grenzen gezogen sind, erscheint es doch ratsam, noch im Bereich des Realen zu bleiben. In dieser Hinsicht verfehlen viele Teilnehmer das Ziel. Die Ursache von Übertreibungen ist aber hauptsächlich im Fehlen bestimmter, auf Prinzipien beruhender Schemata für Auf- und Erschließung sowie Gliederung bei der Erarbeitung einer neuen Stadtstruktur (vor allem bei der Verkehrsplanung) und der ungenügenden Beachtung topographischer Gegebenheiten sowie elementarer Gestaltungsprinzipien zu suchen.

Ihre Mißachtung kommt zum Teil in den Wettbewerbsausschreibungen, noch mehr aber bei den Ergebnissen zum Ausdruck. Die in der Ausschreibung vorgegebenen Verkehrslösungen wurden bei den untersuchten Städten von den Bearbeitern zum Teil kritiklos übernommen oder unwesentlich verändert. Nur wenige prüften in Erkenntnis der grundsätzlichen Bedeutung diesen Aufgabenteil und empfahlen wesentlich bessere Lösungen. Damit ist der übergeordnete Charakter dieser Anlagen keineswegs schon als geklärt anzusehen, immerhin sind anzuweisende Prinzipien erkenntlich geworden.

Ähnlich verhält es sich mit der Gliederung der Stadt in Funktionsbereiche. Sie ist bei der Ausschreibung nirgends erkenntlich. So hat das Zentrum zwar gesamtstädtische Funktionen auszuüben, die Ausdehnung ist aber unbestimmt. Nicht wenige mittelgroße Städte vermitteln zur Zeit noch einen zusammenhängenden Eindruck. Die Bestimmtheit des alten Zentrums (zumeist mit dem Markt als Mittelpunkt, wo sich die alten Verkehrslinien kreuzten) ist aber für die Zukunft anzuzweifeln. Besonders hier zeigen sich die Schwächen der Wettbewerbe, man kann auch sagen, zeigt sich der Stand gegenwärtiger Planungen, weil sie im wesentlichen von Wohnungsbauprogrammen im Sinne von Konzentrationen und von der im Prinzip richtigen, aber oft falsch angewandten These des Bauens von innen nach außen getragen werden.

Der Bildung einer neuen tragenden Stadtstruktur wurde bisher unzureichende Beachtung geschenkt. So sicher wie in einem neuen Stadtzentrum viele Wohnungen gebaut werden, so sicher ist es auch, daß sich im Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution in diesem Bereich beachtliche Produktionsstätten entwickeln können. Dieser Gesichtspunkt wurde bisher nicht oder nur ungenügend berücksichtigt. Die Frage nach der funktionellen Gliederung ist sehr wichtig. Sie ist nicht von der Planung des neuen Stadtzentrums zu trennen, da hiervon auch die notwendigen Bindungen zum Ganzen abhängen. Schließlich kann bei den mittelgroßen Städten das Stadtzentrum nicht nur als ein Funktionsbegriff wie bei kleineren Städten angesehen werden. Es stellt in jedem Falle ein Element im Stadtgefüge dar und verlangt ihm gemäße gestalterische Lösungen.

Mit den bisher durchgeführten Wettbewerben wurde ein Teilziel zur sozialistischen Umgestaltung erreicht, mit dem Anregungen für die weiteren Planungsarbeiten gegeben wurden. Die positive Seite muß unbedingt in der Herausforderung der Architekten gesehen werden, aber auch in der zwingenden Aufgabe zur Darlegung von Forderungen und Vorstellungen bei den Auslobern und den verantwortlichen Planungsstellen. Die hohe Wettbewerbsbeteiligung ist als Zeichen großer Interessiertheit zu werten. Die Ergebnisse widerspiegeln in groben Zügen den gegenwärtigen Stand städtebaulicher gestalterischer Auffassungen. Inwieweit diese von den jeweiligen Preisgerichten getragen werden, kann aus den Urteilen allein nicht gefolgert werden, denn die Entscheidung muß von der gestellten Aufgabe ausgehen. Offensichtlich zeigen sich hier die Mängel der bisherigen Wettbewerbe, deren Ursachen vorstehend dargelegt wurden. Der zweite Schritt kann nicht vor dem ersten getan werden. Die Lösung der Aufgabe erfordert eine andere Art der Vorbereitung:

Für die meisten Städte geht es darum, Raum zu gewinnen. Das kann nur durch eine grundlegende planmäßige Veränderung der Stadtstruktur erreicht werden. Sie vollzieht sich zuerst als geistig-schöpferischer Prozeß, als ein Gestaltungsvorgang und ist im wesentlichen von den Architekten zu bewältigen, wobei die Wahrung der Gesamtzusammenhänge zu gewährleisten ist. Die Relation von Bestehendem und zu Veränderndem muß die Ausgangsbasis aller Überlegungen sein, die der städtebaulichen Planung zugrunde liegen. Hier gilt es, die Gesamtvorstellungen zu fixieren, sie anschaulich für jedermann verständlich zu machen und so den Boden für den etappenweisen Vollzug, für die Verwirklichung der Nahziele vorzubereiten. In den meisten Fällen ist die Umgestaltung zunächst einmal in Gang zu bringen.

Die Übereinstimmung gestalterischer Anforderungen und ökonomischer Möglichkeiten muß stets gesichert sein. Wollen und Können müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Das erfordert, daß die Stadt als homogener Organismus zu bewerten und zu behandeln ist.

Bei Beachtung dieser Voraussetzungen sind Wettbewerbe wichtige Beiträge für die weitere Entwicklung unserer Städte.

Mit der Veröffentlichung dieses Beitrages wird beabsichtigt, eine Diskussion einzuleiten, die zur weiteren Qualifizierung der Ausschreibungen und Wettbewerbsergebnisse beiträgt. red.

Rückkopplung vom Generalbebauungsplan des Bezirks zu den Generalbebauungsplänen der Städte

Oberingenieur Ernst Proske
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Die Bearbeitung und Fortschreibung des Generalbebauungplanes des Bezirks Halle ist in eine dritte Arbeitsphase eingetreten. In der ersten Arbeitsphase wurde schwerpunktmäßig auf Ergebnisse orientiert, die die Entwicklung der strukturbestimmenden Zweige und die komplexe sozialistische Rationalisierung für den Zeitraum bis 1970 betrafen (Stand: 30. Juni 1967). Die Effektivität dieser Planungsarbeit, die durch Beeinflussung der hohen Konzentration der Investitionen möglich wurde, und der erzielte niedrigste Bauaufwand führten zu einer vom Bezirksbauamt anerkannten Einsparung von 370 Millionen Mark. Der Schwerpunkt dieser Bearbeitungsstufe entsprach den zu diesem Zeitpunkt herangereiften Entscheidungen im Hinblick auf wesentliche Punkte der ökonomischen Hauptentwicklung des Bezirkes.

Die zweite Arbeitsphase des Generalbebauungsplanes des Bezirks, die in ihren Aussagen mit dem Erkenntnisstand vom 30. September 1969 abschließt, hatte sich vor allem mit der langfristigen Prognose befaßt. Es ging besonders um die Einschätzung der gebauten räumlichen Umwelt in ihrer Gesamtheit und in diesem Zusammenhang um die Bedeutung des überörtlichen Milieus für die Persönlichkeits- und Gemeinschaftsentwicklung im entwickelten System des Sozialismus.

In dieser Phase wurde der Generalbebauungsplan des Bezirks weiter qualifiziert. Das Schwergewicht lag bei der Erarbeitung eines städtebaulichen Angebotes für eine strategische Konzeption der prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes des Bezirks. Eine erste strategische Gesamtkonzeption liegt bereits im Entwurf vor. Sie basiert auf den Arbeitsergebnissen der Bezirksplankommission, denen des Büros für Territorialplanung und auf dem städtebaulichen Angebot zur Siedlungskonzeption vom Büro für Städtebau und Architektur. In einem Ratsbeschluß wurde die Hauptverantwortung der Bezirksplankommission für die prognostische Entwicklung des Siedlungsnetzes besonders hervorgehoben.

Der Rat des Bezirks beschloß im Februar 1969 einen „Prinzipnetzplan für die Bearbeitung der prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes des Bezirks Halle", in dem das Zusammenwirken aller beteiligten Institutionen geregelt wurde. Es geht hierbei um den Bezirkstag und seine ständige Kommission „Territoriale Planung", den Rat des Bezirks Halle, die Bezirksplankommission mit ihrem Büro für territoriale Planung, den Bezirksarchitekten und sein Büro für Städtebau und Architektur, das Bezirksbauamt und die Hauptplanträger sowie die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, den Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft des Bezirks und die in Frage kommenden Räte der Kreise und Städte. Damit wurde allen Stellen im Bezirk Halle klar, daß es ein besonderes „ländliches Siedlungsnetz" nicht gibt.

Seitdem die weiterentwickelte Fassung des Generalbebauungsplanes des Bezirks und ihr zur Zeit aktuellster Teil vorliegt, der aus dem städtebaulichen Angebot zum Siedlungsnetz besteht und die Gestaltung der Umwelt bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus zum Inhalt hat, geht es jetzt um das Anlaufen der Arbeiten am Generalbebauungsplan einer Stadt unter diesem Aspekt.

Dabei geht es vor allen Dingen darum, daß die wichtigsten Ausgangspunkte des Generalbebauungsplanes einer Stadt – Analyse des Stadtgebietes und des städtischen Umlands – weiträumiger erkannt werden müssen, nämlich unter dem Gesichtspunkt der prognostischen Siedlungskonzeption. Das erfordert ein gewisses Umdenken in der städtebaulichen Entwurfsbearbeitung. Das Ausmaß dieses Umdenkens wird deutlich, wenn man die zur Zeit im Bezirk vorhandenen 731 Städte und Gemeinden als Ausgangsbasis nimmt und den sich aus der Konzeption zur prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes ergebenden 65 Siedlungsschwerpunkten gegenübergestellt. Bei einer Einbeziehung der Ortsteile würde die bisherige Zersplitterung noch deutlicher werden.

Es geht um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen in den Städten und Gemeinden, auch in denen kein Wohnungsbau durchgeführt werden kann, aber doch eine entsprechende Versorgung abgesichert werden muß. Hier haben die Entwurfskollektive viele konstruktive, unterstützende Beiträge im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Dörfer" geleistet. Der Begriff „strategische Konzeption der prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes" umfaßt im komplexen Sinne also auch diese wichtige Seite des Reproduktionsprozesses, wobei aber künftig die gegebenen Mittel im Interesse aller Bürger auf besonders effektive Schwerpunkte konzentriert werden. Eine so angelegte Planung wird in engster Verbindung mit der sich weiterentwickelnden sozialistischen Demokratie realisiert werden.

Diese strategische Konzeption trägt auch im Interesse des Bauwesens und der Nutzer zur Konzentration im Wohnungsneubau bei. Damit werden auch günstige Voraussetzungen für eine Modernisierung unserer Altbausubstanz und bessere Möglichkeiten für eine Abstimmung mit dem Generalverkehrsplan des Bezirks geschaffen. Hier können nur einige vorteilhafte Aspekte dieser strategischen Planung erwähnt werden.

So hat sich beim Generalverkehrsplan des Bezirks gezeigt, daß es nicht lohnt, das zur Zeit klassifizierte Straßennetz im vollen Umfang zu modernisieren oder zu erhalten. Viele Kilometer des jetzt klassifizierten Straßennetzes werden auf betriebliche Funktionen, so für die landwirtschaftliche Produktion, zurückgestuft werden müssen. Wir haben hier eine Reihe von Rückkopplungen vom Generalbebauungsplan des Bezirks über den Generalverkehrsplan des Bezirks zum Generalbebauungsplan der Städte. Führen wir uns vor Augen, welche vielfältigen Überlegungen angestellt werden müssen, um das auf die prognostischen Siedlungsschwerpunkte orientierte und äußerst aufnahmefähig gestaltete neu klassifizierte Straßennetz des Bezirks an die

städtischen Hauptnetzstraßen richtig anzubinden und ihre Bebauung in Einklang mit der Stadtkomposition zu bringen. Es können auch nur auf dieser Grundlage die volkswirtschaftlich richtigen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Stadtgröße getroffen werden, von denen es unter anderem abhängt, ob ein Siedlungsschwerpunkt zum Beispiel fußläufig bleibt oder ob die Einführung von Massenverkehrsmitteln erforderlich ist und welche Massenverkehrsmittel einzusetzen sind.

Der Generalbebauungsplan des Bezirks trifft auch sehr wichtige Aussagen zum Generalbebauungsplan der Stadt hinsichtlich des Berufsverkehrs. So wird sich die Einordnung der Busbahnhöfe und ihre jeweilige Größenordnung in einer zur jetzigen Situation ganz gegenläufigen Tendenz entwickeln. Neben dem Berufsverkehr zum Siedlungsschwerpunkt, zum Beispiel einer Kreisstadt, der durchaus rückläufige Tendenzen aufweisen kann, wird es eine Aufwärtsentwicklung des Berufsverkehr vom Siedlungsschwerpunkt zu Industrieschwerpunkten und zu den im Kreisgebiet konzentrierten landwirtschaftlichen Produktionsstätten geben. Diese Entwicklungstendenz muß bei der städtebaulichen Gestaltung, speziell im Zusammenhang mit der Kommunikation im städtischen Bereich, unbedingt berücksichtigt werden. So wird auch aus dieser Sicht ein Neudurchdenken der städtebaulichen Konzeption im Zusammenhang der Kommunikation im städtischen Bereich notwendig.

Der Generalbebauungsplan muß auch zur maximalen Auslastung der in der Ballung konzentiert vorhandenen Fonds im Prognosezeitraum beitragen. Es handelt sich hier speziell um die Ballung Halle – Merseburg – Bitterfeld – Dessau. Es geht um entsprechende Rückschlüsse für die Generalbebauungspläne der Städte in diesem Ballungsraum. Sie führten bereits zu einer höheren Elastizität der Planung für Merseburg. Damit war es auch möglich, trotz Abschluß der ersten Planungsphase neue Forderungen an das Territorium im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Großforschungszentrums abzudecken.

Die Rückkopplung vom Generalbebauungsplan des Bezirks zu den Generalbebauungsplänen der Städte muß sich auch auf die prognostischen Überlegungen zur zweckmäßigsten Entwicklung der Industrieflächen in den Städten beziehen. Es geht dabei in erster Linie um die Effektivität der „territorialen Grundstruktur" und um die Erhöhung der vorhandenen Grundfonds der Industrie. Nutzbare Reserven sind in jedem städtischen Territorium vorhanden. Der Generalbebauungsplan des Bezirks hat darauf hinzuweisen, in welchen Städten mit geringstem Kostenaufwand der Baubedarf, der sich aus der Grundlinie der ökonomischen Entwicklung ergibt, abgedeckt werden kann.

Zur eigenverantwortlichen Prognosearbeit des Städtebaus im Generalbebauungsplan des Bezirks und den daraus abzuleitenden Schlußfolgerungen für den Generalbebauungsplan der Stadt gehören auch die Möglichkeiten der Kooperation nicht nur in der Produktionssphäre, sondern auch auf kommunaler Ebene. Vom Städtebau muß die Bildung von Arbeitsgemeinschaften in der Anlaufzeit der Generalbebauungspläne angeregt werden, denen Personen angehören, die auch überterritoriale Interessen vertreten, falls auf kommunaler Ebene keine geeigneten Vorstellungen entwickelt werden können. Das kann sich durchaus positiv auf die Entwicklung zum Gemeindeverband hin auswirken. Die Tätigkeit dieser Arbeitsgemeinschaften zur Erarbeitung des Generalbebauungsplanes einer Stadt und ihres Umlandes in prognostischer Sicht wird sich auch auf das effektivere Zusammenwirken der örtlichen Staatsorgane bei der langfristigen, planmäßigen und schrittweisen Vorbereitung der Entwicklung von Gemeindeverbänden positiv auswirken.

Ein großer Mangel ist zur Zeit noch die unzureichende Verflechtung zu Kostennormativen der Bauproduktion. Hier klafft auch eine Lücke im Hinblick auf entsprechende Vorgaben und Kennziffern. Es kann sich nicht jeder Bezirk ein eigenes Bild über die Verwendung des Nationaleinkommens in unserer Republik machen. Die Vorgaben für die Anteile mehrgeschossiger und vielgeschossiger Hochhäuser im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975 liegen zeitlich zu spät. Abgesehen von der dadurch ausgelösten fachlichen Mehrarbeit, wird die nicht nur von den Organen des Städtebaus geleistete Öffentlichkeitsarbeit in ihrem Wert sehr beeinträchtigt.

Die anzustrebende Qualität des Generalbebauungsplanes des Bezirks und die entsprechende Rückkopplung zu den Generalbebauungsplänen der Städte erfordern die Forcierung der langfristigen prognostischen Arbeit speziell auch in den Kreisen.

Der Rat des Bezirks Halle hat am 31. Juli 1969 eine diesem Ziel entsprechende Direktive erlassen, die unter Mitarbeit des Büros für Städtebau und Architektur entstand. Diese Direktive betrifft die Ausarbeitung von Konzeptionen für die prognostische Entwicklung von Siedlungsschwerpunkten und legt fest, daß als Grundlage für die prognostische Tätigkeit der Räte der Kreise und Städte von der Bezirksplankommission in Zusammenarbeit mit dem Büro für Städtebau und Architektur Vorgaben ausgearbeitet werden müssen. Diese Vorgaben sollen die Räte der Kreise und Städte in die Lage versetzen, die Entwicklungstendenzen der Gesellschaftsprognose des Bezirks und die darauf aufbauenden anderen Teilprognosen für ihre prognostische Tätigkeit nutzen zu können. Zu diesen Vorgaben gehören die „Grundtendenzen der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung der Siedlungsschwerpunkte unter Berücksichtigung ihres spezifischen Charakters in Übereinstimmung mit dem Generalbebauungsplan des Bezirks". Hier sollen unter anderem Aussagen über die Bauweise, den Anteil der vielgeschossigen Bebauung, die Erhaltung historisch wertvoller Bausubstanz und die Proportion zwischen Neubau, Abbruch und Modernisierung von Wohngebäuden gemacht werden.

Die Aussagen über die Bauweisen und der Anteil der vielgeschossigen Bebauung in prognostischer Sicht bereiten die größten Schwierigkeiten. Hier ist es Aufgabe des Städtebaus, von Grundermittlungen ausgehend, Impulse zu vermitteln. Entscheidend ist aber die Prognose des Wirtschaftszweiges Bauwesen. Hier ist im Bezirk die Situation noch völlig unbefriedigend. Die Arbeit an der Prognose des Bauwesens muß unter Leitung des Bezirksbauamtes zu Ergebnissen führen, die eindeutige Rückschlüsse auf mögliche Bauweisen im Generalbebauungsplan des Bezirks und der Städte zulassen.

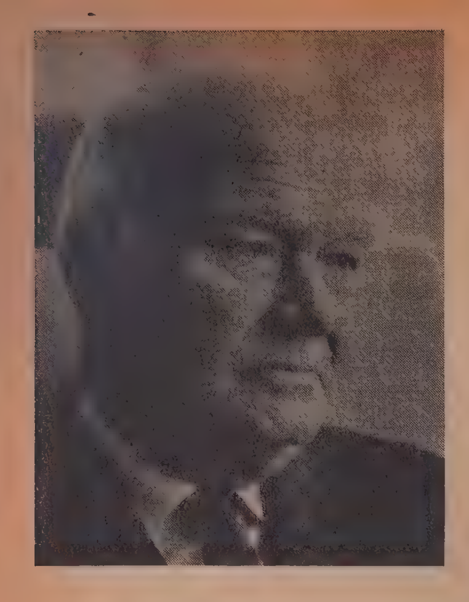
Gegenwärtig ist der Aufwand an Kapazitäten und Mitteln für die technologische Entwicklung auf Seiten der Bauausführung noch zu gering. Die Leitung für die Entwicklung ihrer Erzeugnisse muß in jedem Fall bei den Wohnungsbaukombinaten liegen. Dabei kommt es darauf an, die schöpferische Kraft der in den Kombinaten vorhandenen bautechnischen Projektierungskapazitäten bewußter für die notwendigen Entwicklungsarbeiten einzusetzen. Hier liegen die stärksten Potenzen für die Qualität der Prognose des Wirtschaftszweiges Bauwesen. Die hier gegebenen Möglichkeiten müssen voll genutzt werden.

Es muß einmal wiederholt werden, die Herausarbeitung der volkswirtschaftlich richtigen Relationen im Hinblick auf die Bauweisen im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Wohnformen in den Siedlungsschwerpunkten scheint zur Zeit die schwierigste, aber auch die wichtigste Aufgabe zu sein. Hier muß die Prognose des Wirtschaftszweiges Bauwesen mehr an Aussagekraft gewinnen.

Wir erwarten, daß die Anwendung mathematischer Methoden in der Prognosearbeit des Wirtschaftszweiges Bauwesen und in der Generalbebauungsplanung des Bezirks und der Städte uns die Möglichkeit gibt, wissenschaftlich-technische Entwicklungstendenzen exakter einzuschätzen. Eine größere Anzahl von Variantenberechnungen wird uns in die Lage versetzen, eine optimale Grundvariante herauszukristallisieren.

Erste Schritte als Ansatzpunkte für eine solche Entwicklung sind im Büro für Städtebau und Architektur des Bezirks Halle unternommen worden. Durch eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft wurde eine Studie „System Territoriale Datenbank" erarbeitet. Damit wurde ein Instrument geschaffen, das der Rationalisierung der Planungsprozesse und der Qualitätssteigerung der städtebaulichen und territorialen Planung dienen kann.

Damit ist auch das Ziel der jetzt beginnenden dritten Arbeitsphase am Generalbebauungsplan des Bezirks Halle umrissen und der Schwerpunkt der Arbeit für das Jahr 1970 abgesteckt. Es geht um die Rückkopplung der zur Zeit vorliegenden prognostischen Erkenntnisse speziell im Hinblick auf die Siedlungsstruktur und die sich daraus ergebenden Vorhaben im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975, die vom progressiven Strukturwandel unserer Volkswirtschaft bestimmt werden. Unser Ziel ist, dabei eine hohe Effektivität der Planungsarbeit zu erreichen.





1 Reiseskizze von Hanns Hopp

2 Schaubild von der Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig

3 Skizze von Hanns Hopp zum Kulturhaus in Bad Berka

4 Kulturhaus des Sanatoriums in Bad Berka

Hanns Hopp zum 80. Geburtstag

am 9. Februar 1970

Mit besonderer Freude grüßen wir, die Mitglieder und Mitarbeiter der Deutschen Bauakademie, unseren Genossen und Kollegen Professor Hanns Hopp zu seinem 80. Geburtstag. Seit dem Beginn seiner Tätigkeit als selbständiger Architekt im ehemaligen Königsberg nach dem ersten Weltkrieg stand er stets auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts. Schon 1923 wurde er auf Grund seiner Bauten für die Königsberger Messe als einer der ersten deutschen Architekten in die Sowjetunion eingeladen. Vor allem hat er sich nach 1945 stets mit seiner Kraft für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der Architektur eingesetzt. Er half mit bedeutenden Werken, darunter mit seinen Bauten an der Karl-Marx-Allee, die Grundsätze der sozialistischen Architektur und des Städtebaus durchzusetzen.

Hanns Hopp trat für die Entwicklung einer neuen Entwurfspraxis auf der Grundlage leistungsfähiger Projektierungsbetriebe und damit für die der sozialistischen Gesellschaft gemäße kollektive Arbeitsweise des Architekten ein. Er ließ sich von den ersten schwierigen und noch unvollkommenen Anfängen des industriellen Bauens nicht beirren, sondern förderte mit aller Kraft in Theorie und Praxis das Neue, das sich seit den fünfziger Jahren zur entscheidenden Grundlage unserer sozialistischen Architektur entwickelt hat. Mit seiner reichen Erfahrung und seinem sicheren Urteil leitete er den Bund Deutscher Architekten als sein erster Präsident und nimmt heute als Ehrenpräsident noch immer an seiner Entwicklung aktiv teil. Er wirkte bei vielen Wettbewerbsentscheidungen, vor allem aber bei den Tagungen der Deutschen Bauakademie und bei großen Baukonferenzen mit und vertrat die Architektenschaft der DDR mit Erfolg in der UIA und bei anderen Anlässen im Ausland.

Hanns Hopp hat sich stets für den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat eingesetzt und sich damit bleibende Achtung und Verehrung erworben. Für seine großen Leistungen wurde er von unserem Staat mit dem Nationalpreis und dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber ausgezeichnet. Wir danken ihm für sein reiches, vielfältiges Schaffen und für den fortschrittlichen Geist, der seinem ganzen Leben Gehalt und Profil gegeben hat. Wir wünschen ihm auch künftig die gleiche Spannkraft, die er sich bisher bewahren konnte, und weitere glückliche Lebensjahre.

Professor Dipl.-Ing. Heynisch
Präsident der Deutschen Bauakademie

2



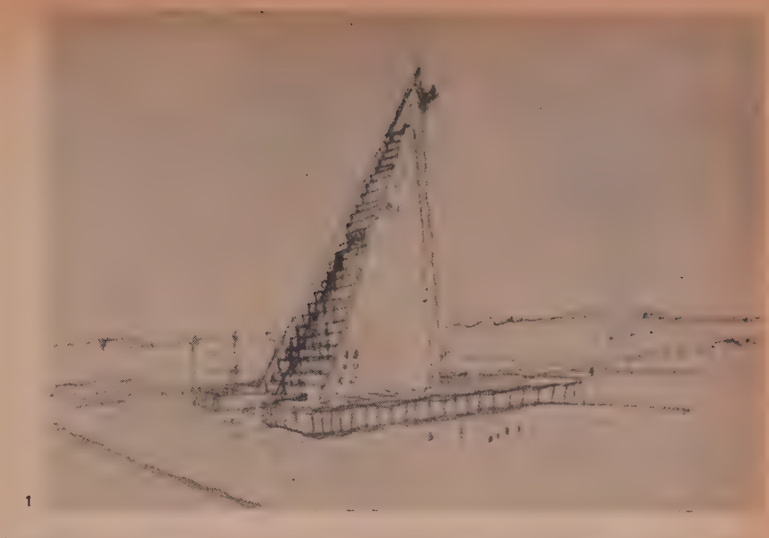


3



4





1

Hermann Henselmann zum 65. Geburtstag

am 3. Februar 1970

1 Skizze für die Gestaltung des Hauses der Wissenschaft und Kultur in Rostock (1968)

2 Studie zum Stadtzentrum von Plauen (1969)

Hermann Henselmann gehört zu den erfolgreichsten Architekten unserer Republik. Seine ideenreichen und progressiven Arbeiten zur Entwicklung einer sozialistischen Architektur haben ihm internationale Anerkennung gebracht. Er schuf Bauwerke und Ensembles, die zu den besten Leistungen des architektonischen Schaffens in unserem Staat gehören.

Nach erfolgreichem Wirken in Praxis, Lehre und Forschung widmet er sich seit einigen Jahren als Leiter der Experimentalwerkstatt und Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie besonders den Problemen der sozialistischen Stadtgestalt.

In dieser Zeit hat er in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber, mit Architekten, Ingenieuren und bildenden Künstlern eine Reihe von Beispielen für die sozialistische Umgestaltung wichtiger Städte unserer Republik erarbeitet.

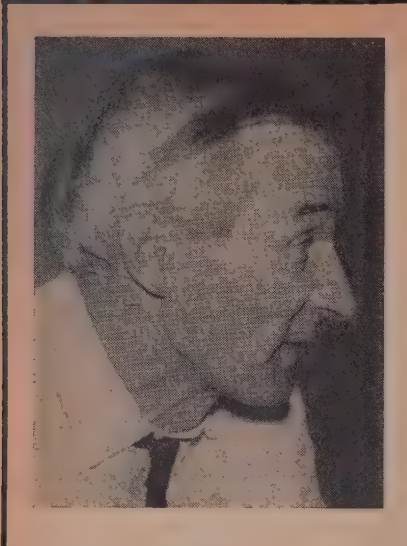
Diese Vorschläge enthalten Anregungen für neue Technologien und Bauweisen, und sie berücksichtigen die prognostische Entwicklung des Bauwesens unter Einbeziehung benachbarter Wissensgebiete. Seine auf den Entwicklungsprozeß der sozialistischen Gesellschaft orientierten Arbeiten und seine Bemühungen im Interesse einer neuen Qualität der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Auftraggeber, Vertretern der Bauproduktion und Architekten sind wesentliche Beiträge zur sozialistischen Umgestaltung unserer Städte. Mit diesen Arbeiten ist es Hermann Henselmann in Durchführung der Beschlüsse der Partei und Staatsführung gelungen, eine neue Qualität bei der Gestaltung unserer Städte zu erzielen.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt Hermann Henselmann der Erziehung und Ausbildung der studentischen Jugend im Rahmen des Ingenieurpraktikums, indem er in Vorlesungen und Streitgesprächen aktuelle Probleme der Architektur erläutert und im Zusammenhang mit ihrer gesellschaftlichen Zielstellung zur Diskussion stellt. Damit leistet er im Sinne der Hochschulreform einen lebendigen und praxisverbundenen Beitrag zur Ausbildung der Architekturstudenten an den Hochschulen.

Hermann Henselmann ist stets bestrebt, seinen marxistischen Standpunkt mit der fachlichen Arbeit zu verbinden, was durch eine Vielzahl seiner Publikationen und Vorträge unterstrichen wird. Seine Arbeitsergebnisse sind Ergebnis komplexen Denkens und Wirkens.

Im Auftrag des Präsidiums der Deutschen Bauakademie danke ich Professor Hermann Henselmann für sein einflußreiches Wirken im Interesse der Entwicklung unserer sozialistischen Architektur und wünsche ihm Gesundheit und noch viele Jahre erfolgreichen Schaffens.

Professor Dipl.-Ing. Heynisch
Präsident der Deutschen Bauakademie



Walter Stiebitz †

Nach langer, schwerer Krankheit ist am 22. 12. 1969 der langjährige verdiente Mitarbeiter der Redaktion „deutsche architektur“, unser Parteisekretär im VEB Verlag für Bauwesen, Diplomwirtschaftler Walter Stiebitz, verstorben.

Walter Stiebitz, der mehr als ein Jahrzehnt die Zeitschrift „deutsche architektur“ mitgestaltet hat, stand seit seiner Jugend in den Reihen der fortschrittlichen Arbeiterbewegung und ist auch in den schweren Jahren des Faschismus und des Krieges seinen Idealen verbunden geblieben.

Nach der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus gehörte er zu jenen ersten Aktivisten, die mit großem Verantwortungsbewußtsein daran gingen, einen neuen, demokratischen und friedliebenden Staat aufzubauen. Die Entwicklung unserer Republik bestimmte auch seinen Weg. Der Buchdrucker wurde Journalist. Ob als Hauptredakteur der „Täglichen Rundschau“ oder als stellvertretender Chefredakteur der „deutschen architektur“, immer stand er fest im politischen Leben, immer stand er dort, wo es um das Überzeugen, das Gewinnen der Menschen für den Sozialismus ging. Für dieses Ziel hat er aufopferungsvoll und unermüdlich, ohne sich zu schonen, viele Jahre seines Lebens Tag für Tag seine ganze Kraft hingegeben.

Für seine besonderen Verdienste wurde ihm 1955 die „Ernst-Moritz-Arndt-Medaille“ verliehen. Mehrmals wurde er als Aktivist und mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“ geehrt.

Für uns war Walter Stiebitz nicht nur ein von tiefer humanistischer Bildung durchdrungener, mit enormen Kenntnissen und reichen Erfahrungen ausgestatteter Mitarbeiter, sondern vor allem ein guter, jederzeit hilfsbereiter Kollege und zuverlässiger Ratgeber. Wir haben in ihm einen Menschen verloren, der uns durch seine persönliche Bescheidenheit, Aufrichtigkeit und außerordentliche Gewissenhaftigkeit in der Arbeit ein Vorbild war.

Wir werden ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Redaktion „deutsche architektur“

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Professor Hermann Henselmann, Berlin,
3. Februar 1905, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Günther Münch, Plauen,
6. Februar 1920, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Gartenbauinspektor Günter Wuttke, Erfurt,
6. Februar 1915, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Gerhard Haubenreißer, Gotha,
7. Februar 1910, zum 60. Geburtsag

Architekt BDA Bauing. Rudolf Raschig, Mittelbach,
7. Februar 1905, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Konrad Brendler, Dresden,
9. Februar 1895, zum 75. Geburtstag

Architekt BDA Professor Hanns Hopp, Berlin,
9. Februar 1890, zum 80. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Karl Menzel, Berlin,
9. Februar 1910, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Rudolf Wehner, Leipzig,
9. Februar 1920, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Hanns Galke, Beeskow,
13. Februar 1910, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Heinrich Seidel, Dresden,
14. Februar 1910, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Friedrich Gloger, Halle,
18. Februar 1905, zum 65. Geburstag

Architekt BDA Dr.-Ing. Alfred Tischer, Lohmen,
21. Februar 1884, zum 86. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Heinz Mersiowsky, Dresden,
23. Februar 1915, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Otto Merwitz, Dresden,
24. Februar 1920, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Siegfried Pluta, Leipzig,
24. Februar 1920, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Hugo Schöpfel, Erfurt,
24. Februar 1895, zum 75. Geburtstag

Zentrale Ausstellung „Architektur und Bildende Kunst“

Stätte internationalen Erfahrungsaustausches

Im November 1969 kamen 36 Architekten aus 22 Ländern, begleitet von Herrn H. J. von Hunnik und zwei weiteren wissenschaftlichen Mitarbeitern des Bouwcentrums in Rotterdam, nach Berlin.

Das große Interesse der internationalen Fachwelt veranlaßte das Bouwcentrum in den 14. International Course on Housing, Planning and Building, einen ganztägigen Besuch dieser Ausstellung aufzunehmen.

Mit dem vielseitigen Angebot der Ausstellung, 30 große Modelle (von Stadtzentren bis zu einzelnen Bauwerken), 120 Farbgroßdias, über 250 Großfotos neuer Bauwerke sowie 60 Entwürfe und Modelle baugebundener Kunst, konnte dem Wunsch des Bouwcentrums, Studien an konkreten und aktuellen Projekten durchführen zu wollen, entsprochen werden.

Im Anschluß an einen Einführungsvortrag von Dr. P. Schlopsnies, Ministerium für Bauwesen, entwickelte sich ein reger Meinungsaustausch, bei dem sich die Gäste vor allem für die Planmäßigkeit des Aufbaus in der DDR, die Verbindung von Aufbau und sozialistischer Demokratie, Probleme der Rekonstruktion in einem dichtbesiedelten Land und die Industrialisierung des Bauens interessierten. Die Teilnehmer des Lehrgangs waren davon beeindruckt, daß die hier vorgestellten Projekte als Bestandteil einer komplexen Planung bereits realisiert werden und zum Teil schon das Bild unserer Städte mitbestimmen.

Gäste, die unter anderem aus Mexiko, Pakistan und der VAR vor 4 bis 5 Jahren in der DDR waren, brachten ihre Bewunderung für die bereits jetzt schon erzielten Erfolge zum Ausdruck. Sie unterstrichen übereinstimmend die große Bedeutung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen Städtebau, wie er in der DDR entwickelt wird. Sie sahen, zu welch großartigen Leistungen Architekten fähig sind, wenn durch die gesellschaftliche Entwicklung solche Schwierigkeiten, wie Bodenspekulation oder unzureichende Planung und Finanzierung, aus dem Wege geräumt sind. In dem ersten sozialistischen Staat deutscher Nation brauchen sich die Architekten nicht mehr auf futuristische Projekte, Fragment- oder Inselplanungen zu beschränken, sie können bereits ihre schöpferischen Fähigkeiten uneingeschränkt zum Vorteil aller Bürger nutzen.

Die Mehrzahl der Kursusteilnehmer kam aus den jungen Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, oft von den Regierungen ihrer Länder delegiert, damit sie internationale Erfahrungen beim eigenen Aufbauprogramm verwerten können. Diese Gäste waren besonders an den konkreten Beziehungen von gesellschaftlicher Entwicklung und Städtebau in der DDR interessiert. Hierbei erregte vor allem der Umstand ihre Aufmerksamkeit, daß alle Perspektivvorhaben aus der prognostischen Entwicklung der Gesellschaft abgeleitet werden.

In einer abschließenden Aussprache brachten die Teilnehmer dieses Lehrgangs die Überzeugung zum Ausdruck, daß auch der weitere Aufbau der Stadtzentren zu interessanten und abwechslungsreichen Lösungen führen wird. Besonders positiv wurde die Gestaltung der Dominanten der größten Städte beurteilt. Hervorgehoben wurde auch, daß es in der DDR gelang, bei der architektonischen Gestaltung des industriellen Bauens neue Maßstäbe zu setzen. Die hier erzielten Leistungen waren ihnen nicht bekannt gewesen. Die Gäste waren auch einmütig der Auffassung, daß in der DDR ein gangbarer Weg für die Synthese von Architektur und bildender Kunst gefunden wurde. Der Ausstellungskatalog und das Heft „bildende Kunst + Architektur“ der Schriftenreihe der Deutschen Bauinformation wurden in das Lehrmaterial des Bouwcentrums aufgenommen. Dieser für sie bisher einmaligen Lehrschau, so erklärten die Gäste, würden sie viele wertvolle Anregungen für ihre weitere Arbeit verdanken.

Neben dieser repräsentativen Gruppe besuchten Fachleute und Studenten aus vielen Ländern (unter anderem alle Studenten eines Semesters für Landesplanung und Städtebau der Universität Stockholm) die Ausstellung, die so zu einem international stark beachteten Ereignis wurde. Martin Wimmer

Hochschulnachrichten

Technische Universität Dresden Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen Sektion Architektur

Ernennungen und Berufungen

Mit Wirkung vom 1. 9. 1969 wurden vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen zum Hochschuldozenten berufen:

Dipl.-Bildhauer Helmut Heinze,
Fachgebiet Grundlagen der Gestaltung für Architekten

Dr.-Ing. Kurt Milde,
Fachgebiet Theorie und Geschichte der Architektur

Dissertationen

Dipl.-Ing. Michael Ziege 4. 7. 1969
„Beiträge zur Entwicklung offener Baustrukturen“
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel
Prof. Dipl.-Arch. Wiel

Dipl.-Ing. Claudia Schrader 25. 7. 1969
„Allgemeinbildende Einrichtungen für die Erziehung und Bildung geschädigter Kinder und Jugendlicher im Alter von 6 bis 18 Jahren“
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel
Prof. Becker, Berlin

Dipl.-Ing. Hermann Krüger 17. 10. 1969
„Die museale Adaption des Baudenkmals“
Gutachter:
Prof. (em.) Dipl.-Ing. Göpfert
Prof. (em.) Dr.-Ing. E. h. Rettig

Dipl.-Ing. Horst Burggraf 21. 10. 1969
„Wechselwirkung zwischen Verdichtung und Besonnung in Wohngebieten mit einer Bebauung über 5 Geschosse"
Gutachter:
Prof. (em.) Dipl.-Ing. Funk
Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel

Sektion Bauingenieurwesen

Ernennungen und Berufungen

Mit Wirkung vom 1. 9. 1969 wurden vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen berufen:
Prof. Dr.-Ing. habil. Herbert Kunath,
bisher Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar,
zum ordentlichen Professor,
Fachgebiet Verkehrswegebau
Dr.-Ing. Helmut Ripke zum Hochschuldozenten,
Fachgebiet Baukonstruktionslehre

Auszeichnungen

Prof. Dr.-Ing. habil. Walter Christfreund
wurde am 7. 10. 1969 als Verdienter Techniker des Volkes **ausgezeichnet**

Habilitationen

Dr.-Ing. Michael Kinze 22. 10. 1969
Habilitationsschrift:
„Verschiebungen und Spannungen in Steindämmen mit Oberflächenverdichtung"
Habilitationsvortrag:
„Überlegungen zur Anwendung der Methode der finiten Elemente auf erdstatische Probleme"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Schubert
Prof. Dipl.-Ing. Hoffmann

Dissertationen

Dipl.-Ing. Hans Günter Coers 3. 7. 1969
„Über die Methodik der wissenschaftlichen Erforschung des Straßenverkehrsablaufes"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Christfreund
Prof. Dr.-Ing. habil. Kunath

Dipl.-Ing. Wesselin Saradshow 3. 7. 1969
„Über den Einfluß der Verkehrsmischung auf den Verkehrsablauf. Ein Beitrag zur Problematik der PKW-Einheiten"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Christfreund
Prof. Dr.-Ing. habil. Kunath

Dipl.-Ing. Werner Heidenreich 21. 7. 1969
„Untersuchung des nichtlinearen Scherfestigkeitsverhaltens kohäsionsloser Böden und seiner Auswirkungen auf die Schubspannungsverteilung unter Böschungen und Dämmen"
Gutachter:
Prof. Dipl.-Ing. Kinze
Prof. Dr.-Ing. habil. Schubert

Dipl.-Ing. Dieter Helff 28. 7. 1969
„Festigkeit und Rohdichte haufwerksporiger Leichtzuschlagstoffbetone"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. Hütter
Prof. Dr.-Ing. habil. Röbert

Dipl.-Ing. Bernd Dressel 29. 7. 1969
„Beitrag zur Ermittlung der Spannungsverteilung im homogenen Baugrund"
Gutachter:
Prof. Dipl.-Ing. Kinze
Prof. Dr.-Ing. habil. Schubert

Dipl.-Ing. Stojan Dimitroff 24. 9. 1969
„Über axialsymmetrische Gleichgewichtsformen der Kugelschale unter gleichmäßigem Außendruck unter am Pol angreifender Einzellast bei großer Durchbiegung"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Bürgermeister
Prof. Dr.-Ing. habil. Zumpe
Dr.-Ing. Müller

Dipl.-Ing. Wolfgang Beyer 3. 10. 1969
„Untersuchungen zum Verhalten von Stahlbetonträgern mit Rechteckquerschnitt bei Biegung mit Torsion"
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. Hütter
Prof. Dr.-Ing. Schröder

Dipl.-Ing. Manfred Mortensen 23. 10. 1969
„Bemessungsverfahren für vorgespannte Vollwandträger aus Metall"
Gutachter:
Prof. Dipl.-Ing. Hoyer
Prof. Dr.-Ing. habil. Bürgermeister

Berichtigung

Im Artikel „Aufgaben der territorialen Planung im Gesundheits- und Sozialwesen", Heft 11 1969, S. 654, muß es in der letzten Spalte der Tabelle 1 richtig heißen: „Betreuungsgrad Betten je 1000 Einwohner".

Standardisierung

Am 1. April 1969 wurde der DDR-Standard TGL 3007, Blatt 2, **Lagenholz und Verbundplatten,** Verbundplatten mit Vollholzmittellagen, in der Ausgabe September 1968 verbindlich. Die Einzelheiten dieses Standards betreffen die Abmessungen, Begriffe, Bezeichnung, Kennzeichnung, Lagerung, Prüfung, Sortierung, den Transport und technische Forderungen.

In der Ausgabe Dezember 1968 wurde der DDR-Standard TGL 10734, **Schulen,** Bautechnische, hygienische und brandschutztechnische Forderungen, ab 1. Juli 1969 verbindlich. Der Standard gilt für neu zu errichtende Schulen und Unterrichtsräume in Verbindung mit den für einzelne Schularten und für darin angeordnete Anlagen und Einzelheiten geltende Vorschriften. Bei der Rekonstruktion bestehender Schulen oder Unterrichtsräume können abweichende Regelungen getroffen werden. Für Hoch- und Fachschulen kann der Standard nicht angewendet werden. Die ersten Festlegungen im Standard betreffen den Standort und das Grundstück sowie die Gebäude.

Am 1. Juli 1969 trat der DDR-Standard mit internationalem Charakter TGL 11459, **Baugrundmechanik,** Formelzeichen, in der Ausgabe Dezember 1968 in Kraft. In vier Tabellen sind 109 Benennungen aufgeführt. Weitere Festlegungen betreffen die Indizes und die Schreibweise.

In der Ausgabe Oktober 1968 wurde am 1. Januar 1969 die TGL 23860, **Poröse Faserplatten aus Holz; Dachdämmplatten,** verbindlich. Sie enthält die Abmessungen, Arten, Begriffe, Bezeichnung, Kennzeichnung, Lagerung, Prüfung und technische Forderungen.

Am 1. Juli 1969 erhielt der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 9809, **Kalksandsteine,** in der Ausgabe März 1969 Verbindlichkeit. Seine Einzelheiten betreffen die Begriffe, Bezeichnung, Kennzeichnung, Prüfung, das Sortiment, den Transport und die Lagerung sowie technische Forderungen.

Ebenfalls als Fachbereichstandard des Bauwesens wurde die TGL 22827, Blatt 3, **Keramische Fliesen,** Prüfung, in der Ausgabe Dezember 1968 ab 1. Juli 1969 verbindlich. Bei der Prüfung geht es um die Bestimmung der Abmessungen, Abnutzbarkeit, Beschaffenheit, Biegefestigkeit, Ebenflächigkeit und Wasseraufnahme sowie des Härtegrades der Oberfläche der Glasur. Die Prüfung der Glasur bezieht sich auf Säure- und Laugenbeständigkeit sowie Temperaturwechselbeständigkeit nach Harkort. Auch die Scherbenprüfung auf Säure- und Laugenbeständigkeit ist aufgeführt sowie die Prüfung der Frostbeständigkeit und der Probenahme.

Ein weiterer Fachbereichstandard des Bauwesens, die TGL 22880, Blatt 2, **Fenster aus Holz,** Technische Lieferbedingungen, wurde in der Ausgabe März 1969 ab 1. Juli 1969 verbindlich. Der Standard gilt für ungestrichene und farbig beschichtete Fenster und Fenstertüren, jedoch nicht für die Oberflächenbehandlung nach der Übernahme vom Herstellerwerk. Sehr übersichtlich wurden die Festlegungen in acht Tabellen: Werkstoffe, Hilfsstoffe, zulässige Holzfehler, zulässige Meßabweichungen vor der Oberflächenbeschichtung, Winkelfestigkeit, Ausführung, Funktionsspiel nach der Oberflächenbeschichtung, farbige Oberflächenbeschichtung angeordnet.

Am 1. Januar 1970 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 22894, Blatt 1, **Fassadenelemente, vorgehängt,** Anwendungsbereich: Baurichtmaße, Formen, in der Ausgabe März 1969 verbindlich. Der Standard gilt nicht für Baukörper mit gekrümmten Fassaden und bei denen die Fassadenbasis in der Abwicklung nicht parallel zu einer gedachten Grundlinie verläuft. Am 1. Juli 1969 wurde in der Ausgabe Dezember 1968 der Fachbereichstandard TGL 190–255, **Fernwärmeversorgungsanlagen; Wärmeträger Dampf und Wasser,** Rücklaufkondensat und Rücklaufwasser, Qualitätsforderungen verbindlich.

Aus dem Fachbereich 195, Gasanlagen, stammt der Fachbereichstandard TGL 190–421, Blatt 2, Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; **Hinweisschilder,** Nullpunktmarkierung, der in der Ausgabe März 1968 ab 1. Januar 1969 verbindlich ist.

Zum Fachbereichstandard TGL 200–0603, Blatt 3, **Erdung in elektrotechnischen Anlagen, Erdung an natürlichen Erdern,** Ausgabe Juni 1968, ist das 1. Änderungsblatt am 1. November 1968 verbindlich erschienen. –er.

Rechtsnormen

Am 6. Juni 1969 trat die Anordnung Nr. Pr. 36 über die Inkraftsetzung der **Preisbewilligung für bautechnische Projektierungsleistungen der volkseigenen Wirtschaft für Straßen und Straßenverkehrsanlagen** vom 20. Mai 1969 (GBl. II, Nr. 45, S. 288) mit Wirkung vom 1. Januar 1970 in Kraft.

Am 1. Januar 1970 trat die Anordnung Nr. Pr. 23/1 über die **Inkraftsetzung von Industriepreisen für Metalleichtbaukonstruktionen, stählerne Baukonstruktionen, Baukonstruktionen aus Alu-Legierungen, Feinstahlbau und Gitterroste** vom 8. September 1969 (GBl. II, Nr. 78, S. 486) in Kraft.

Am 24. September 1969 trat die Anordnung Nr. Pr. 38 über die **Inkraftsetzung der Preisbewilligung für Projektierungsleistungen der volkseigenen Wirtschaft an Binnen- und Seewasserstraßen** vom 8. September 1969 (GBl. II, Nr. 78, S. 486) in Kraft, die ebenfalls für Leistungen nach dem 1. Januar 1970 gilt.

Zur Vermeidung ungerechtfertigter Auswirkungen durch Industriepreisänderungen trat die Anordnung über die **Behandlung des Preisänderungsfonds und der Gewinnänderungen** aus Preisänderungen der Vorstufen bei der Abrechnung der Pläne 1969 vom 25. August 1969 (GBl. II, Nr. 75, S. 467) für die dem Ministerium für Bauwesen und den Bezirksbauämtern unterstehenden volkseigenen Betriebe, Kombinate und Vereinigungen Volkseigener Betriebe am 5. September 1969 in Kraft.

Am 3. Februar 1969 trat die Anweisung zur **Durchführung einer Kosten- und Preisanalyse in der volkseigenen Bauindustrie für das Jahr 1968** (Auszug) vom gleichen Tag (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen, Nr. 4, S. 44) in Kraft.

Am 8. August 1969 trat die Richtlinie über die **Vereinbarung von Preiszu- und -abschlägen** bei der Durchführung von Bauleistungen vom 2. Juli 1969 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen, Nr. 8, S. 57) in Kraft, die für Bauleistungen in vielen Teilen der Volkswirtschaft gilt.

Am 1. August 1969 trat die Anordnung über **Vorbereitung, Bau, Betrieb und Instandhaltung sowie Außerbetriebsetzung industrieller Absetzanlagen** vom 22. Mai 1969 (GBl. II, Nr. 47, S. 297) in Kraft.

Am 10. Juli 1969 trat die Anordnung über die Vorbereitung und Durchführung der **Bewertung der Straßen und Brücken** im Bereich der Kreise, Städte und Gemeinden vom 10. Juni 1969 (GBl. II, Nr. 56, S. 378) zum 1. Januar 1970 bis zum 31. Dezember 1971 in Kraft. Straßenverkehrsanlagen sind befestigte Fahrbahnen, befestigte Geh- und Radbahnen und -wege, Lichtsignalanlagen und Schilderbrücken, Brücken, Stütz- und Ufermauern, Tunnel.

Inwieweit auch andere Arbeitsschutznormen im Bauwesen beachtet werden müssen, sei am Beispiel der Arbeitsschutzanordnung 530/1 – **Grundsätze für Maschinen und Triebwerke** – vom 23. April 1968 (GBl. Sonderdruck, Nr. 583) demonstriert, die am 1. Juni 1968 in Kraft trat und in § 9, Abs. 7, bestimmt, daß der Fußboden an Maschinenarbeitsplätzen tritt- und gleitsicher zu gestalten ist.

Am 10 April 1969 trat die Arbeitsschutz- und Brandschutzrichtlinie über die **Verwendung von Polychloropren-Kautschuk-Klebstoffen, die mit Lösungsmitteln der Gefahrenklasse A I, Gefährdungsgruppe III, gelöst sind, beim Verlegen von Fußbodenbelägen** vom 13. Mai 1969 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 4, S. 33) in Kraft.

Am 1. Januar 1969 trat die Verfügung über die Änderung der Anweisung vom 14. Juni 1966 über die **Vorbereitung und Durchführung elektroosmotischer Bauwerkstrockenlegung** vom 13. Januar 1969 (Verfügungen und Mitteilungen, Nr. 2, S. 9) in Kraft.

Am 10. März 1969 trat die Ordnung über die **Organisation der Standardisierung** im Bauwesen vom 22. Januar 1969 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen, Nr. 3, S. 17) in Kraft.

Am 1. Oktober 1968 trat die Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Bauwesen sowie für Hoch- und Fachschulwesen vom 3. Oktober 1968 über die **Erziehung, Aus- und Weiterbildung sowie Forschung** in Kraft, die im Auszug in den Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen 1969, Nr. 3, S. 28, veröffentlicht wurde. – er

Kurzfassung		Содержание

KB 303 301.1 DK 711.4-167 711.1:330.173.34

Lammert, U.

Städtebau – ein Problem der Prognose

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, S. 68 und 69

Die Aufgabe der sozialistischen Gestaltung und Umgestaltung der Städte und Siedlungen verlangt, die Entwicklungstendenzen der politischen, ökonomischen, kulturellen, sozialen und technischen Prozesse in unserer Gesellschaft in ihrem Systemzusammenhang, in ihren Wechselbeziehungen zu begreifen und daraus die städtebaulichen Maßnahmen abzuleiten. Aus der Erkenntnis der Veränderungen in unserer Gesellschaft sind die ihr adäquaten Vorstellungen und Leitbilder über die funktionelle und baukünstlerische Entwicklung der sozialistischen Stadt zu erarbeiten. Die Prognose ist für den Städtebau von besonderer Bedeutung, da die Erzeugnisse des Bauwesens weit über ihre Entstehungszeit hinaus wirksam sind und nicht die dynamische gesellschaftliche Entwicklung behindern dürfen. Drei entscheidende Faktoren bestimmen die prognostische Entwicklung der Stadt in der DDR: 1. Veränderungen, die sich im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution und bei der Durchsetzung der Strukturpolitik bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft ergeben. 2. die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit in unserer Menschengemeinschaft und die damit eng verbundene Herausbildung sozialistischer Lebensweise und Nationalkultur. 3. die sich ständig erweiternden neuen technischen Möglichkeiten des Bauwesens, aber auch des Verkehrswesens und anderer Zweige der Volkswirtschaft.

УДК 711.4-167 711.1:330.173.34

Lammert, U.

68 **Градостроительство – проблема прогноза**

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 2, стр. 68 и 69

Задача социалистического оформления и переустройства городов и поселков требует понимать связи систем и взаимодействия, влияющие на направления развития политических, экономических, культурных, социальных и технических процессов в нашем обществе и производить от них градостроительные меры. Надо выработать из понимания изменений в нашем обществе соответствующие им представления и модели для функционального и архитектурно-художественного развития социалистического города. Прогноз представляет особый интерес для градостроительства, произведения которого воздействуют далеко дольше их времени создания и которые не должны тормозить динамическое общественное развитие. Три решающие факторы определяют прогностическое развитие города в ГДР: 1. Изменения, оказывающиеся в процессе научно-технической революции и осуществления структурной политики при оформлении социалистического общества. 2. Развитие социалистической личности в нашей общности людей и тесно связанного с этим возникновения социалистического образа жизни и национальной культуры. 3. Постоянно расширяющиеся новые технические возможности строительства, но и транспорта и других отраслей народного хозяйства.

KB 324.1 323.1 DK 711.523-168

Umgestaltung Stadtzentrum Schwerin

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, S. 76 bis 87,
14 Abb., 7 Lagepläne, 6 Perspektiven, 7 Schemata

Entsprechend den sich aus dem Generalbebauungsplan des Bezirks in der Prognose ergebenden Anforderungen, wurde vom Rat der Stadt ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Die Umgestaltung Schwerins zu einer sozialistischen Großstadt muß von einer Synthese historisch wertvoller Substanz und neuer Bebauung, die den Erfordernissen der weiteren Entwicklung entspricht, bestimmt sein, wobei die Spezifik der landschaftlichen Lage berücksichtigt werden muß. Die sieben ausgezeichneten Arbeiten und ein Entwurf aus der Experimentalwerkstatt der Deutschen Bauakademie werden vorgestellt.

УДК 711.523-168

76 **Преобразование центра города Шверина**

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 2, стр. 76 до 87
14 илл., 7 планов расположения, 6 перспектив, 7 схем

В соответствии с прогностическими требованиями генерального плана застройки округа, союз города намечал идейный конкурс. Преобразование Шверина в социалистический большой город должен определяться синтезом исторически ценных фондов с новой застройкой, соответствующим требованиями дальнейшего развития. При этом следует учесть специфику ландшафта. Представляются семь награжденных призом работ и проект из экспериментальной мастерской Немецкой Академии строительства.

KB 324.1 323.1 DK 711.523.092-168

Wettbewerb Stadtzentrum Rostock

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, S. 88 bis 92,
9 Abb., 3 Lagepläne, 3 Perspektiven

Mit diesem Wettbewerb wurden Realisierungsvorschläge für eine städtebauliche Umgestaltung in mehreren Etappen für das zentrale Gebiet zwischen der Nord-Süd-Achse und dem Saarplatz angestrebt. Die drei ausgezeichneten Arbeiten werden vorgestellt.

УДК 711.523.092-168

88 **Конкурс на центр города Ростока**

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 2, стр. 88 до 92
9 илл., 3 плана расположения, 3 перспективы

Целью этого конкурса является получение представлений для многостепенной реализации градостроительного преобразования центральной области города между северо-южной магистралью и площадью Зарплатц. Представлены три награжденных работы.

KB 324.1 323.1 DK 711.523.092-168

Wettbewerb Zentrum Greifswald

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, S. 96 bis 101,
8 Abb., 6 Lagepläne, 1 Ansicht

Für die Bewertung der Arbeiten waren ausschlaggebend: die politische Zielsetzung der sozialistischen Stadt Greifswald, Struktur und System der gesellschaftlichen Funktionsbereiche und städtebaulichen Räume im Zentrum und ihre Beziehungen zu den anderen Stadtgliedern, die Qualität der Wohnbebauung und ihre Abstimmung mit den gesellschaftlichen Einrichtungen, die Freiflächen- und Grüngestaltung, das Verkehrssystem und die ökonomischen Aspekte (Bebauungsdichte und Realisierbarkeit). Von den neun eingereichten Arbeiten werden die sechs ausgezeichneten vorgestellt.

УДК 711.523.092-168

96 **Конкурс на центр города Грейфсвальда**

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 2, стр. 96 до 101
8 илл., 6 планов расположения, 1 вид

Решающими критериями для оценки поданных работ явились: Политическая линия развития города Грейфсвальда; структура и система общественных функциональных областей и градостроительных пространств в центре и их соотношения с другими членами города, качество жилой застройки и ее согласование с общественными устройствами, озеление, транспортная система и экономические аспекты (плотность застройки и реализуемость). Представлены 6 награжденных из 9 поданных работ.

KB 324.1 323.1 DK 711.523.092-168

Wettbewerb Innenstadt Waren (Müritz)

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, S. 102 bis 107,
9 Abb., 8 Lagepläne, 2 Ansichten

Waren wird sich wegen seiner günstigen Lage am größten Binnensee der DDR zu einem bedeutenden Erholungszentrum entwickeln. Die Stadt wird zum kulturellen und politischen Mittelpunkt des gesamten Müritzseenparks. Fünf ausgezeichnete und drei nicht prämiierte Arbeiten werden vorgestellt.

УДК 711.023.092-168

102 **Конкурс на внутреннюю часть города Варена (Мюриц)**

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 2, стр. 102 до 107,
9 илл., 8 планов расположения, 2 вида

Благодаря его благоприятному расположению на берегу наибольшего озера ГДР, Варен будет развиваться в значительный центр отдыха. Город становится культурным и политическим центром Мюрицзее-парка. Представлены 5 награжденных и 3 не награжденных работ.

KB 324.1 323.1 DK 711.523.092-168

Wettbewerb Stadtzentrum Bautzen

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, S. 108 bis 113,
10 Abb., 4 Lagepläne, 2 Ansichten

Die Stadt ist der politische und kulturelle Mittelpunkt der in der DDR lebenden sorbischen Bevölkerung. Als Kreisstadt und wegen seiner geographischen Lage wird sie sich zu einem bedeutenden Siedlungskörper Ostsachsens entwickeln. Von den acht eingereichten Arbeiten werden die sechs ausgezeichneten vorgestellt.

УДК 711.523.092-168

108 **Конкурс на центр города Бауцена**

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 2, стр. 108 до 113
10 илл., 4 плана расположения, 2 вида

Город Бауцен – политический и культурный центр живущего в ГДР сорбского населения. Благоприятно расположенный окружной город будет развиваться в важное тело заселения в восточной Саксонии. Представлены 6 награжденных из 8 поданных работ.

KB 322.1/.2 312.1/.2 DK 711.25:711.4

Proske, E.

Rückkopplung vom Generalbebauungsplan des Bezirks zu den Generalbebauungsplänen der Städte

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, S. 116 und 117

Auf der Grundlage der jetzt weiterentwickelten Fassung des Generalbebauungsplanes des Bezirks Halle, die aus dem städtebaulichen Angebot zum Siedlungsnetz besteht und die Gestaltung der Umwelt bis zum Jahre 2000 zum Inhalt hat, beginnt jetzt die Konkretisierung der Generalbebauungspläne der Städte. Der Generalbebauungsplan des Bezirks wurde in engster Verbindung mit dem Generalverkehrsplan erarbeitet. Die hiermit vorgelegte strategische Gesamtkonzeption wird mit Hilfe eines Prinzipnetzplans für die prognostische Entwicklung durchgesetzt. Somit wird die Orientierung des Bauwesens auf Schwerpunkte möglich, die den effektivsten Einsatz der Mittel garantiert. Der Begriff „strategische Gesamtkonzeption der prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes" umfaßt auch im komplexen Sinne den Reproduktionsprozeß, wobei aber künftig eine reale Planung und Lenkung der Bautätigkeit eine Entwicklung garantieren, die maximal den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt und den Erfordernissen des Prognosezeitraums entspricht.

УДК 711.25:711.4

Proske, E.

116 **Обратная связь с генерального плана застройки округа к генеральным планам застройки городов**

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 2, стр. 116 и 117

На основании развитого дальше изложения генерального плана застройки округа Галле, состоящего из градостроительного предложения для сети заселения и определяющего оформление окружающего мира до 2000 г., в настоящее время начинается конкретизация генеральных планов застройки городов. Генеральный план застройки разработан в самой тесной связи с генеральным планом транспорта. Предложенная общая стратегическая концепция осуществляется с помощью принципиального сетевого плана для прогностического развития. Таким образом становится возможным ориентировать строительство на центры тяжести с учетом наиболее эффективного применения средств. Понятие об «общей стратегической концепции прогностического развития сети заселения» в комплексной смысли включает также процесс воспроизводства. В будущее реальное планирование и управление строительством гарантирует развитие, максимально обеспечивающее потребности населения и соответствующее требованиям прогностического периода.

Summary

DK 711.4–167 711.1 : 330.173.34
Lammert, U.
Town Planning – A Prognostic Issue
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 2, pp. 68–69
The problems related to city design and re-design as well as to suburban renewal and re-development in terms of a socialist concept cannot by tackled and solved successfully unless the trends underlying the political, economic, cultural, social, and technological processes and their interaction in our society are understood as a system complex from which to derive appropriate decisions in city design. The images and guidelines as to the functional and architectural setup of the socialist city should emanate from and be adequate to the established and recognised changes that take place in our society. Prognostication is of particular importance to city design, as the products of building continue to have effects far beyond the construction period, and they must not be allowed to impede the dynamics of social progress. Prognostication and development of GDR cities are determined decisively by the following three factors: 1. Changes brought about by the techno-scientific revolution and by the priority-oriented restructuring policy in building the socialist society; 2. Emanation of the socialist personality in our community, which is closely accompanied by the development of socialist behaviours and socialist national culture; Continuous expansion of technological possibilities in building, transport, and other sectors of national economy.

DK 711.523–168
Re-Design of the Centre of Schwerin
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 2, pp. 76–87, 14 figs., 7 layouts, 6 perspectives, 7 schemes
A competition of ideas was organised by the City Council of Schwerin to meet the prognostic demands resulting from the Master Plan of the County of Schwerin. Schwerin is to be re-designed to become a big city of a socialist nature, and this has to be done as a synthesis of valuable historical building stock with new buildings to meet the requirements of the future, with the specific nature of the surrounding landscape to be taken into due consideration. Seven entries to which prizes were awarded and a design prepared by the Experimental Workshop of the German Academy of Building are introduced in this article.

DK 711.523.092–168
Rostock Centre Competition
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 2, pp. 88–92, 9 figs., 3 layouts, 3 perspectives
This competition was organised to receive proposals for a phased-out re-design of the central area between the North-South artery and Saar Square. The three designs to which awards were given are introduced in this article.

DK 711.523.092–168
Greifswald Centre Competition
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 2, pp. 96–101, 8 figs., 6 layouts, 1 view
The entries were evaluated by the following criteria: Political goals set forth for the socialist city of Greifswald; System and social functions as well as the spaces in the centre and their correlations with other parts of the city; Quality of housing construction and its adaptation to urban services and amenities; Open areas and green plots; Transport and traffic system; Economic aspects, such as building density and feasibility. Prizes were awarded to six of nine entries. These six entries are presented in this article.

DK 711.523.092–168
Waren (Müritz) Centre Competition
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 2, pp. 102–107, 9 figs., 8 layouts, 2 views
Waren is to become a major recreation centre of the GDR for its favourable position at the biggest lake of this country. This city will be the cultural and political centre of the entire Müritz Lake Park. Five awarded and three unawarded entries are shown.

DK 711.523.092–168
Bautzen Centre Competition
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 2, pp. 108–113, 10 figs., 4 layouts, 2 views
This city is the political and cultural centre of the Sorabian minority in the GDR. It is intended to become an important development area in East Saxony as a district capital and for its geographical position. Six of eight entries were awarded prizes and are introduced in this article.

DK 711.25 : 711.4
Feedback from County Master Plan to City Master Plans
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 2, pp. 116–117
Concrete drafting of master plans for the cities is now started on the basis of a revised version of the Halle County master plan which consists of city design proposals related to the settlement network as a whole and of environmental proposals covering the design aspects for a period up to the year 2000. The master plan of the county was drafted in close connection with the general transport plan. This strategical concept is realised by means of a principle-oriented network planning scheme for prognostication. This will enable a priority orientation of the building sector to ensure optimum use of resources. The term "strategical overall concept for a prognosticated development of the settlement network" includes the complex implications of the reproduction process, but for the future a realistic planning and control concept for the building activity will have to guarantee developments by which maximum consideration can be given to the demands of the public within the period of prognostication.

Résumé

68

DK 711.4–167 711.1 : 330.173.34
Lammert, U.
Urbanisme – un problème du pronostic
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, p. 68 et 69
L'aménagement socialiste et la réorganisation des villes et lotissements exigent de comprendre les tendances du développement des procès politiques, économiques, culturels, sociaux et techniques dans notre société dans leur entité systématique et leurs interrelations et d'en dériver les mesures de la construction urbaine. La connaissance des changements dans notre société dominent le développement fonctionnel et constructif-artistique de la ville socialiste. Le pronostic joue un rôle très important dans l'urbanisme, en fait, et les produits du bâtiment survivent longtemps, même quand le temps de leur construction soit passé et ne devraient pas empêcher le développement dynamique social. Trois facteurs décisifs déterminent le développement pronostic de la ville dans la RDA: 1) Changements résultant de la révolution scientifique-technique et de la réalisation de la politique structurelle pendant l'aménagement de la société socialiste. 2) Développement du personnage socialiste dans notre communauté humaine, et formation de la façon de vivre socialiste et de la culture nationale. 3) Accroissement permanente des nouvelles possibilités dans le bâtiment, le trafic et les autres secteurs de l'économie nationale.

76

DK 711.523–168
Réorganisation du centre de Schwérin
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, p. 76–87, 14 fig., 7 plans de sites, 6 vues persp., 7 schémas
La municipalité de Schwérin lançait un concours d'idées conformément aux exigences contenues dans le plan géneral pronostic de la région. La synthèse entre la substance des bâtiments historiques de valeur et les nouveaux bâtiments qui correspondent aux exigences du développement ultérieur, domine la réorganisation de Schwérin en grande ville socialiste, en tenant compte des traits specifiques de la situation géographique. Explication des sept travaux distingués et d'un projet de l'atelier expérimental de Deutsche Bauakademie.

88

DK 711.523.092.168
Concours centre de Rostock
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, p. 88–92, 9 fig., 3 plans de sites, 3 vues persp.
Concours pour les projets réalisables de la réorganisation urbaine en étapes de la région centrale entre l'axe nord-sud et la Place Saar. Explication des trois projets distingués.

96

DK 711.523.092–168
Concours centre de Greifswald
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, p. 96–101, 18 fig., 6 plans de sites, 1 vue
Facteurs décisifs de l'évaluation des travaux: les objectifs politiques de la ville socialiste de Greifswald, structure et système des fonctions sociales et espaces urbains au centre et leurs relations aux autres éléments de la ville, qualité des bâtiments d'habitation et leur adaption aux équipements publics, l'aménagement des espaces libres et verts, le système de la circulation et les aspects économiques (densité des constructions et réalisation possible). Neuf travaux furent soumis, dont les six qui ont emporté un prix sont expliqués.

102

DK 711.523.092–168
Concours centre de Waren (Mueritz)
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, p. 102–107, 9 fig., 8 plans de site, 2 vues
La situation géographique favorable de Waren près du plus grand lac intérieur dans la RDA prédestine cette ville au développement en un centre important de recréation. Cette ville deviendra le centre culturel et politique de la zone des lacs Mueritz. Explication de cinq projets distingués et trois projets non-distingués.

108

DK 711.523.092–168
Concours centre de Bautzen
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, p. 108–113, 10 fig., 4 plans de sites, 2 vues
Bautzen est le centre politique et culturel de la minorité des Sorbes dans la RDA. Cette ville du district sera développée en l'un des lotissements des plus importants de la Saxe-Est, grâce à sa situation géographique. Six des huit projets furent distingués et sont expliqués.

116

DK 711.25 : 711.4
Proske, E.
Relation entre le plan général des régions et les plans généraux des villes
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 2, p. 116 et 117
Sur la base de la version révisée du plan général de la région de Halle, version qui consiste de l'offre de la construction urbaine pour le réseau des lotissements et se réfère à la réorganisation de l'ambiance jusqu'à l'an 2000, les plans généraux des villes sont concrétisés. Le plan général de la région fut établi par le coordonnement le plus étroit avec le plan de la circulation. La conception globale stratégique sera réalisée pour le développement pronostic par moyen d'un réseau principal. Ainsi l'orientation du bâtiment aux points de gravité sera possible, garantissant l'utilisation la plus efficace des ressources. Le terme de « conception globale stratégique du développement pronostic du réseau des lotissements » se réfère aussi, dans un sens complexe, au procès de la reproduction. La planification réaliste et l'orientation des activités du bâtiment devraient, cependant, garantir en futur un développement satisfaisant au maximum les besoins de la population et correspondant aux exigences de la période pronostique.

Index: 31 409